

9. Mai 1927

## WILHELM ENGLER - ZUM SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAG IN KIEL



UF der Tagesordnung des Kieler Parteitags stehen verschiedene wichtige Punkte. Übertagt wird aber alles andere von der Agrarfrage. Die Art, wie die Frage angefaßt wird, bedeutet einen Bruch mit den doktrinären Auffassungen, die bis jetzt einer richtigen Lösung der Frage im Weg standen.

Die großen Summen, die Deutschland für die äußere und innere Reparation, für die Wiedergutmachung aller Kriegsverwüstung aufbringen muß, zwingen uns unsere nationale Produktion auf das höchste zu steigern. Wir haben durch die technischen und chemischen Hilfsmittel die Möglichkeit unsere landwirtschaftliche Produktion so zu erhöhen, daß wir uns mit Getreide, Fleisch, Fett, kurz mit allem, was auf unserm Boden und in unserm Klima gewonnen werden kann, in der Hauptsache selbst versorgen können. Die notwendige Umstellung kann in wenigen Jahren vollzogen sein, wenn man sich in allen Kreisen für eine nationale landwirtschaftliche Produktion einsetzt. Unser Ziel muß auch auf diesem Gebiet eine gesunde Bedarfswirtschaft sein. Wenn eine dem notwendigen Verbrauch angepaßte inländische Erzeugung nicht anders zu erreichen ist, dann muß man ihr eben staatlichen Schutz und staatliche Förderung gewähren. Auch der Umstand, daß unsere Landwirtschaft zurzeit nur bestehen kann, wenn ihre Arbeiter wesentlich länger arbeiten als die der Industrie, muß jedem Sozialdemokraten zu denken geben. Unsere österreichischen Genossen haben aus den gegebenen Tatsachen die Schlußfolgerungen wesentlich klarer gezogen als unser Programmentwurf. Für die Zielsetzung des Agrarprogramms können wir von den österreichischen Genossen noch manches lernen. Und darüber hinaus sind in dem Entwurf auch noch manche Lücken gelassen. Ob für bestimmte Agrarprodukte Schutzzölle erforderlich sind, sollte rein sachlich vom Produzentenstandpunkt aus untersucht, nicht einem imaginären Konsumenteninteresse zuliebe glattweg verneint werden. Gut ausgebildete landwirtschaftliche Genossenschaften könnten in Verbindung mit starken Konsumgenossenschaften eine der nationalen Bedarfswirtschaft angepaßte Preisgestaltung erreichen, indem sie die Zwischenhandelsgewinne auf das geringste Maß beschränken.

Die gegebene Möglichkeit die landwirtschaftliche Produktion sehr stark zu steigern bietet auch die Möglichkeit mehr Menschen in der Landwirtschaft Arbeit und Existenzmöglichkeit zu geben. Das kann durch eine auf lange Sicht gestellte planmäßige Besiedelung der übergroßen Güter mit selbständigen Bauern geschehen. Dabei muß natürlich dafür Sorge getragen werden, daß der Besitz nicht in unrationeller Weise zersplittert wird, wie das zum Teil in Süddeutschland zu verzeichnen ist. Nur wenn es uns gelingt die inländische landwirtschaftliche Produktion zu steigern, mehr Menschen in der Landwirtschaft zu beschäftigen und dadurch wieder rückwirkend die Industrie und das Baugewerbe zu befruchten, wird es möglich sein die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Wir dürfen unser Heil nicht immer nur von einer Steigerung der Ausfuhr erwarten; diese hat doch auch immer eine Steigerung der Einfuhr im Gefolge. Wenn unsere Landwirtschaft mehr Leute beschäftigt, mehr hervorbringt, so entlastet sie den Arbeitsmarkt. Hunderte von Millionen für Nahrungsmittel, die sonst ins Ausland gehen, bleiben dann im Land und geben den Landwirten die Möglichkeit wiederum im Inland Maschinen und anderes zu kaufen.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und damit der Existenzunsicherheit muß das Ziel aller Wirtschafts- und Sozialpolitik sein. Was hier erreicht oder versäumt wird, ist wesentlich auf unser Konto zu setzen. Auch die kleinen Verbesserungen, die das Arbeitszeitnotgesetz brachte, sind nur unter dem Druck der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zustande gekommen. Erfreulicherweise gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Partei immer wirkungsvoller. Lange genug, allzu lange, hat die Rücksicht auf die sogenannten Kommunisten solche Zusammenarbeit gehindert.

Leider hat die politische Situation im Reich die Kluft zwischen den Freien und den Christlichen Gewerkschaften wieder verbreitert. Man ist in einem Teil der Partei geneigt bei der Forderung nach einer Einigung des Proletariats nur nach "links" (oder was man dafür hält) zu sehen. Dabei wird übersehen, daß die Kommunistische Partei als Organisationsgebilde nur noch geringe Bedeutung hat, während die Christlichen Gewerkschaften über feste und im allgemeinen gutgeleitete Organisationen verfügen. Solange aus diesen verschiedene bürgerliche Parteien noch den Teil an parlamentarischer Stärke ziehen, der ihnen das Übergewicht im Parlament gibt (er braucht an sich nicht groß zu sein, gibt aber den Ausschlag), so lange können wir nicht von einer Einigung der Arbeiterklasse reden. Würden Zentrum, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei die Stimmen der Arbeiter und Angestellten verlieren, so könnte keine dieser Parteien eine dominierende Stellung im Reichstag einnehmen. Darum brauchen die Arbeiter noch lange keinen großen Einfluß auf jene Parteien auszuüben. In der Tat bedeuten sie dort nicht so sehr viel. Und doch sind sie zur Mehrheitsbildung unentbehrlich. Das sollte uns zu denken geben. Für unsere Organisationen und für den Staat sind die Arbeiter, die rechts von uns stehen, wertvoller als der kommunistische Anhang und auch an Zahl viel größer. In sozialpolitischen Fragen, in Fragen der Wirtschaftspolitik und vor allem auch in Fragen der Gemeinschaft können wir mit den christlich organisierten Arbeitern ein großes Stück Wegs gemeinsam gehen. Ich halte das Auseinanderreißen der verschieden organisierten Arbeiter für eine der bedauerlichsten Früchte der politischen Entwicklung der letzten Jahre.

Der Militäretat wird den Parteitag auch beschäftigen. Selbst auf die Gefahr hin gewisse Spielarten von Pazifismus etwas zu verstimmen, muß man sich auf den Standpunkt stellen, daß Deutschland gerade im Interesse des kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses nicht ganz wehrlos gemacht werden darf. Freilich muß man sich dann über das Ziel solcher Wehrpolitik klar sein. Eine deutsche Volkswehr hat, wie auch Carl Severing vor 4 Wochen in den Sozialistischen Monatsheften ausgeführt hat, nur Sinn (und ist auch nur zu erreichen) bei einer engen wirtschaftlich-politischen Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs. Wie die Reichswehr zurzeit beschaffen ist, war die ablehnende Haltung der Fraktion beim diesjährigen Etat gerechtfertigt. Mit Recht wurde aber betont, daß der Kampf nicht *gegen* die Reichswehr sondern *um* sie gehe. Wir hätten eben, gerade so wie die österreichischen Genossen, rechtzeitig dafür sorgen sollen, daß mehr Söhne der Arbeiter in die Reichswehr eintreten. Eine wirklich republikanische Regierung würde auch für einen republikanischen Nachwuchs an Offizieren sorgen.

Der Parlamentarische Bericht gibt der Partei Gelegenheit zur Regierungsfrage Stellung zu nehmen. Es steht heute fest, daß bei der letzten Regierungsbildung auch das Zentrum die Große Koalition nicht wollte. Hätte unsere Partei (ich sage absichtlich nicht Fraktion) aber auch bei früheren Anlässen ebenso energisch für ihren Anteil an der Regierungsgewalt gesorgt wie die Deutschnationalen, so wäre es wahrscheinlich nie gelungen uns aus der Regierung zu verdrängen. Erfreulicherweise setzt sich die Erkenntnis immer mehr durch, wie wichtig es ist durch die Regierung Einfluß auf die Gestaltung der Gesetzentwürfe und nachher wiederum auf die Durchführung der Gesetze zu haben. Dieser Einfluß macht sich in allen Körperschaften der Sozialversicherung, bei der Durchführung des Arbeiterschutzes, in der Förderung oder Hemmung der Genossenschaften, vor allem auch bei den Bau-genossenschaften, geltend. Eine Partei, die ihre Hoffnungen nicht auf eine von irgendwoher kommende Katastrophe sondern auf das eigene Schaffen setzt, darf sich nicht vom Regieren ausschalten lassen. Die Entwicklung ist nicht etwas unabänderlich Gegebenes sondern etwas, was durch eigenes Tun und damit vor allem auch durch die Regierungsgewalt beeinflußt werden kann. Unter dem Schutz einer arbeiterfreundlichen Regierung können auch die Arbeiterorganisationen ihre Kräfte besser zur Geltung bringen. Es ist zu erwarten, daß der Parteitag den Willen zur Macht deutlich zum Ausdruck bringt. Die gegenwärtige Regierungskoalition dürfte ja fester zusammenhalten als man so gemeinhin glaubt, und sie wird uns vielleicht noch manche Überraschungen bringen. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet wird sie ja wohl einiges zuwege bringen. Aber auf geistigem Gebiet ist vieles zu befürchten. So ein reaktionäres Schulgesetz. Dabei ist die Frage des Religionsunterrichts an und für sich nicht entscheidend. Man wird die Konfessionsschule aufrechterhalten, und an deren Auswirkung können auch einige weltliche Großstadtschulen nichts ändern. Man wird an den Höheren Schulen den nationalistischen Geist weiter pflegen wie in den letzten Jahren. Und das wird uns eine gesamteuropäische Außenpolitik, damit die Wiederaufrichtung Deutschlands erschweren. Es wird ferner dafür gesorgt werden, daß diese Schulen in der Hauptsache nur von den Kindern der begüterten Klassen besucht werden können; dadurch wird für alle die Stellen, die später von ihnen besetzt werden, der sozialistenfeindliche Geist erhalten bleiben. Sind

doch selbst Arbeiterkinder, die solche Schulen besuchen, der Gefahr ausgesetzt von ihm erfaßt zu werden. Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften müssen deshalb ernstlich die Frage erwägen, wie weit sie diesen Mißständen durch Errichtung eigener Schulen abhelfen können, um wenigstens für sich einen in Menschheitsgesinnung erzogenen Nachwuchs zu erhalten.

Alle Glieder der Arbeiterbewegung brauchen für ihre Organisationsarbeiten, für ihre Betriebe, für die Stellen, die wir in Staat und Gemeinde und anderen Körperschaften besetzen können, eine stets wachsende Anzahl wirklich gut geschulter und gut arbeitender Männer und Frauen. Die Anträge der verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung, die sich mit kulturellen Fragen beschäftigen, haben ihre Forderungen schon angemeldet. Die Geldfrage spielt dabei eine große Rolle. Auch die ideellsten Dinge lösen sich schließlich in ein Rechenexempel auf. Der Parteibeitrag kann nicht weiter erhöht werden. Wenn einige bessergestellte Genossen mehr leisten, so ist das schön, macht aber nicht allzuviel aus. Ich möchte aber hier auf eine Geldquelle hinweisen, die wenigstens für die Zukunft ergiebig gestaltet werden könnte. Unsere Partei verfügt über eine große Anzahl von Betrieben. Nicht alle Zeitungsbetriebe bringen Gewinn; ein großer Teil könnte es aber. Bis jetzt ist es so, daß man an den großen Parteiorten vergißt, daß auch sie früher einmal Zuschüsse gebraucht haben. An manchen Blättern wird für Redaktion und Mitarbeiter, für die Ausgestaltung des Blatts viel aufgewandt, während daneben andere Blätter nur unter den schwersten Opfern überhaupt aufrechterhalten werden können. Es ist aber nicht das Verdienst der Genossen, wenn irgendwo die Arbeitermassen zusammengeballt wohnen, und auch nicht ihre Schuld, wenn sie an anderen Plätzen dünn gesät sind. Wir haben einige wenige Parteibetriebe, die auch in finanzieller Beziehung der Partei gegenüber ihre Pflicht erfüllen, wir haben aber auch große Parteiorte, deren Betriebe weder am Ort noch für die Gesamtpartei etwas leisten. Der Parteivorstand hat eine Zusammenfassung der Parteibetriebe geschaffen. Bis jetzt ist es aber noch nicht gelungen die Organisation wirklich aktiv zu machen. Wir sehen, daß Unternehmer und Genossenschaften überall bestrebt sind durch Organisation größte Wirtschaftlichkeit zu erzielen. In den Parteibetrieben ist es aber noch nicht entfernt gelungen dem sozialistischen Wirtschaftsgrundsatz: mit möglichst wenig Aufwand einen großen Erfolg zu erzielen, Geltung zu verschaffen. Durch die Konzentration ist sicher schon manches gebessert worden, aber an manchen Orten ist man schon zufrieden, wenn es ohne Defizit abgeht, man freut sich über einen kleinen Gewinn und fragt nicht, ob nicht auch ein größerer Gewinn erreicht werden könnte. Die Betriebsergebnisse und die Abonentenzahlen sind, wenn man auch die verschiedenartigen örtlichen Verhältnisse berücksichtigt, so verschieden und stehen besonders in einigen Industriezentren in so großem Mißverhältnis zur Anzahl der dort lebenden Arbeiter, der Wahlstimmen und der Gewerkschaftsmitglieder, daß sich einem die Frage aufdrängt, ob in der Redaktion und der Geschäftsleitung dort die richtigen Leute am richtigen Platz sind; denn nur diese beiden Stellen sind auf die Dauer für Erfolg oder Mißerfolg des Blatts verantwortlich. Daß bei richtiger Zusammenarbeit von Geschäftsleitung und Redaktion mit der Parteiorganisation das Parteiblatt wirklich an die Massen herangebracht werden kann, ist erwiesen. Die hohe Abonentenzahl gestattet dann einen guten Ausbau des Blatts und bringt in Verbindung

mit einer gutgeleiteten Druckerei auch noch Gewinne, die von der Partei am besten wieder für Bildungszwecke Verwendung finden. Die Konzentration der Parteibetriebe kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn der Parteitag feststellt, daß auch die Parteigeschäfte nicht nur für einzelne Genossengruppen sondern im besten Sinn des Worts für die Gesamtpartei vorhanden sind.

Die Gesamtpartei wiederum, und das muß das Leitmotiv aller Parteitagungsverhandlungen sein, ist nicht Selbstzweck sondern hat einer konstruktiven sozialistischen Politik zu dienen. Will man wirklich aufbauende Arbeit leisten, so muß man vor allem den Primat der Außenpolitik erkennen und anerkennen und auf diesem Gebiet den Grund zu substanziiell sozialistischem (nicht formal internationalistischem) Wirken legen.

## MAX SCHIPPEL · PRODUKTIONSPOLITIK UND ARBEITERKLASSE

**F**ÜR die richtige Einschätzung der großen durchschlagenden Produktionsinteressen war das moderne Parteileben, die parteipolitische Zusammenfassung der Massen und das parlamentarische Wirken der Einzelparteien, im allgemeinen nicht günstig. Für die parlamentarischen Auseinandersetzungen und vollends für die Agitation außerhalb der Sitzungssäle stand der Streit um die Steigerung oder Kürzung der Anteile der einzelnen Wirtschaftsgruppen am Produktionsgesamtertrag, nicht zum wenigsten auch der Streit über den Anteil der staatsfinanziellen und der freien Wirtschaft immer im Vordergrund. Die Erkenntnis oder doch das unklare Gefühl, daß diese übliche politische Parteibetätigung nach ihrer Entstehung wie nach ihrer Fortentwicklung nur sehr mittelbar mit der Produktion, dieser Grundlage alles Individual- und Gemeinlebens, in engem Zusammenhang blieb, haben nicht zum wenigsten dem Streben nach besonderen Vertretungen sowohl der einzelnen Wirtschaftszweige wie der produktiven Gesamtwirtschaft, neben dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts, neuerdings, und zwar in einer ganzen Reihe von Ländern, immer größeren Nachdruck verliehen.

Was das deutsche Bürgertum in seiner breiten Anhängerschaft anlangt, die im Lauf des 19. Jahrhunderts erst allmählich zur Wählerschaft aufrückte, so lieferte hier seinerzeit das Schicksal der Listschen Gedankengänge die eindrucksvollsten Beweise für das Gesagte. Heute, nachdem alles vorbei ist, herrscht so ziemlich Einmütigkeit darüber, daß die von Friedrich List geforderte staatliche Hebung und Pflege der produktiven Kräfte, die Pflanzung und Stärkung einer nationalen Industrie, die Abwehr und Abschwächung einer bereits ältern und periodisch überlegenen Außenkonkurrenz wesentlichen Interessen der sich regenden und reckenden Industriebourgeoisie und damit für jene Zeit einem fundamentalen Interesse der Allgemeinentwicklung Deutschlands entsprach, daß ohne diese tiefeinschneidende Produktionspolitik, die von einer weitblickenden und unverlierbaren Theorie der Bedeutung der produktiven Kräfte, der stufenmäßigen Entfaltung der staatlich zusammengefaßten Wirtschaftsorganismen ausging, das spätere gewaltig aufstrebende industrielle Deutschland kaum zu denken ist. »Sicherlich«, schrieb 1851 Karl Marx, »waren der preußische Schutzzolltarif von 1818 und die Bildung des Zollvereins für die Kaufleute und die Indu-

striellen Deutschlands bedeutend mehr wert als das zweifelhafte Recht in der Kammer irgendeines Duodezstaates Ministern ihr Mißtrauen auszudrücken.<sup>1</sup> Aber für die Masse der üblichen Demokraten, Kleinbürger wie Kleinbauern, die in erster Linie die bürgerlichen Parteilisten nach links hin auffüllte, blieben die Schlagbäume und Mauthäuser des Zollvereins weiterhin noch lange nichts als Geßlerhüte, gegen die bedrückten kleinen Leute von einem neuen Feudalismus der Großen aufgerichtet. Symbole der Unfreiheit und Reaktion, der Ausbeutung der Konsumentenmassen durch eine Handvoll Produzenten, die man schließlich für nichts weiter als abnorme Schmarotzergebilde ansah. Der äußerliche Radikalismus verhinderte hier keineswegs eine innerlich, das heißt im letzten Grund wirtschaftlich rückständige und rückschrittliche Stellungnahme.

Für die spätere nichtbürgerliche Demokratie, für die Arbeiter-, die Sozialdemokratie lagen in Deutschland die Voraussetzungen für eine ruhige Würdigung der Produzentenpolitik zunächst eher noch ungünstiger. Die heutige kapitalistische Verkörperung der Produktion und des Produzenteninteresses stand den Arbeitern in ihren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen überall in der Gestalt des Unternehmers gegenüber, und was wäre diesem Unternehmertum anderes zuzutrauen gewesen als arbeiterfeindliche Unterdrückung und ungemessene Bereicherung auf Kosten aller übrigen Gesellschaftsschichten und vor allem der Arbeiter? Zwar war sofort im Kommunistischen Manifest die Bourgeoisie als »revolutionäre Klasse aufgefaßt, als Trägerin der großen Industrie« gegenüber »veralteten Produktionsweisen«. Und Marx machte sich 1875 angesichts des Gothaer Programmwurfs nochmals weidlich lustig über den »Unsinn« von der »einen reaktionären Masse«, die Bourgeoisie wie Mittelstände in gleicher Gegensätzlichkeit zu den Arbeiterinteressen umschließe.<sup>2</sup> Aber diese vollkommen andersartige Auffassung, obwohl sie bei Marx und Engels bei jeder Gelegenheit wiederkehrt, blieb, wie noch so vieles andere bei unseren großen Lehrmeistern, gerade unseren worteeifrigsten sogenannten Marxisten der Partei stets ein Buch mit 7 Siegeln. Und vollends zur tödlichen Verlegenheit werden solchen seltsamen Marxjüngern Ausführungen Marxens wie die folgenden: »Wenn die Industrie im Wachstum begriffen ist, wenn der Reichtum, wenn die Produktivkräfte, wenn mit einem Wort das Produktivkapital die Nachfrage nach Arbeit vermehrt, so steigt auch der Preis der Arbeit und folglich der Lohn. Die günstigste Bedingung für den Arbeiter ist das Anwachsen des Kapitals. Und man muß dies zugeben. Wenn das Kapital stationär bleibt, wird die Industrie nicht nur stationär bleiben sondern zurückgehen, und in diesem Falle wird der Arbeiter das erste Opfer sein ... Die unerläßliche Bedingung für eine passable Lage des Arbeiters ist also möglichst rasches Wachsen des produktiven Kapitals ... Ein merkliches Zunehmen des Arbeitslohns setzt ein rasches Wachsen des produktiven Kapitals voraus.«<sup>3</sup>

Auch heute noch getraue ich mir in jeder durchschnittlichen Berliner oder Leipziger Parteiversammlung, falls die Verfasserschaft solcher Darlegungen verborgen bleibt, einen Ausschlußantrag gegen die Urheber wie die Verbreiter solcher haarsträubender Irrlehren einstimmig durchzubekommen.

1) Siehe Marx Revolution und Koterrevolution in Deutschland /Stuttgart 1896/ Seite 6. Auch andere Äußerungen Marx' und Engels', die sich in gleicher Richtung bewegen, werden in der Partei immer noch viel zu wenig beachtet: siehe Schippel Grundzüge der Handelspolitik /Berlin 1902/, besonders Seite 107 und folgende.

2) Siehe Marx Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms, aus dem Nachlaß veröffentlicht in der Neuen Zeit 1890-1891 I Seite 568 und 569

3) Siehe Marx Das Fliend der Philosophie /Stuttgart 1885/ Seite 198 und folgende, und Lohnarbeit und Kapital /Berlin 1891/ Seite 24 und 25.

**T**ROTZDEM wäre die Annahme ganz und gar falsch, daß der Zusammenhang zwischen Arbeiterklassenaufstieg und Produktionsentfaltung, die natürlich bis zur Gegenwart in erster Linie das Werk der Produktionsleiter als der Nächstbeteiligten sein mußte, in der Sozialdemokratischen Partei immer nur verkannt und übersehen worden sei. Vor allem bei wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Betrachtungen und Darstellungen, ferner bei kritischen Würdigungen von Auslandsbewegungen ist der Aufschwung oder der Niedergang, der Sturm und Drang oder das Abflauen der verschiedenen Arbeiterbewegungen stets in unlösbare Schicksalsverkettung zu dem günstigeren oder ungünstigeren Produktionsverlauf während der einzelnen Zeitstufen oder in den einzelnen Ländern gebracht worden.

Unsere eigenen parteigenössischen Geschichtsdarstellungen behandeln es heute schon als eine Selbstverständlichkeit, daß das Deutschland der Vorkriegszeit zu einer ausgebreiteten wirtschaftlichen und politischen Arbeiterorganisation unfähig war, weil es konzentrierte große Industrien mit starker Auftriebskraft zunächst erst zu schaffen galt. Im parteipolitischen und gewerkschaftlichen Aufschwung seit den siebziger Jahren erblickt man gerade bei uns das entsprechende Spiegelbild des deutschen Produktionsaufschwungs seit der Ära des großkapitalistischen Betriebs und der Aktiengesellschaften (die, nebenbei bemerkt, als neue Unternehmungsform dereinst in weitesten Kreisen genau so verfeimt waren wie heute die Trusts, Kartelle und Konzerne: worüber sich recht erbauliche und lehrreiche Zusammenstellungen machen ließen). Das raschere Vordringen der deutschen Sozialdemokratie im Vergleich zum Ausland, die glücklichere gewerkschaftliche Entfaltung eines Berufszweigs im Vergleich zu anderen Berufen erklärte man uns oft genug aus dem raschern Produktionsfortschreiten Deutschlands gegenüber anderen Ländern oder einzelner Produktionszweige und Produktionsgruppen, wie der Metallindustrien, gegenüber stiller dahinlebenden oder tatsächlich verfallenden anderen Berufen. Wenn wir dem Vergangenen und Gewordenen gegenüberstehen, wurde uns also recht oft, mitunter vielleicht schon in übertriebener Weise, die *Arbeiterklassenbewegung* zu einer *Funktion der Produktionsbewegung*. Auch der kapitalistischen Produktionsbewegung, da wir bis zur Stunde auf gewerblich industriellem Gebiet kaum eine andere Form der Entwicklung des produktiven Wirtschaftskörpers vor uns hatten.

Nachträglich, bei geschichtlicher Beurteilung des eigenen nationalen Werdens oder bei internationalen Vergleichen lassen wir also die Produktion durchaus zu ihrem schicksalbestimmenden Recht kommen. Nachträglich sehen wir die große Umwälzung der letzten Menschenalter ganz klar nach ihren gedanklich zwar zu trennenden, in Wirklichkeit jedoch untrennbaren beiden Seiten: subjektive *Umwälzung der Köpfe*, der Welt der Gedanken und der Bestrebungen des Proletariats auf der einen Seite, auf der andern objektiv die *Umwälzung*, die Erweiterung und Vervollkommnung des *sachlichen Produktionsapparats*, den eine Produktionsstufe der folgenden nächsthöheren überträgt, der auf bisheriger und gegenwärtiger Produktionsstufe jedoch ausschließlich oder fast ausschließlich der Leitung des Kapitals anvertraut war und ist. Die eine Umgestaltung begrüßen wir mit Vorliebe als revolutionär. Sollen wir die andere, die in letzter Linie allentscheidende

ständige Wirtschaftsumformung, als reaktionär verwünschen und **scheel ansehen**, weil ihre hervorragendsten und unter den bisherigen **Umständen** ausschließlichen Träger und Förderer politisch nicht gerade **übermäßig demokratisch angehaucht** sind und die Klinken der Gesetzgebung und die Gewalt des Staats oft genug gegen uns gebraucht haben?



Wir wollen, werden die mehrüberlegenden Parteigenossen einwenden, diese zweite Vorbedingung der sozialistischen Wirtschaftsordnung auch gar nicht unterdrücken und vernachlässigen. Wir wollen sie vielmehr in die eigene Hand nehmen. Mit der Wiedervereinigung von Produktionsmittelbesitz und Arbeitsausführung decken sich Produzenten- und Konsumenteninteresse.

Aber von dem genügenden geistigen Hochstand der Lohnarbeiterklasse ganz abgesehen: sind die objektiven, durch die Entwicklung der Produktionsweise selber bestimmten Voraussetzungen des Sozialismus in der Gegenwart bereits gegeben? Ist "der Tag", von dem früher so gern, und nicht nur bildlich, gesprochen wurde, bereits in naher Sicht? Hat die letzte "Stunde" des Kapitalismus, die man sich früher tatsächlich als die Eröffnungsstunde einer großen theatralischen Katastrophe vorstellte, bereits geschlagen? Und wenn nicht, müßte für die Übergangszeit, für die man unter Umständen mit Jahrzehnten und Generationen zu rechnen hat, unsere Losung nicht lauten: fortgesetzte ununterbrochene, möglichst reiche Entwicklung des sachlichen Produktionsapparats, unbestritten; nur unter möglichster, stetig fortschreitender Mitbestimmung und Mitwirkung der Lohnarbeit neben dem bisher alleinbestimmenden Kapital? Wirtschafts- und Produktionsdemokratie ist eben etwas ganz anderes als die Äußerung möglichst scharfen oppositionellen Mißtrauens gegen alles, was von den heutigen Produktionsleitern ausgeht. Sollen wir uns gegen »Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile« (das letzte heißt: koloniale Produktionspolitik) deshalb auflehnen, weil nach dem Kommunistischen Manifest »die Bourgeoisie« diese massenhaften und kolossalen Produktionskräfte »geschaffen« hat und ständig ökonomisch revolutionierend weiter schafft? Hat hier eine Katastrophenvorstellung, hat hier das Enthaltenspredigen bis zur greifbar nahen Schicksalswende überhaupt irgendwelchen Sinn?

Die Götterdämmerung des Kapitalismus, der kapitalistischen Produktionsleitung! Den jähen Meinungsumschlag einiger unserer Radikalsten, die 1918 hier den Himmel eitel voller Geigen hängen sahen, und die heute um so tiefer niedergedrückt nichts als fürchterlichste Trübsal blasen, braucht nicht mitzumachen, wer weder vor noch nach dem Krieg an die Nähe der großen ökonomischen Schicksalswende geglaubt hat. Aber unsere radikalen Geistesliliputaner können immerhin zu ihrer Entschuldigung anführen, daß die von ihnen mißhandelten Geistesriesen wie Marx und Engels gleichfalls dem Kapitalismus eine Aufschwungsperiode nach der andern zugestehen mußten. Im Kommunistischen Manifest von 1847 waren »die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse« schon längst zu eng geworden, um die heraufbeschworenen unterirdischen Produktionsgewalten noch bändigen zu können; die höherstufige Produktionsfähigkeit, dereinst die Waffe der Bourgeoisie gegen den Feudalismus,



»richtet sich jetzt [1847] gegen die Bourgeoisie selbst«. 1852, als 2 neue siedelungskoloniale Welten sich aus den Nebeln ihrer ehemaligen Entlegenheit und Kulturlosigkeit zu entschleiern begannen, schrieb Engels vorurteilslos an Marx: »Californien und Australien sind 2 Fälle, die im Manifest nicht vorgesehen waren: Schöpfung großer neuer Märkte aus nichts. Sie müssen noch herein.« Und Ende 1858, 11 Jahre nach dem Kommunistischen Manifest, ringt sich Marx das mannhafte Eingeständnis ab, abermals im Hinblick auf die (an späteren kolonialen und weltwirtschaftlichen Fortschritten gemessen, winzigen) Vorgänge in Californien und Australien und die ersten bescheidenen Weltmarktsneuerschließungen und Breschelegungen in China: »Wir können es nicht leugnen, daß die bürgerliche Gesellschaft zum zweitenmal ihr 16. Jahrhundert erlebt hat.«<sup>4</sup> Als nochmals reichlich ein Durchschnittsmenschenalter dahingegangen war, bekannte der greise Engels sogar vor aller Öffentlichkeit:

»Die Geschichte hat uns und allen, die ähnlich dachten, Unrecht gegeben. Sie hat klargemacht, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion; sie hat dies bewiesen durch die ökonomische Revolution, die seit 1848 den ganzen Kontinent ergriffen und die große Industrie in Frankreich, Österreich, Ungarn, Polen und neuerdings Rußland erst wirklich eingebürgert, aus Deutschland aber geradezu ein Industrieland ersten Ranges gemacht hat: alles auf kapitalistischer, im Jahre 1848 also noch sehr ausdehnungsfähiger Grundlage.«<sup>5</sup>

Und schließlich heute, nach wiederum einem vollen Menschenalter? Heute haben wir glücklich allerradikalste Känder eines Jüngstmarxismus unter uns, die auf die ganze bisherige Produktionsentwicklung gewaltig von oben als einen "Frühkapitalismus" herabblicken: dieser habe mit dem Weltkrieg sein Ende erreicht, um nunmehr endlich dem eigentlichen "Vollkapitalismus" und damit allerdings seinem nunmehr ganz zweifelsfreien Untergang zuzusteuern

Diese unaufhörliche Berichtigung durch die Erfahrung erstreckt sich jedoch noch viel weiter. Noch für Lassalle war die Herrschaft der Bourgeoisie gleichbedeutend mit dem ungehemmtesten Spiel der wütesten freiesten Konkurrenz. Als sich die Herausbildung immer zahlreicherer Konkurrenzdurchbrechungen und Konkurrenzregelungen schärfer und schärfer am Horizont in Gestalt der Kartelle abzeichnete, war Engels, 1894, zwar fest überzeugt, »daß, wenn auch die Produktion einer Regelung bedarf, es sicher nicht die Kapitalistenklasse ist, die dazu berufen ist. Inzwischen haben diese Kartelle nur den Zweck dafür zu sorgen, daß die Kleinen noch rascher von den Großen verpeist werden als bisher.« Dabei behielt aber Engels, frei von allen doktrinären Scheuklappen, das letzte Wort offenbar der weitem Erfahrung und fortgesetzten Beobachtung vor, denn in der gleichen Periode seines geistigen Entwicklungsgangs neigte er auch zu anderen Auffassungen: »Kapitalistische Produktion durch Aktiengesellschaften ist schon keine Privatproduktion mehr sondern Produktion für assoziierte Rechnung von vielen. Und wenn wir von den Aktiengesellschaften übergehen zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren, so hört da nicht nur die Privatproduktion auf, sondern auch die Planlosigkeit.«<sup>6</sup>

So ist es denn heute nicht nur Philip Snowden, vielleicht der ausgeprägteste Kopf unter den englischen Sozialisten, der mit den Kartellen als

<sup>4</sup> Siehe Marx und Engels Briefwechsel 1844 bis 1883 /Stuttgart 1913/ I Seite 342 und II Seite 292.

<sup>5</sup> Siehe Engels' Einleitung zu Marx Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 /Berlin 1895/ Seite 8.

<sup>6</sup> Siehe Engels' Anmerkung zu Marx Das Kapital III 1 /Hamburg 1894/ Seite 97 und Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmwerkes 1891, in der Neuen Zeit 1901-1902 I Seite 8.

unentbehrlicher Zwischenorganisation der Produktion, als bevorstehender eigentlicher Rationalisierung der Produktion liebäugelt. Auch unverdächtigste deutsche Radikale prophezeien uns einen kommenden »durchorganisierten Kapitalismus«, der sich von einer systematischen Kartellierung, wie sie von kapitalistischer Seite recht oft theoretisch empfohlen und praktisch umfassend in Angriff genommen wurde, wirklich recht wenig unterscheidet.



WENN man somit selber der heutigen Produktionsentwicklung noch so viele Zukunftsstufen und Zukunftsaufgaben vorzeichnet, ist dann die Mitbestimmung und Mitförderung dieser Produktion, die Entfaltung des sachlichen Produktionsapparats, der einst das Erbe der großen heute in fremdem Dienst lohnarbeitenden Allgemeingenessenschaft sein soll, und dessen Entwicklungshöhe seit jeher und in Zukunft zugleich die Entwicklungshöhe jeder Arbeiterbewegung maßgebend beeinflußt, nicht viel zu sehr in den Hintergrund gedrängt worden, während der Streit um die klassenmäßige Verteilung des Produktionsertrags, meist sogar die kurzsichtigste Konsumentenpolitik bürgerlich-demokratischen Zuschnitts sowohl die sozialökonomische Theorie wie die parteipolitische Alltagspraxis einseitig überwucherte?

Der unverlierbare Kern der Rätebewegung bestand dereinst in dieser Anerkennung der großen allgemeinen Produktionsinteressen, in der Hervorhebung der Produzentenbedeutung, unter gleichzeitiger Sammlung und Schulung der Lohnarbeiterproduzenten zur Mitbestimmung auf einem bisher vernachlässigten und verkannten Wirkungsfeld. Nach der Begründung zu Artikel 34a des Reichsverfassungsentwurfs, dem spätern Artikel 165 der Verfassung, sollten die Wirtschaftsräte dazu berufen sein den Arbeiter und Angestellten »als Produzenten« an der gesamtwirtschaftlichen Tätigkeit zu »beteiligen«; diese Räte sollten »im Dienst der Produktionspolitik stehen«. Die ersten Schritte auf diesem Feld der Produktionsdemokratie, der Umbildung der gegebenen produktionswirtschaftlichen, bisher rein kapitalabsolutistischen Organisation mögen zunächst nicht sehr ermutigt haben. Aber unsere parteiparlamentarischen Versuche die politische Organisationsform des alten Militär- und Obrigkeitsstaats umzubilden fielen gleichfalls recht wenig hoffnungserweckend aus. Und doch, wie steht "der Staat" im Reich wie in den Ländern in seiner gegenwärtigen Gestalt, mit seinem immer stärkern Einschlag von nichtkapitalistischen Machtansätzen, nach innen wie nach außen, als ein vollkommen anderer Staat da als in seinem Anfang.

Auch die Wirtschaftsdemokratie wird kommen, wird sich immer höher entfalten. Aber im Zeitmaß ihres Fortschreitens und im Umfang ihrer Erfolge für die Arbeiterklasse wird sie davon abhängen, wie weit die Arbeiter realistische Produktions- und Produzentenpolitik zu treiben lernen werden. Die alte Spekulation auf das sofortige Ausscheiden der zweiten großen Produzentengruppe, der Unternehmerproduzenten, verträgt sich freilich, wie seit dem Kommunistischen Manifest 80 Jahre der Vergangenheit gelehrt haben, und wie nicht zum wenigsten Karl Marx und Friedrich Engels selber offenmütig mehrfach eingestanden, mit dieser realistischen Gedankeneinstellung und Wirksamkeit nicht. Auch Wirtschaftsdemokratie wird auf absehbare Zeit nicht Klassendiktatur sein, weil sie es nach allen gegebenen tatsächlichen Voraussetzungen nicht sein kann.



## PAUL KAMPFFMEYER · ERKENNTNIS DER WERDENDEN GESELLSCHAFT



INIEN der kommenden Gesellschaftsentwicklung prägen sich nicht gleichsam automatisch den Menschen auf, die unter dem starken Druck der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse ihrer Zeit stehen. Zur richtigen Erfassung des Werdenden ist ein feines Witterungsvermögen erforderlich, und selbst geistvollen Staatsmännern, die wohl Sinn für die Wirklichkeiten des Lebens haben, aber wegen ihrer politischen Tagesarbeit zu tief im Bestehenden wurzeln, entgehen häufig die nicht stehenden, fließenden Verhältnisse einer Sozialordnung, zu deren besonderem Schutz sie sich berufen fühlen.

Es ist bezeichnend, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands zuerst heftig mit dem Leiter der deutschen Politik Otto von Bismarck in der Frage des deutsch-französischen Friedens zusammenstieß. Schon Ferdinand Lassalle hatte das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich als die Lebensfrage der deutschen Demokratie, ja der europäischen Kultur überhaupt erklärt. In den leidenschaftlichsten Wendungen hatte Lassalle vor dem »blutigen Tiger des Nationalhasses« gewarnt, der zwischen der deutschen und der französischen Nation geweckt, vielleicht auf 3 Dezennien jeden politischen Fortschritt hemmen würde, um an die Stelle der innern Entwicklung die Barbarei der gegenseitigen Eroberungs- und Vernichtungswut zu setzen. Der Deutsch-Französische Krieg entflammte, verzehrte das Kaisertum Napoléons III und ließ auf dessen Trümmern die Französische Republik entstehen. Eine wirklich europäische, nicht von den dunkeln Instinkten des Chauvinismus getriebene Politik mußte auf einen ehrenvollen Frieden mit Frankreich lossteuern. Diese eines Lassalle würdige und nun von Marx befürwortete Politik verkündete der Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands in dem berühmten Braunschweiger Manifest. Man braucht selbstverständlich nicht auf seinen Text, der ziemlich willkürlich aus scharf agitatorischen Wendungen und aus derben Stellen eines diskreten Marxschen Briefes zusammengequirlt ist, zu schwören, wenn man offen und ehrlich anerkennt, daß dieses Manifest eine europäische Tat war. Und sie wurde durch die ungeschickte und gehässige Verfolgung der Urheber und Verbreiter des Manifests in die breiteste Öffentlichkeit gestellt. Militär, Polizei und Justiz leisteten der Sozialdemokratie die wertvollsten Dienste mit der Bekanntgabe eines Aufrufs, der bei der Kriegsbegeisterung sonst unbeachtet geblieben wäre.

In den Erfolgen der Gegenwart befangen dachte Bismarck nicht an das werdende neue Europa, und seine nun einmal begonnene Politik gegen die Sozialdemokratie setzte er in dem Kampf gegen die Internationale fort. Mit Riesenschritten ging Europa einer internationalen Wirtschaftspolitik zu, und dieser werdenden Weltwirtschaft entsprach eine internationale Sozialpolitik. Das Programm dieser Politik lag in den leitenden Sätzen der Inauguraladresse von der Bedeutung des Arbeiterschutzes und des Genossenschaftswesens und von der Notwendigkeit der proletarischen Machteroberungspolitik vor, es nahm Gestalt in der Forderung des internationalen Arbeiterschutzes an, des Achtstundentags, einer Forderung, die ein halbes Jahrhundert später in das Friedensinstrument von Versailles übergang.



UNTER dem alten Regime wurde die Einsicht der verantwortlichen Staatspolitiker in das Werdende dadurch ungeheuer erschwert, daß sie, deren freier Blick durch Voreingenommenheiten und Vorurteile mancher Art schon geschwächt war, bei der Erfassung der tatsächlichen Verhältnisse auf Augen angewiesen waren, die nur nach einer Seite in die Welt blickten. Die in den leitenden Köpfen schon vorhandene Vorstellung von der Beschränktheit des Untertanenverständs wurde durch die ausführenden, auf den unbedingten Gehorsam eingeschworenen Organe der Staatsverwaltung, die Polizei, direkt auf die Spitze getrieben. Der ehemalige gediente Soldat, der Unteroffizier, der Offizier, sind zur ersten Beobachtung wichtiger politischer Erscheinungen bestellt, die im Interesse des Staats selbst möglichst klar und objektiv angeschaut werden müßten. Sind die ersten Beobachtungen schon falsch und schief, wie sollen dann die auf ihnen fußenden Entschlüsse und Befehle ausfallen? Dem ehemaligen Soldaten steht aber als Beobachter noch der gekaufte Vigilant zur Seite, der vielleicht nur durch groben Betrug in den Besitz bestimmter Kenntnisse gelangt, und der sein Wissen überdies in entstellter Form an den Mann bringt, da er von seinen Berichten zu leben hat. Der Vigilant übertreibt berufsmäßig, denn er wird nach der Wichtigkeit seiner Mitteilungen von der Polizei bezahlt. Er muß daher immer "Wichtiges" melden. Das kann er nicht, also muß er erfinden. Schon im Jahr 1871 berichtet ein Berliner Polizeiaгент Casimir Fabelhaftes von »geschlossenen respektive geheimen« Beratungen sozialdemokratischer Vereine. Da sind in diesen Kreisen militärwissenschaftliche Vorträge »projektiert«, um sowohl strategische wie praktische militärische Bildung in den Vereinen zu verbreiten und nichtgediente Leute in den Vereinen auszubilden.

Aus den von Vigilanten zugetragenen Berichten schöpfen nun Polizeikommissare und Polizeiinspektoren zum Teil ihre Einsicht in die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Diese Beamten schreiben dann Berichte und Denkschriften über diese Bewegung. Sehr subjektive Urteile über die Sozialdemokratie fließen in diese Denkschriften ein. Die Verfasser sehen vielfach in den sozialdemokratischen Arbeitern völlig demoralisierte Menschen, die in ihrer Entartung den Bestand von Staat und Gesellschaft direkt gefährden. So verfaßte der in Berlin vielgenannte Berliner Polizeiinspektor Pick unter dem 26. Oktober 1873 eine Denkschrift über die soziale Frage, in der gegen die Zügellosigkeit der Presse und die Mißbräuche der Versammlungsfreiheit förmlich gewütet wird. In dieser Denkschrift heißt es unter anderm: »Es kann wohl niemand der Wahrnehmung sich verschließen, daß Zucht und Sitte in den Arbeiterkreisen gänzlich aufgehört haben, daß ein Zug bodenloser Gemeinheit in den Gesichtskreis tritt und die Sucht ein unverdientes Wohlleben sich zu schaffen die Arbeiterkreise beherrscht, sowie dazu die Veranlassung, daß jeder, der besitzt, mit neidischen Augen angesehen wird. Die Verwirrung in den Arbeiterkreisen, welche hauptsächlich die soziale Frage beherrscht, ist so groß, daß alles Rechtsgefühl unterdrückt und der Augenblick, wo zugelangt und dem Besitzenden sein Eigentum entrissen werden kann, mit größter Sehnsucht erwartet wird.« Die sozialdemokratischen Arbeiter erscheinen in dieser Denkschrift als eine Rotte zucht- und gesetzloser Menschen, die auf dem Sprung stehen sich raubend auf die besitzende Klasse zu stürzen. Diese Denkschrift wurde offenbar für erheblich genug gehalten, um in den Ministerialakten aufbewahrt zu werden.

Die Vorstellung, daß der Sozialdemokrat ein grundgemeiner, mit allen Pöbelinstinkten verschwenderisch ausgestatteter und stets zu den schwersten Ausschreitungen geneigter Mensch sei, wurde überdies geflissentlich von der scharfmacherischen bürgerlichen Presse gepflegt. Diese Presse schob ihm den Frankfurter und Mannheimer Bierkrawall in die Schuhe. Die konservative Presse, namentlich die Kreuzzeitung, schrieb in gehässigster Weise über prassende und faulenzende Arbeiter, über Maurer, die mit der Droschke zur Arbeit führen, und über Steinträger, die Rehrücken zum Frühstück verspeisten und dazu Champagner tranken. Und diese Schilderungen erschienen in einer Zeit, als der Hungertyphus in Berlin herrschte. Wer so mit dumpfen Sinnen in die Welt hineinschielte, der konnte natürlich nichts von der erwachenden Kulturbewegung der Arbeiterklasse entdecken. Das Sehen und Erkennen der Dinge erfolgt nicht einfach rein mechanisch. Das Auge stellt sich bewußt auf bestimmte Erscheinungen ein, erkennt diese scharf und übersieht andere. Der gesetzte Bürger malte sich den Sozialdemokraten als rempelsüchtigen Knoten aus, und sein Sehwerkzeug stieß daher nur auf "sozialdemokratische Rowdies". Der "Tölkeknüppel" war von den bürgerlichen Pressemenschen so oft vor seinen Augen geschwungen worden, daß er eben jeden Sozialdemokraten für einen rauflustigen Krakeeler ansah

Erst als die Sozialdemokraten massenhaft zu großen politischen Aktionen auftraten, wurden die Sinnesorgane des Bürgertums auch für andere Eindrücke aus der ihnen bisher so fremden Welt der Sozialdemokratie empfänglich. Nun erst wich langsam ihre Blindheit für die neu werdende politische Macht. Bei der Reichstagswahl von 1877 wies die Kreuzzeitung mit den Fingern auf die »Agenten« der Sozialdemokratie, auf die Wahlhelfer dieser Partei, die »in gesetzlichen Formen« und so »geräuschlos und sicher operierten«, und die »teilweise in feiner Kleidung mit Zylinderhut« erschienen wären und »durchaus kein Proletarieraussehen« hätten. Hier marschierte die Sozialdemokratie als eine Klasse mit durchaus gesellschaftlich gebildeten Ansprüchen auf und erhob ihre neuen politischen und sozialen Forderungen in gesetzlichen Formen. Man kann an den 10. Januar 1877, an den Reichstagswahltag, der zuerst der Sozialdemokratie den sektenhaften Zug nahm und sie als Massenpartei charakterisierte, die sozialkulturelle Tatsache knüpfen: Das Bürgertum entdeckte an diesem Tag die sozialdemokratische Arbeiterschaft als eine selbsttätige, politisch aufstrebende Klasse. Zugleich aber verbanden die verängstigten Schichten des Bürgertums mit dieser Vorstellung die unheimliche Furcht vor einem ihre Existenz bedrohenden Feind. Der politische Raufbold, der Krakeeler, der ja leicht dem Schutzmann verfiel, mochte diesen bürgerlichen Elementen nicht so gefährlich erscheinen wie der gesetzlich operierende Sozialdemokrat.



U EDE soziale Emanzipationsbewegung erscheint den Repräsentanten der Staatsgewalt und der herrschenden Klassen als staatsfeindlich und verbrecherisch. Auch die Bewegung des Dritten Standes, des Bürgertums, war von der adligen Grundbesitzerklasse einst moralisch abgekanzelt worden. Die Vertreter einer bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung betrachten diese immer als unerschütterlich, für alle Zeiten feststehend. Sie sprechen den Befürwortern einer neuen Gesellschaft die Charaktereigenschaften anständiger Menschen ab. Wir dürfen uns daher nicht wundern, daß die Sozial-

demokraten anfänglich von ihren Gegnern als minderwertige und unmoralische Individuen, als Menschen ohne Gewissen, Ehre und Anstand behandelt wurden. Wir sind über diese Tatsache nicht erstaunt, weil sich in ihr eine soziologische Gesetzmäßigkeit ausprägt. Aber wir müssen sie besonders herausheben, um die Arbeiterbewegung und ihre Gegner zu verstehen.

Die Führer des Liberalismus und der Demokratie sind auch einmal als gefährliche Umstürzler von Staat und Gesellschaft, von der Justiz und Polizei verfolgt worden. Befürworteten sie eine Umbildung des autoritären Zwangscharakters der Ehe durch die Erleichterung der Ehescheidung, so wurden sie als leichtfertige und gewissenlose Zerstörer der Ehe und Familie geschmäht. Der Liberale galt als Libertin. Alle Beweggründe seines Handelns konnten nur einem grundverdorbenen Herzen entspringen. Die obrigkeitlichen und beruflichen Anwälte des Bestehenden erkennen nicht die charakteristischen Umwälzungsmomente in der von ihnen verteidigten Gesellschaft. Wenn sich mit fortschreitender liberal-bürgerlicher Sozialordnung die Bindung des Landvolks an die Scholle wirtschaftlich lockert, wenn sich neben den Grundbesitz als ökonomisch organisierende Macht das mobile Kapital stellt, dann sind die Verteidiger des Bestehenden blind für diese neue wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Die Köpfe, in denen sich das neue Werden klar spiegelt, und die tapfer das aussprechen, was neu in die Erscheinung getreten ist, gelten als ultrarevolutionär und im höchsten Grad staatsgefährlich, gefährlicher als der gewöhnliche Einbrecher. Vergreift sich dieser doch nur an einzelnen Eigentumsgegenständen, nicht an dem feudalen oder bürgerlichen Eigentum überhaupt, rührt also nicht an das Eigentumsprinzip einer bestimmten sozialen Ordnung. So urteilen die Schützer und Schirmer einer sich umwälzenden Gesellschaft.

Eins unterschied die Theoretiker der Sozialdemokratie von vornherein von den geistigen Verfechtern des Liberalismus: die Einsicht in die Abhängigkeit sozialer und politischer Lehrmeinungen von den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen ihrer Zeit selbst. Der Liberale hielt eine historische Wirtschafts- und Sozialordnung mehr oder weniger für die bewußte Schöpfung bestimmter Individuen, bestimmter sozialer Gruppen. Der Sozialdemokrat begriff die ganze Gewalt unbewußter historisch-ökonomischer, sozialer Vorgänge, die erst auf das bewußte Denken des Menschen wirkten.

Was der Durchschnittsliberale und auch der gewöhnliche Beamte des bürgerlichen Staats an der sozialdemokratischen Bewegung zunächst nicht verstanden, das war der selbsttätige Arbeiter, der sich aus eigener Einsicht, aus dem Verständnis seiner Klassenlage heraus mit der Politik beschäftigte, seine eigene Zeitung hielt und seine eigenen Klassengenossen zur Vertretung seiner Interessen in die Gesetzgebungs- und Verwaltungskörperschaften sandte. Arbeiter konnten sich nach dieser bürgerlichen und auch polizeilichen Auffassung politisch nicht selbst betätigen, sie mußten immer von hinten geschoben werden. Der Polizeibeamte namentlich suchte immer nach "Agenten", wörtlich nach "Tätigen", nach vorwärts stoßenden Elementen, die den trägen Arbeiter erst künstlich in Bewegung setzten. Wenn man Polizeiberichte über die Internationale liest, so begegnet man immer der Vorstellung: Die Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation werden von Marx aus London kommandiert, und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands ist nichts als ein Werkzeug des Londoner Generalrats.

Die Vigilanten in London melden ständig irgendeine bevorstehende Handlung Marx'. Bald steht Marx im Begriff eine Reise nach dem Kontinent anzutreten, um natürlich dort Rekruten für die kommende große soziale Revolution zu werben, bald sendet er Emissäre mit geheimen Aufträgen nach Deutschland, bald strebt er durch seinen vermeintlichen »Schwieger-  
sohn Lissagaray« (gemeint ist wohl Lafargue?) eine enge Verbindung zwischen deutschen und französischen Sozialisten an. Als im Oktober 1870 der Obergerichtsrat Hoppenstedt, der Rechtsberater des Generals Vogel von Falckenstein, der die Mitglieder des Sozialdemokratischen Ausschusses in Braunschweig in Ketten legen und nach der Festung Lötzen abführen ließ, in einem Promemoria den willkürlichen Eingriff dieses Generals in den gewöhnlichen Rechtsgang verteidigte, stellte er die Internationale als eine vom Generalrat regierte Organisation dar. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei stand nach der Ansicht Hoppenstedts »unter der Regierung zweier Behörden«: des Ausschusses in Braunschweig und der Kontrollkommission in Hamburg. Karl Marx hatte einen wirklichen tiefen Blick in die Seelen der staatlich-polizeilichen und der beruflich-bürgerlichen Verfolger der Internationale getan, als er sich in seiner Generalratsadresse Der Bürgerkrieg in Frankreich über den »polizeilich gefärbten Bourgeoisverstand« be-  
lustigte, der sich die Internationale als »eine Art geheimer Verschwörung« vorstellt, »deren Zentralbehörde von Zeit zu Zeit Ausbrüche in den verschiedenen Ländern befiehlt«. Die Berichte der deutschen Botschafter und Gesandten im Ausland über die sozialdemokratische Bewegung verbreiten sich über die »Emissäre«, die von einer geheimen Oberleitung nach Deutschland oder Frankreich zur Entfachung von Unruhen gesandt werden.

Woher rührte diese Vorstellung von einer ständig und geheim geleithammelten Masse? Aus einem lässigen Nachhinken hinter den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten der Zeit. Diese Vorstellung stieg aus einer geistig bereits überwundenen Vergangenheit auf, in der die Masse sich noch nicht politisch vereinigte und keine Zeitungen las. Nur in Ausnahmefällen ballt sie sich zusammen: bei Arbeiterentlassungen, bei Hungersnöten, bei Arbeitslosigkeit. Mit Recht spricht Friedrich Engels in einem unveröffentlichten Aufsatz über England am Beginn der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts noch von dem Arbeitsvolk, das wie der Chor in der griechischen Tragödie nur bei katastrophalen Ereignissen auftritt.

Der Arbeiter agierte bereits ständig auf der Bühne der Geschichte, als in Deutschland das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie in Kraft trat. Abermals irrten sich die Schützer und Schirmer des Bestehenden in der durchschlagenden Wucht der forttreibenden Momente ihrer eigenen Wirtschaftsordnung. Sie hatte einen natürlichen Kontakt zwischen den Massen geschaffen, so daß diese zunächst des öffentlichen Versammlungsrechts ent-raten konnten. Jede Fabrik wurde gleichsam zu einem Versammlungsort, und in das ausnahmegesetzliche Deutschland ragte die sozialistische Presse des Auslands hinein. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hatte selbst neue Bedingungen für die politische Vereinigung und Fortbildung der Massen geschaffen. Diese Bedingungen ließen auch die schnelle Bildung politi-scher Organisationen zu, die nicht auf den gewaltsamen Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet waren. Die Geheimorganisation der Sozialdemokratie verneinte nur das Ausnahmegesetz, nicht aber das Gesetz

überhaupt. Die Bewegung fiel nicht in die Hände von Verschwörern, von geheimen Organisatoren revolutionärer "Ausbrüche", sondern sie blieb eine die breite Öffentlichkeit erregende Massenbewegung. Alle politischen Wahlen wurden zu eindrucksvollen Massenaktionen. Führer und Massen der Sozialdemokratie erfaßten in ihrer politischen Taktik richtig das historische Terrain, auf dem sie zu marschieren hatten. Die Macher des Ausnahmegesetzes dagegen glaubten in voller Verkenntnis der Beweglichkeit ihrer eigenen Wirtschafts- und Sozialordnung die Sozialdemokratie vernichten zu können, wenn sie ihr einige öffentlichen Wege auf diesem Terrain sperrten.

Die Unkenntnis der großen werdenden Mächte der sozialen und wirtschaftlichen Bewegung wurde dem stillstehenden, eingefrorenen Bürgertum zum Verhängnis. Es begriff nicht den ungeheuren wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungsprozeß, in dem es mit beiden Füßen stand. Die Klopflechter der bürgerlichen Presse sprachen von dem Sturm der Sozialdemokratie auf das Eigentum, als eine orkanhaft gewaltsame Enteignung ganze Gruppen des selbständigen Kleinbürgertums niederwarf. In der sogenannten Gründerzeit, von Ende 1872 bis Ende 1874, war der Wert der Aktien von 556 Aktiengesellschaften von 6770 Millionen Mark auf 4425 Millionen herabgesunken. Welch eine ungeheure Eigentumsvernichtung schloß diese Entwicklung ein. Das Bürgertum klagte die Sozialdemokratie an, daß sie die Grundlagen der Familie zerstören wolle, und es sah nicht die durch die massenhafte industrielle Beschäftigung der Frauen und Kinder herbeigeführte Neugestaltung der Familie. Das Bürgertum wurde von den Sturzwellen einer wirtschaftlichen und sozialen Revolution fortgetragen, und es glaubte nicht einmal an diese Umwälzung und vermaß sich in der allgemeinen Bewegung stillstehen zu wollen. Die revolutionären Momente in der bürgerlichen Gesellschaft braucht man nicht erst aufzuzählen, nachdem sie von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest mit dramatischer Wucht dargestellt sind.

**D**AS Werdende drängt sich nicht immer sofort in das Bewußtsein der Menschen. Selbst die Partei der sozialen Bewegung, des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, die Sozialdemokratie, ist nicht feinhörig genug gewesen, um bestimmte Geräusche zusammenbrechender Institutionen richtig zu vernehmen. Auch sie sah oft mehr in die Vergangenheit als in die Zukunft.

Die Frauenarbeit veränderte bereits die Gestalt der alten, ganz auf der väterlichen Autorität basierenden Familie, und diese Arbeit war eine durchaus sozialfortschrittliche Einrichtung. Viele sozialdemokratische Führer traten aber noch für den völligen Ausschluß der Frauen aus den Fabriken in einer Zeit ein, als sich bereits deren industrielle Beschäftigung als Massenerscheinung durchzusetzen begann. Ein sozial so vorwärtsstürmender Mann wie Wilhelm Bracke bezeichnete 1867 auf der Berliner Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die Frauenarbeit als einen der empörendsten Mißbräuche unseres Zeitalters. Und wie spät setzte sich die Erkenntnis des neuen in den Gewerkschaften wirkenden sozialen Moments in der Sozialdemokratie durch. Im Jahr 1893 konnte August Bebel noch auf dem Kölner Parteitag die These vertreten, daß »aus natürlichen und selbstverständlichen Gründen den Gewerkschaften ein Lebensfaden nach dem andern abgeschnitten« werde. Aber im Jahr 1906 wurden auf dem Mannheimer Parteitag die Gewerkschaften für ebenso notwendige Orga-



nisationen zur Hebung der Klassenlage der Arbeiter erklärt wie die Organisation der Sozialdemokratischen Partei. Der Berliner Parteitag von 1892 bekämpfte den »Glauben«, daß die Genossenschaften die kapitalistischen Produktionsverhältnisse beeinflussen und die Klassenlage der Arbeiter heben könnten, der Magdeburger Parteitag von 1910 dagegen betrachtete die genossenschaftliche Tätigkeit als eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfs für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. Wie langsam revidierte ferner die Sozialdemokratie ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber der Wohnungsfrage. Erst 1900 beantragte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag die Einbringung eines Wohnungsgesetzentwurfs durch die Verbündeten Regierungen. Wie stark mußten sich hier erst die realen Verhältnisse melden, um eine Änderung der sozialdemokratischen Theorie und Taktik in der Wohnungsfrage durchzusetzen. Und wie lange und wie eindringlich hatte erst die Tatsache von dem erstarkenden landwirtschaftlichen Kleingrundbesitz auf die Genossen einzureden, bevor sie Berücksichtigung in dem Agrarprogramm der Sozialdemokratie fand. Von den Postulaten der Außenpolitik ganz zu schweigen. Hier steckt unsere Partei noch heute in den Kinderschuhen.

Wirtschaft und Politik stehen vor neuen großen Aufgaben, und diese haben sich zum Teil schon Anerkennung in dem neuen Heidelberger Programm verschafft. Dieses Programm hat, indem es den größten Teil des Erfurter Programms als veraltet und überholt verwarf, das neue wirtschaftliche und soziale Werden in sich aufzunehmen gesucht. Das alte Programm überließ noch dem unbeherrschten Walten des kapitalistischen Wirtschaftssystems die Steigerung der Produktivität der Arbeit. Es lag in dieser Hinsicht ein gewisser Optimismus in dem sonst so pessimistischen Erfurter Programm. Der zum allgemeinen Wohlstand erforderliche Reifegrad der gesellschaftlichen Produktion erwuchs dort fast von selbst aus dem Kapitalismus, ebenso die Grundlage der sozialistischen Betriebsform: der kollektive Besitz.

Heute sehen wir, daß wir gerade in der entscheidenden Frage der Produktionssteigerung die Augen für alle Neugestaltungen in der Technik und Organisation der Wirtschaft offen zu halten haben. Wir wollen nicht wieder erleben, daß neu werdende wirtschaftlich-soziale Institutionen sich erst 2 Jahrzehnte nach ihrer wirtschaftlichen Bewährung programmatisch durchsetzen.

## LUDWIG QUESSEL · DIE ENTWAFFNUNG DES KONTINENTS

**V**OM 21. März bis zum 26. April war England, unterstützt von Deutschland, Schweden und Holland, in Genf bemüht den europäischen Kontinent zu entwaffnen. Dies und nichts anderes war das Ziel, das England in den Verhandlungen der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz mit zäher Hartnäckigkeit verfolgte. Die Wehrlosmachung des Kontinents zugunsten der Weltherrschaft der angelsächsischen Reiche ist mißglückt. Sie scheiterte an dem Widerstand Frankreichs, das in dieser Frage wie schon in vielen anderen Fragen die Freiheit des Kontinents gegen angelsächsische Anmaßung verteidigte. Kein Wunder, daß die anglophile Presse des Kontinents bittere Tränen über die "Genfer Enttäuschung", den "Genfer Bankrott" usw. vergießt.

Es ist nützlich die Arbeiten der die Abrüstungskonferenz vorbereitenden Kommission einmal von dem Gesichtspunkt angelsächsischen Machtstrebens aus zu betrachten. Man weiß, daß Frankreich seine These, daß bei der Abrüstung auch die militärische Potenz der Staaten für die Kriegführung, wie sie uns der Weltkrieg offenbarte, zu berücksichtigen sei, auf den angelsächsischen Einspruch hin fallen lassen mußte, um die Arbeiten der Kommission nicht zu gefährden. Das war ein Erfolg Englands, der nicht unterschätzt werden darf. Wer den Weltkrieg noch nicht vergessen hat, weiß, daß, wenn man von Deutschland absieht, bei keiner andern Macht sich die Potenz zur Kriegführung so mächtig erwies wie bei England. Der Mangel eines stehenden Heeres wurde für London sogar ein Vorteil insoweit, als es in den Krieg mit größeren Streitkräften erst einzugreifen brauchte, nachdem seine Verbündeten schon abgekämpft waren. Die Preisgabe der französischen These, daß bei der Einschätzung der militärischen Stärke eines Landes auch seine Kraft Heere schnell aufzustellen und auszurüsten in Rechnung gestellt werden müsse, war ein Sieg der Angelsachsen über Europa, der im Interesse der Pazifizierung der Welt nur beklagt werden kann. Merkwürdig war übrigens die Rolle, die Amerika in Genf spielte. Am Vorabend des Zusammentritts der vorbereitenden Abrüstungskommission resümierte Washington in einem Memorandum alle Einwände, die es gegen die Beschlüsse der Unterkommission zu erheben hätte. Von diesen meinte der Temps am 25. März, es sei nicht übertrieben zu sagen, daß sie in summa sich gegen alles wenden, was bisher für die Abrüstungskonferenz erreicht worden sei.

Nachdem England die französische These, daß bei der Abrüstung auch die militärische Potenz in Rechnung zu stellen sei, zu Fall gebracht hatte, suchte es den britischen Gesichtspunkt zur Geltung zu bringen, daß die Rüstungsbeschränkung sich nicht nur auf das stehende Heer sondern auch auf die Reserven, über die ein Staat verfüge, und die er im Kriegsfall an die Front schicken könne, zu erstrecken habe. Man kann leicht einsehen, daß, in dem Maß als eine Beschränkung in der Zahl der Reserven eintritt, das gegenwärtige Militärsystem des Kontinents sich dem Berufsheer nähert, wie es in England und Deutschland zu finden ist. Wobei zu bemerken wäre, daß England, im Besitz seiner gewaltigen Flotte, im Kriegsfall auch ohne Reserven für sein Berufsheer eine Macht bliebe, die sofort den Feind in empfindlicher Weise (Blockade) angreifen könnte. Die Kontinentalmächte dagegen, deren Kolonien und Zufahren wehrlos dem britischen Zugriff ausgesetzt sind, die auch nicht durch eine wogende Mauer von Meeren und Ozeanen gegen den Angriff der kontinentalen Verbündeten der Angelsachsen geschützt sind, müssen ihre Sicherheit darin suchen, daß sie den von den Angelsachsen und ihren Hilfsvölkern gestellten Truppen ein zahlenmäßig weit überlegenes Heer alsbald entgegenstellen können. Die militärische Potenz außer Rechnung stellen und gleichzeitig eine Beschränkung der Reserven vornehmen bedeutet die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags gegen Deutschland zugunsten der Angelsachsen auf ganz Europa auszudehnen und den Kontinent zu einem Protektorat Englands zu machen. Daß diese These, die in Genf von Lord Robert Cecil vertreten wurde, im europäischen Interesse von Frankreich bekämpft werden mußte, verstand sich von selbst. Es genügt hierfür auf das von der Sozialdemokratie der Kriegsvorzeit vertretene Milizsystem hinzuweisen, das bestrebt war auch den letzten wehrfähigen Mann in die Reserven

einzureihen, und zwar im Interesse der Landesverteidigung gegen einen nicht provozierten Angriff. Um so sonderbarer berührt es, daß auch in dieser Frage Deutschland, Holland und Schweden sich von Europa trennten und zur Verfechtung der angelsächsischen These übergingen, worüber der Temps am 30. März seiner Verwunderung wie folgt Ausdruck gab:

»Im Lauf der Debatte, die in diesen Tagen in Genf stattfand, wurde die These Lord Robert Cecil's [daß auch die verfügbaren Reserven in die Abrüstungsbestimmungen einzubeziehen seien] durch unwiderlegbare Argumente bekämpft, und wenn man die Vertreter Deutschlands, Hollands und Schwedens den Gesichtspunkt des britischen Delegierten stützen sah, so ist es andrerseits interessant darauf hinzuweisen, daß die Vertreter der Länder, die die harte Erfahrung des Krieges, der ihnen zur Verteidigung ihrer Existenz aufgezwungen wurde, machen mußten, und die wissen, daß man bei dem gegenwärtigen Zustand Europas sich nicht auf Beleuerungen der Vertragstreue (loi) und des guten Willens verlassen kann, die französische These gestützt haben. In dieser Beziehung war die Haltung Louis de Brouckères, des Wortführers Belgiens, charakteristisch. Das, worauf es ankommt, liegt in Wirklichkeit darin zu verhindern, daß das Problem der Abrüstung in seinem Geist und seiner Tragweite verfälscht wird. Selbst diejenigen, die ... auf ablenkenden Wegen uns wieder zu der gleichermaßen simplistischen und hinterlistigen Auffassung zurückführen möchten, daß es genüge die Entwaftung der Kontinentalvölker zu dekretieren und ihre stehenden Heere zu unterdrücken, um endgültig den Krieg zu verhindern, müssen jetzt einsehen, daß keine Nation, die sich ihrer Pflicht gegen sich selbst und die anderen Nationen bewußt bleibt, sich zu solcher Prellerei hergeben kann.« In diesen Sätzen zeigt sich die europäische Auffassung der französischen Politik. Daß die Haltung der deutschen Delegation so sehr von ihr abwich, ist aus deutschen Interessen nicht zu erklären. Man kann vielmehr in ihr einen typischen Fall angelsächsischer Suggestion sehen. Es ist ja ein deutsches Erbübel in dem aggressivsten Volk der Welt einen Hüter des Friedens zu sehen, und zwar wesentlich deshalb, weil es die Kriege, die es anstiftet, nur selten mit eigenen Streitkräften ausficht, vielmehr, wie letzthin im Griechisch-Türkischen Krieg, gern andere Völker für sich bluten läßt. Man darf sich daher auch nicht wundern, daß der Vertreter Deutschlands im Interesse des »wahren Friedens« sich verpflichtet fühlte die angelsächsische These zu verfechten, die die Kontinentalmächte so weit entwaften möchte, daß sie England nicht mehr gefährlich werden können.

Ebenfalls auf angelsächsischer Seite stand Deutschland bei der Frage, ob die gesamten Rüstungsausgaben einer Beschränkung unterworfen werden sollen. Es ist eigentümlich, daß der Vertreter eines Staates, dessen Politiker sich bitter darüber beklagen durch die Daweszahlungen hart an den Rand des Staatsbankrotts zu gelangen, für die französische These, daß auch die militärischen Ausgaben eine Einschränkung erfordern, gar kein Verständnis aufbringen konnte, obwohl der deutsche Rüstungsetat bereits 700 Millionen Mark beträgt. Rechnet man hinzu, was uns die Schutzpolizei kostet, die englische Generale bekanntlich als eine zweite deutsche Armee bezeichnen, so erhöht sich dieser Betrag auf die Summe von 1 100 Millionen Mark. Es ist dies eine Gesamtausgabe, die weit über das hinausgeht, was die Armee des Kaiserreichs jemals gekostet hat. Wer die englischen Angriffe gegen Deutschland wegen seiner kostspieligen illegalen Rüstungen kennt, wird sich nicht wundern, daß der Temps am 10. April das Mißbehagen Frankreichs über die probritische Haltung des deutschen Vertreters in Genf bei der Frage der Beschränkung der militärischen Ausgaben also äußerte:

»Diese These, daß eine Abrüstung durch Beschränkung der militärischen Ausgaben nicht möglich sei, wird widerlegt durch die aufmerksame Prüfung der Budgets aller Staaten, besonders des deutschen Budgets, dessen militärische Ausgaben weit über

die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung und der regulären Truppen hinausgehen. Die Wahrheit ist, daß der britische Delegierte sich allein an die Beschränkung der wirklichen Bestände halten will, wobei er noch, wie man gesehen hat, willens ist dieser Beschränkung der Effektivbestände die maritimen Kräfte, die England ganz besonders interessieren, zu entziehen, obwohl sie im modernen Krieg, wie man weiß, eine beträchtliche Bedeutung sogar für die Aufstellung der eigentlichen Landstreitkräfte haben.«

England will von einer Beschränkung der Rüstungsausgaben einfach aus dem Grund nichts wissen, weil diese sich auch auf die britische Flotte auswirken müßte. Warum aber Deutschland, das doch nur ein Heer von 100 000 Mann und eine Liliputflotte halten darf, sich jeder Ausgabenbeschränkung in Genf widersetzt, ist schwer zu verstehen und leider sehr geeignet die englischen Anschuldigungen wegen illegaler Rüstungen (Manchester Guardian) zu stützen, woran Graf Bernstorff, als er sich die britische These zu eigen machte, wohl nicht gedacht hat. Entgegen der britischen These, daß die Abrüstung zu Land in keine unmittelbare Beziehung zur Seeabrüstung gebracht werden dürfe, vertrat Paul Boncour den Grundsatz, daß, wenn die vorbereitende Kommission nicht dahin gelange auch eine Rüstungsbeschränkung für die See- und Luftstreitkräfte zu finden, eine Abrüstung für den Kontinent überhaupt indiskutabel würde, weil England die Nationen Kontinentaleuropas, die am meisten feindlichen Angriffen ausgesetzt seien, einseitig entwaffnen möchte, ohne ihnen als Gegenleistung jene Garantien zu geben, die im Genfer Protokoll von 1924 enthalten waren, das London, nachdem es von Europa gutgeheißen war, zu Fall gebracht habe.

Wie die Ausgabenbeschränkung so lehnte England in Genf auch jede Kontrolle der Rüstungen ab. Es ist klar, daß ohne Kontrolle, für die eine permanente Kommission des Völkerbunds geschaffen werden sollte, die Abrüstung überhaupt illusorisch wird. Wer die Kontrolle der Rüstungen bekämpft, ist ein Feind der Abrüstung überhaupt. Es ist ein großer Erfolg der Genfer Verhandlungen, daß sie England und Amerika als Feinde einer allgemeinen Abrüstung entlarvten. Daß Deutschland in dieser Frage an der Seite Englands stand, wird von jedem Deutschen, der sein Land liebt und um seine Zukunft besorgt ist, schmerzlich empfunden werden. Selbst der Sozialdemokratische Pressedienst, zumeist probritisch, ist betroffen, daß Graf Bernstorff in Genf mit den Angelsachsen durch dick und dünn ging:

»Es ist bei der Gelegenheit aber auch die Frage aufzuwerfen, ob der Vertreter der deutschen Regierung in Genf immer recht daran getan hat sich bei seiner Stellungnahme sehr stark den englischen Thesen zu nähern. Daß er namentlich zusammen mit den Engländern und Amerikanern dem Gedanken einer internationalen Kontrolle der Rüstungen, sagen wir: recht skeptisch gegenüberstand, ist uns sehr abwegig erschienen. Wir dürfen uns die angelsächsische Ansicht, nach der der Völkerbund kein Recht der Einmischung in die Politik der einzelnen Staaten, soweit diese Politik die allgemeinen Interessen berührt, besitze, nicht zu eigen machen. Wenn der Völkerbund eine Wirklichkeit werden soll, muß er die Souveränität seiner Mitglieder bis zu einem gewissen Grade einschränken und die Möglichkeit zur Kontrolle der Ausführung seiner Beschlüsse haben.«

Vor eine Mauer führte England die vorbereitende Abrüstungskonferenz, als die Seeabrüstung zur Besprechung gelangte. Absolute Uneinigkeit trat in Genf eigentlich erst bei Erörterung dieser Frage in Erscheinung. Frankreich forderte eine Einschränkung der Gesamttonnage, und als England davon nichts wissen wollte, wenigstens eine Einschränkung der Tonnage nach 3 Kategorien (Linienfahrzeuge, Flugzeugmutterfahrzeuge, Unterseeboote), allerdings

mit der Freiheit für die Kontinentalvölker die nicht erreichte Tonnage bei der einen Kategorie zusätzlich bei einer andern zu gebrauchen, so daß die Möglichkeit für sie gegeben sei ein Weniger an Linienschiffstonnage in ein Mehr an Unterseeboottonnage zu verwandeln. Kein europäischer Staat, führte Paul Boncour in Genf aus, könne ganz darauf verzichten bei seiner Rüstung jene Typen von Kriegsschiffen zu begünstigen, die für seine Sicherung wichtig seien. England lehnte jedoch sowohl den ursprünglichen wie auch den Vermittlungsvorschlag Frankreichs ab. Londons Ziel blieb ein gegenüber der britischen Flotte völlig wehrloses Festland. Daneben war es in Genf seine vorherrschende Sorge durch möglichst weitgehende Einschränkung des Unterseebootbaus die großen überseeischen Handelsstraßen, auf denen England die Rohstoffe und Lebensmittel zugehen, unangefochten unter seiner Herrschaft zu halten. Deshalb bleibt das Unterseeboot der Alb der Engländer. »Man sieht«, so erklärte Lord Balfour dem französischen Vertreter bei der Unterseebootdebatte in Washington, »daß ihr in der Lage sein wollt uns auszuhungern.« Das Unterseeboot, von Frankreich erfunden, von Deutschland zuerst gegen England in Bewegung gesetzt, ist für jeden Engländer eine todbringende Höllenmaschine, deren Verwendung im Krieg, auch in der völkerrechtlich einwandfreien Form des Kreuzerkriegs, eigentlich verboten werden müßte. Für die Überseeschiffe will England das Wettrüsten nicht merklich einschränken, weil es hier seines gewaltigen Vorsprungs sicher ist, den es immer aufrechtzuerhalten imstande und willens ist; dagegen möchte es den Unterseebootbau so tief wie nur möglich herabdrücken, damit keine Kontinentalmacht eine über sie von England verhängte Überseeblockade mit einer Unterseeblockade der britischen Inseln zu beantworten vermag. England beansprucht das Recht die Kontinentalmächte auszuhungern, sobald ihm dies notwendig erscheint. Es ist völlig unklar, wie gerade die Presse Deutschlands, das doch erst vor einem Jahrzehnt diese Aushungern in schrecklicher Weise am eigenen Leib erfahren hat, es nun über sich gewinnen konnte den Aushungerungsanspruch gar nicht oder kaum merklich zu bekämpfen. Kein anderer Staat Europas wird auf diese Ebene treten, auch Italien nicht, obwohl der italienische Delegierte die britischen Thesen, wenn auch aus anderen Motiven, vielfach zu stützen suchte.

Genf lehrt, daß der Kontinent die Entwaffnung durch England ablehnt. Von einer Rüstungsbeschränkung, die ihn England gegenüber so wehrlos machen soll, wie es noch vor kurzem China gegenüber den Großmächten war, will er nichts wissen. Der Temp konnte am 13. April sein Urteil über die Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission so zusammenfassen:

»Am Tag nach dem Krieg hat eine perfide Propaganda versucht die Meinung in der Welt hervorzurufen, daß Frankreich, imperialistisch und militaristisch, beseelt vom Geist der Eroberung und Herrschaft, die Festigung des Friedens verhindere. Man erinnert sich, daß die Frage der Abrüstung ganz zuerst gegen Frankreich gestellt wurde. Frankreich zu entwaffnen, darauf zielte man vor allem hin, indem man den so einfachen Gedanken predigte, daß jetzt, da die militärische Gewalt Deutschlands gebrochen sei, es genügen würde die militärische Macht Frankreichs zu reduzieren, um den Frieden Europas zu sichern. Nun aber genügte es, daß die Frage der dauerhaften Organisation des Friedens und die Frage der Rüstungsbeschränkung ... offen gestellt wurden, damit Licht sich verbreitet und die Haltung eines jeden klar ersichtlich wurde (se trouvât nettement définie). Im Verlauf der Genfer Debatten war es immer der Friedenswille Frankreichs (ein zuweilen bis zur Preisgabe (l'oubli) seiner eigenen Interessen getriebener Wille), der sich mit einer solchen Evidenz bestätigte, daß die ganze Welt ihn anerkennen mußte. Es war Frankreich, das den

größten Anteil an der Ausarbeitung des Genfer Protokolls hatte, das der Völkerbund einstimmig billigte; es war Frankreich, das durch seinen Geist der Versöhnung und seine Opfer das Werk von Locarno vorbereitete; es war wieder Frankreich, das die größten Anstrengungen entfaltete, um die Abrüstung zu einer Realität der nächsten Zukunft zu machen; und es war schließlich auch Frankreich, das dieses gewaltige Problem auf die einzige Basis: die der für alle Völker definitiv gewährleisteten Sicherheit stellte, auf der es gelöst werden kann, ohne die zivilisierte Welt tragischen Überraschungen auszusetzen. Der Friedenswille Frankreichs und seine Bemühungen um eine solide Organisation des Friedens auf der Basis des Rechts haben unserm Land die uningeschränkte Unterstützung der Vertreter aller Nationen eingebracht, die logischerweise sich den Frieden nur als erreichte Sicherheit vorstellen können. Wenn die Hoffnung, die man gefaßt hatte, abermals enttäuscht worden ist, wenn die Debatten von Genf in eine Sackgasse geführt haben, wird man wenigstens anerkennen, daß die Schuld an anderen als Frankreich liegt, und daß dieses auch diesmal bis zum Ende seiner Pflicht mit einer Festigkeit und einem Eifer gegangen ist, die von seiner ersten Sorge um die Solidarität der zivilisierten Nationen bei den großen Problemen zeugen, vor denen die Menschen unserer Zeit stehen.»

In der Tat, die Welt weiß jetzt, wo die Feinde einer ehrlichen, allgemeinen Abrüstung zu finden sind. Daß Deutschland nicht zu ihnen gehört, muß festgestellt werden, auch wenn die anglophile Idologie seiner Wortführer den Schein hervorrufft, als stehe das deutsche Volk in deren Lager. Sache des Reichstags sollte es sein jede Mißdeutung seiner Stellung zu beseitigen. Allerdings, man weiß, daß selbst in sozialdemokratischen Kreisen die neue Heeresreform Frankreichs benutzt wird die Ehrlichkeit des französischen Strebens anzuzweifeln. Wie aber liegen hier die Dinge in Wirklichkeit? Als der Friede geschlossen war, bestand in Frankreich noch die 3jährige Dienstzeit der Kriegsvorzeit, die 3 Jahresklassen der Wehrfähigen unter der Fahne hielt. Da jede Jahresklasse rund 200 000 Mann umfaßt, betrug demgemäß die Friedenspräsenzstärke des französischen Heeres 600 000 Mann ohne die Berufssoldaten (Offiziere, Unteroffiziere, Techniker, Ärzte, Beamte). Schon im Jahr 1923 wurde aber die Dienstzeit auf 18 Monate herabgesetzt, wodurch die Friedenspräsenzstärke unter 400 000 Mann sank. Jetzt soll die 1jährige Dienstzeit eingeführt werden, die keine höhere Friedenspräsenzstärke als 200 000 Mann zuläßt, wozu noch Offiziere, Unteroffiziere, Techniker, Handwerker, Ärzte und Beamte kommen, deren Anzahl auf annähernd insgesamt 100 000 veranschlagt wird. Von 600 000 im Jahr 1923 soll also die Mannschaftszahl auf 200 000 im Jahr 1927 herabgesenkt werden. Es ist schwer angesichts dieser Entwicklung Frankreich den Willen zur Rüstungsbeschränkung abzusprechen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Frankreich sein kleines Heer den modernen Ansprüchen der Kriegführung anpaßt, was ja ganz selbstverständlich ist, da sonst das ganze Militärwesen überhaupt keinen Sinn hätte. Auch der Festungsgürtel, durch den Frankreich sich vor feindlichem Einfall schützen will, widerspricht nicht seinem Abrüstungswillen, weil er andere Völker nicht bedroht.

Vor allem aber: Frankreich schuf das Genfer Protokoll von 1924, das mit dem Faustrecht der Nationen in Europa aufräumen und dem Kontinent einen organisierten Frieden schenken wollte. Man weiß, daß Englands konservative Regierung es zu Fall gebracht hat. Das Angelsachsentum will zwar den Kontinent entwaffnen, aber es will ihm keinen organisierten Frieden zugestehen. Das sind die Lehren, die sich aus den Verhandlungen in Genf von 1924 und 1927 ergeben.



# WOLFGANG HEINE · REPUBLIK UND RECHTSSTAAT



ASSALLES Vortrag über Verfassungswesen enthält dauernde, gerade heute zeitgemäße Lehren, an die ein Artikel der Zeitschrift Deutsche Republik vom 1. April 1927 erinnert hat. Dieser warnt uns heute vor der Einbildung, daß geschriebenes Recht, Verfassungsartikel und der Glaube an die Ideologie der Republik genügen, um die neue Staatsform fest zu begründen, und mahnt die Republikaner sich Macht zu sichern. Diese Aufforderung ist beherzigenswert zu einer Zeit, da in der an Zahl größten republikanischen Partei Deutschlands die Neigung zuzunehmen scheint einem bequemen Gesinnungspurismus zuliebe wirkliche Machtpositionen im Staat aufzugeben. Es ist auch nicht ganz unrichtig, wenn jener Artikel sagt, die republikanische Mehrheit habe nach dem Zusammenbruch zunächst mehr Wert darauf gelegt den republikanischen Rechtszustand in Verfassungsparagraphen zu fixieren als ihn durch Erwerb von Machtmitteln zu befestigen. Doch ist, abgesehen von der Frage nach den Möglichkeiten einer positiven republikanischen Machtpolitik in den Jahren 1918 und 1919 und den Gründen, die sie einschränkten, zu erwidern, daß auch dieser Ausbau eines neuen Staats, eines geordneten Rechtssystems und Gesetzeszustands eine Voraussetzung der Beherrschung des Staats bedeutete, also Begründung von Macht war.

Es gibt außer dem Besitz der Bajonette und der Herrschaft über die Staatsmaschine noch eine geistige Macht, ohne die der neue Staat nicht befestigt werden kann. Das ist das Bewußtsein der Staatsangehörigen von ihrer lebendigen Verbundenheit mit dem Staat. Die alten Staaten und das Reich waren stark, solange es genügte, daß ihre herrschenden Schichten dieses Gefühl besaßen. Der Untergang war besiegelt, weil diese Kreise geflissentlich das ganze übrige Volk vom Staatsempfinden ausschlossen und schließlich selber es verloren. Die Republik wird nicht gesichert dastehen, solange sie nicht diese Einheit von Volk und Staat herzustellen vermag. Diese geistige Macht ist aber untrennbar vom Gefühl des Rechts und von der Begründung fester Rechtsformen, auf die *jeder* einen Anspruch hat. Ein gleiches Recht kann, wenn es Volk und Staat verbinden soll, nicht in der Gleichheit der Rechtlosigkeit bestehen. Weder der patriarchalisch-absolutistische Staat war imstande dem Volk das Bewußtsein beizubringen, es wäre selber der Staat, noch kann dies einer Tyrannei von Verbänden und Parteiorganisationen gelingen, die andere Gesinnungen vom Recht ausschließt. Viele Tyrannen sind noch schlimmer als einer, und der schlimmste Tyrann ist ein unpersönliches System. Was die Republik zu ihrer Konsolidierung braucht, ist, daß jeder sich als Träger des Rechts *im* neuen Staat und auch *gegen* ihn fühlen kann.

Es ist hier nicht zu erörtern, wie sich dieser Gedanke des Rechtsstaats in langer Entwicklung herausgebildet hat, und weshalb er nirgends rein verwirklicht worden ist. Ich will auch den zivil- und strafrechtlichen Schutz der Staatsbürger beiseite lassen und mich auf den Rechtsschutz den Verwaltungsbehörden gegenüber beschränken. Dieser scheint mir nämlich besonders wichtig, weil seit dem Krieg und dem Umsturz eine Tendenz besteht die diskretionären Befugnisse der Beamten zu erweitern, statt sie einzuschränken. Dies ist gerade das Gegenteil einer Entwicklung zum demokra-

tischen Volksstaat. Das Wesen des Rechtsstaats erfordert es, daß jede Einschränkung der persönlichen Rechte des einzelnen, auf welchem Gebiet es auch sei, auf gesetzlicher Norm beruht, und daß ferner in Streitfällen der Betroffene das Recht hat die Entscheidung einer unparteiischen und unabhängigen, nur dem Gesetz verantwortlichen Instanz anzurufen. Die Beschwerde an den vorgesetzten Beamten bis zum Minister hinauf muß ebenfalls gegeben sein. Aber sie allein ist ungenügend. In den meisten Fällen handelt die Behörde schon in Übereinstimmung mit der Zentralinstanz; übrigens weiß sie den Fall so darzustellen, daß sie nachträglich deren Billigung erhält. Dabei spielt die Solidarität der Beamtenschaft eine gefährliche Rolle; oft wird eine verfehlte Entscheidung, mindestens nach außen, im Interesse des Ansehens der Verwaltung gerechtfertigt. Auch die Kontrolle durch das Parlament ist nur von geringer Wirkung, versagt namentlich im Einzelfall fast regelmäßig. Dieser ganze Apparat ist zu schwerfällig und umfangreich und der persönlichen Führung durch den in seinen Rechten Gekränkten zu sehr entrückt. Ja, die Parlamentarier scheuen aus einem ganz richtigen Empfinden heraus den Eindruck; Interessen einzelner Persönlichkeiten vertreten zu wollen, und fallen deshalb der bürokratischen Gerissenheit leicht zum Opfer. Einen wirklichen Rechtsschutz gegen Eingriffe der Behörden gewährt nur eine ordentliche Verwaltungsrechtsprechung, eine Klage im Parteibetrieb mit Vertretung der Parteirechte in öffentlicher mündlicher Verhandlung. Nirgends wäre ein Übergang zum Offizialbetrieb gefährlicher als im Verwaltungsstreitverfahren.

Preußen besitzt schon seit 1875 wohl das durchgebildetste Verwaltungsstreitverfahren unter den deutschen Ländern; die jetzt gültige Fassung im Landesverwaltungsgesetz vom 30. Juli 1883 ist bereits eine Revision rückwärts, immerhin hat sich das Verfahren durch das Oberverwaltungsgericht bewährt. Aber das Recht zur Anrufung der Verwaltungsgerichte ist nur auf bestimmte Gebiete beschränkt. Es umfaßt auf Grund der Reichsgewerbeordnung den wichtigsten Teil des gewerblichen Konzessionswesens. Nach preußischem Recht sind auch alle polizeilichen Anordnungen der Beschwerde und Klage im Verwaltungsstreitverfahren unterworfen. Doch einige wichtige Materien fallen nicht darunter. Ausgenommen von dem Rechtsschutz gegen die Behörden ist namentlich noch das ganze Gebiet von Schule und Unterricht. Die Sozialdemokratie hat die raffinierten Quälereien gespürt, mit denen vor dem Krieg das preußische Kultusministerium und die Provinzialschulkollegien die Arbeiterturn- und -sportbewegung zu unterdrücken suchten. Turnwarte von Jugendriegen wurden wegen unerlaubten Privatunterrichts mit Verboten bedacht und mit zum Teil monatelangen Gefängnisstrafen belegt. Das geschah auf Grund von Kabinettsorders aus der Zeit Friedrich Wilhelms III, und die Betroffenen hatten weder den Anspruch auf gerichtliche Entscheidung nach der Strafprozeßordnung noch die Möglichkeit eines Verwaltungsstreitverfahrens auf Grund des Landesverwaltungsgesetzes. Es war ein besonderes administratives Verfahren der Schulbehörden, in dem nur die Beschwerde an den Kultusminister zugelassen wurde, die natürlich wirkungslos blieb. Ähnliche Verfolgungen sind mir gegen sozialdemokratische Sprachlehrer vorgekommen. Wenn die Schulbehörden die Konsequenz zu ziehen gewagt hätten, wäre es ihnen möglich gewesen alle Bildungsbestrebungen als Privatunterricht zu unterdrücken. Die Provinzial-



schulkollegien begannen schon auch auf den Unterricht Erwachsener überzugreifen; ihr Vorgehen entsprach bei richtiger Auslegung keineswegs den Gesetzen, aber der Mangel eines geordneten Rechtsverfahrens hinderte die Betroffenen dies geltend zu machen. Auch die Vorschriften über das Verfahren und namentlich die Zuständigkeiten im preußischen Verwaltungsprozeß sind noch nicht ideal. Überhaupt liegt in dem System der Nachprüfung von Entscheidungen der Verwaltungsbehörden durch Verwaltungsgerichte ein grundsätzlicher Mangel. Schon Rudolf von Gneist hat darauf hingewiesen, daß eine solche Kontrolle einer Klasse von Beamten durch eine andere nicht zum Ziel führen könnte, wenn nicht ein ganz anderer Geist in die Verwaltung einzöge. Er sieht die Lösung in der Selbstverwaltung, die erst Männer mit unparteiischem Rechtsgefühl schaffen müßte.

Mir scheint es vor allem notwendig die besondere Denkweise von Berufsjuristen, seien es nun Verwaltungsbehörden oder Richter, nicht ausschließlich entscheidend werden zu lassen sondern die praktischen Erfahrungen des Lebens und die Empfindungen des Volkes selbst zur Geltung zu bringen. Dementsprechend fordert auch Gustav Radbruch für den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich, der nach einem Entwurf des frühern Reichsministers des Innern Külz entscheiden soll, ob ein zu erlassendes Reichsgesetz mit der Reichsverfassung vereinbar ist, die Mitwirkung von Politikern; mit Ausschluß der Reichstagsmitglieder, die sonst Richter in eigener Sache wären. Auch der Präsident des Preußischen Oberverwaltungsgerichts Drews empfiehlt eine Ergänzung der Verwaltungsgerichte durch Sachverständige.

Man hätte denken sollen, daß der neue Staat sofort und mit größtem Eifer diesen Rechtsschutz des Staatsbürgers gegen die Willkür der Verwaltungsmaschinerie in Angriff nehmen würde. Die traurigen Erfahrungen unter dem alten Regiment hätten dazu reichlich Anlaß gegeben. Diese Stimmung herrschte auch in der Nationalversammlung, und sie kam in dem Artikel 107 der Reichsverfassung zum Ausdruck, der bestimmt: »Im Reiche und in den Ländern müssen nach Maßgabe der Gesetze Verwaltungsgerichte zum Schutze der einzelnen gegen Anordnungen und Verfügungen der Verwaltungsbehörden bestehen.« Damit erkennt die Reichsverfassung die Notwendigkeit eines Rechtsschutzes der Staatsangehörigen gegen die Verwaltung an. Aber dieser Artikel 107 bedeutet nach der herrschenden Ansicht der Staatsrechtler nicht, daß gegen die Anordnungen der Behörden die Anrufung des Verwaltungsgerichts bereits zulässig sei, sondern nur ein staatsrechtliches Versprechen, ein Programm. Außerdem soll nach der Meinung der Theoretiker hierdurch nicht einmal die Pflicht festgestellt werden gegen jede Behördenverfügung die Verwaltungsklage einzuführen, vielmehr bleibt der Umfang der Verwaltungsgerichtsbarkeit offen. Schon der Artikel 107 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 ist also eine völlig ungenügende Verheißung. Seitdem ist nichts zu ihrer Ausführung geschehen. Im Gegenteil, das Verständnis für die gesetzliche Begrenzung der Behördenbefugnisse und ihre unabhängige Kontrollierung ist noch bedenklich geschwunden.

Das gewerbliche Leben leidet noch in hohem Maß unter der Fortwirkung der Kriegsnotgesetzgebung. Das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 hat an die Stelle parlamentarischer Gesetzgebung die Bundesratsverordnung gesetzt, nur wenig kontrolliert durch den Reichstag oder Reichstagsausschüsse. Noch besteht eine Reihe von Verordnungen, die auf Grund des Er-

mächtigungsgesetzes ergangen sind, zum Beispiel Bestimmungen, wonach die Eröffnung gewisser gewerblicher Betriebe von einem Bedürfnis abhängig gemacht wird. Unter Durchbrechung der Grundsätze der Gewerbeordnung, die die Konzessionspflicht und die Abhängigkeit von dem Bedürfnis nur auf ganz wenige Fälle beschränkt, ist dieses Prinzip auf andere Gewerbe ausgedehnt worden. Es hat keinen Zweck jetzt noch zu prüfen, ob alle diese Beschränkungen der wirtschaftlichen Freiheit auch während des Krieges nötig oder zweckmäßig waren. Ganz sicher hat die militaristische Neigung sich in alles einzumengen und zu kontrollieren dabei eine Rolle gespielt, ebenso wie der Wunsch von Günstlingen der Behörden sich neuer Konkurrenz zu erwehren. Jetzt, 9 Jahre nach dem Krieg, wäre es jedenfalls höchste Zeit die Befugnisse der Beamenschaft und die Willkür der Behörden wieder zu beschneiden und zu geordneten Rechtsverhältnissen zurückzukehren. Statt dessen besteht im Gegenteil eine unzweifelhafte Neigung die diskretionären Befugnisse der Behörden zu erweitern und ihre Ausübung nicht der unabhängigen Prüfung im Verwaltungsstreitverfahren sondern nur der Beschwerde an die Zentralinstanz zu unterwerfen. Besonders gefährlich wird das, wenn man es auf Gebiete geistiger und künstlerischer Arbeit ausdehnt, die ihrer Natur nach bürokratische Eingriffe und Willkür nicht vertragen.

Ganz kraß trat dies bei den Gesetzen über den Schutz der Jugend gegen Schmutz und Schund und bei Lustbarkeiten hervor. Das erste der beiden Gesetze, die sogenannte Lex Külz, ist bereits angenommen worden, leider nicht ohne Mitwirkung republikanischer Parteimänner, auch nicht ohne Schuld von Sozialdemokraten, die schon in der Reichsverfassung den Grund dafür zu legen geholfen hatten. Das Lustbarkeitsgesetz liegt noch dem Reichstag vor. Beide Gesetze haben gemein, daß sie auf eine klare und feste Begriffsbestimmung, also auf eine gesetzliche Begrenzung der Befugnisse der Behörden verzichten. In beiden Gesetzen fehlt eine dem Grundsatz des Rechtsstaats entsprechende Anfechtung der Eingriffe der Behörden.

Das Schmutz-und-Schund-Gesetz hat wenigstens eine Art Beschwerdeverfahren vorgesehen, dieses Verfahren selbst aber nicht geregelt sondern der Verordnung des Reichsministers des Innern überlassen. Das ist ein gesetzgeberischer Fehltritt, mehr als das, eine Sünde, die vor 50 Jahren keine Regierung einer Volksvertretung anzusinnen gewagt, und wogegen auch sämtliche Parteien mit Entrüstung protestiert hätten. Ist es doch auch niemand eingefallen den Strafprozeß durch Ministerialverordnung zu regeln. Die Vorschriften über das Verfahren sind für den Rechtsschutz gegen Willkür der Behörden oft wichtiger als die materiellen Gesetze. Soweit man aber dem Kommissionsbericht über die Lex Külz entnehmen kann, hatte niemand im Reichstag gegen diese Übertragung der Verfahrensvorschriften auf die Verwaltung etwas einzuwenden. Auch die Prüfstellen des Schmutz-und-Schund-Gesetzes sind nichts weniger als unvoreingenommene und unabhängige Instanzen. Bestenfalls stehen sich in ihnen 2 Weltanschauungen gegenüber, und der vorsitzende Beamte gibt den Ausschlag. In der Mehrzahl der Fälle aber werden die Beisitzer schon durch ihre Vorbildung und Herkunft, ihre Delegation durch irgendwelche Verbände und Organisationen festgelegt sein. Diesem Vorschlag der Reichsgesetzgebung brachten die parlamentarischen Parteien ebenfalls keinen grundsätzlichen Widerstand entgegen, sie begnügten sich mit kleinen Verbesserungsvorschlägen.

Noch viel toller ist das Gesetz über den Jugendschutz bei Lustbarkeiten. Es kennt überhaupt keine Vorschriften über das Verfahren und bestimmt nicht einmal die zuständige Behörde, der die weitesten Machtvollkommenheiten eingeräumt werden sollen. Das alles soll den Ländern überlassen bleiben. Das Gesetz garantiert dem Betroffenen kein rechtliches Gehör und kein Rechtsmittel. Das Verwaltungsstreitverfahren, das noch im ersten Entwurf des Ministers Jarres vorgesehen war, ist durch den Reichsrat ausdrücklich beseitigt worden. Das Lustbarkeitsgesetz wird tatsächlich die Theaterzensur wieder einführen. Unter dem Vorwand die Jugend vor sittlichen Gefahren bei Lustbarkeiten zu schützen will das Gesetz den noch unbekanntem Ausführungsbehörden auch alle privaten Veranstaltungen, Vorträge, Vorlesungen, Bildungskurse, sogar die im engsten Kreis der Familie, ausliefern.

Über die Gefahren dieses Gesetzes für die Kultur, für geistige Leistung und persönliche Freiheit ist in der Öffentlichkeit schon viel gesprochen worden. In diesem Zusammenhang möchte ich nur feststellen, daß in der Republik der Schutz gegen die Willkür der Beamten nicht verstärkt sondern geradezu abgebaut wird, und daß das Parlament und die Presse für den wesentlichsten Punkt, die Erschütterung der Grundsätze des Rechtsstaats, überhaupt kein Verständnis mehr aufbringen. Wären die Republikaner auf dem Posten gewesen, so hätte das Gesetz gar nicht bis zum Reichstag gelangen können, mindestens nicht in dieser Form. Auch hätte den Mitgliedern der Reichstagskommission nicht entgehen dürfen, daß die Reichsverfassung diesen sogenannten Jugendschutz nur für *öffentliche* Schaustellungen und Darbietungen zuläßt, und daß die Ausdehnung auf private Veranstaltungen strikt verfassungswidrig ist. Die Redner der Linken im Ausschuß trugen ihre Weltanschauungsschmerzen vor, die ich teile, die aber der Regierungsmehrheit gegenüber wirkungslos bleiben mußten. Das, worauf es ankam und womit ein Erfolg hätte erzielt werden können, haben sie anscheinend nicht gemerkt.

Auf anderen Gebieten steht es aber ebenso. Ich erwähnte die frühere Drangsalierung des Arbeiterturnwesens auf Grund von Kabinettsorders Friedrich Wilhelms III. Im Mai 1925 erließ der demokratische und republikanische preußische Unterrichtsminister eine Verordnung, nach der jeder Privatunterricht in der Musik, jede Einrichtung einer Musikschule konzessionspflichtig und vom Bedürfnis abhängig gemacht werden. Diese Verordnung stützt sich noch immer auf die Kabinettsorder Friedrich Wilhelms III von 1834, die den Privatunterricht der Staatskontrolle aus zugestanden politischen Gründen unterwarf, aber bisher nicht auf den Musikunterricht angewendet worden war. Sogar der Musikunterricht an großjährige Personen wird nach dem Wortlaut der Verordnung nicht von ihr ausgenommen und in einem Fall durch die Ausführungsbestimmungen ihr ausdrücklich unterworfen. Diese Erlaubnisse sollen sämtlich nur auf Widerruf gegeben werden. Das bedeutet eine völlige Auslieferung an die Willkür der Schulbehörden. Keinem Schnapsbudiker kann seine Konzession ohne umständliches Verwaltungsverfahren entzogen werden, in dem ihm alle Rechtsgarantien gegeben werden. In der Verordnung fehlt die in den Gesetzen betreffend Schmutz und Schund und Lustbarkeiten wenigstens versprochene Sicherung für politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche, weltanschauliche usw. Tendenzen. Ein Schutz der Freiheit künstlerischer Tendenzen wäre hier besonders nötig gewesen. Es wäre durchaus angemessen, wenn Preußen ein *Gesetz* über den Privat-

unterricht erlicße, wozu es nach Artikel 147 der Reichsverfassung berufen ist. In der Tat müßte das private Unterrichtswesen in Preußen von der jetzigen Rechtlosigkeit befreit und ihm ein verwaltungsgerichtlicher Schutz gewährt werden. Aber der richtige Weg hierzu im demokratischen Staat ist die Gesetzgebung, nicht die Ministerialverordnung. Einen ähnlichen Versuch machte das preußische Unterrichtsministerium dem Tanzunterricht gegenüber durch eine Verordnung vom 17. Juli 1923, wobei es sich auf das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 berief. In diesem Fall erlaubten die Zuständigkeitsvorschriften eine Anrufung des Oberverwaltungsgerichts, das die Verordnung für ungültig erklärt hat. Trotzdem bedrohen die Schulbehörden in einzelnen Fällen Tanzlehrer, die die Konzession nicht einholen, mit Schließung des Betriebs; ein in einem Rechtsstaat unerhörtes Verfahren. Bei der Musikverordnung ist auch wieder das Bedenklichste das völlige Versagen der republikanischen Landtagsfraktionen. Das Ministerium hat seine Verordnung für »zweckmäßig« erklärt, wie die Beamten das immer tun. Aber wenn das selbst zuträfe, dürfte eine auf die Grundsätze der Freiheit und des Rechts bedachte Volksvertretung sich damit nicht begnügen.

Diese ganze Tendenz zur Bürokratisierung ist eine Nachwirkung der Militärdiktatur und der Notgesetzgebung, so etwa wie die Neigung der Anhänger aller Parteien ihre Gesinnung durch Uniformen und Gleichtritt zu bezeugen; nur wesentlich gefährlicher. Die Reglementierung, die schon auf dem Gebiet der Kriegs- und Inflationsbedürfnisse im wesentlichen versagt hat, wird geradezu mörderisch, wenn sie sich geistige und sittliche, intellektuelle und künstlerische Erscheinungen zum Gegenstand nimmt.

Leider, das muß immer wieder gesagt werden, hat die Republik es noch nicht verstanden das durch den Krieg und seine Folgen in Verwirrung gebrachte Gefühl für eine feste Rechtsordnung und sichern Rechtsschutz auch dem Staat gegenüber neu zu festigen. Namentlich ist das geistige Leben heute schutzloser als im alten Staat. Auch republikanische Behörden sind nicht frei von dem Streben nach unkontrollierter Macht, auch republikanische Politiker setzen ihnen nicht den nötigen Widerstand entgegen. Diese Rechtsunsicherheit und Unfreiheit setzt fortwährend Republikaner in Gegensatz zur Republik, hindert die Bildung einer positiven republikanischen Gesinnung und bedeutet eine Schwäche, ja eine schwere Gefahr für die Republik.

## HEDWIG HINTZE · STAATSEINHEIT UND REGIONALISMUS IN FRANKREICH



ABRIEL Hanotaux hat einmal die gesamte französische Geschichte eine »lange Pilgerfahrt zur Einheit« genannt. Damit ist in der Tat das wesentlichste Moment in der Geschichte des französischen Volkes und Staates hervorgehoben, deren Verlauf in so charakteristischem und lehrreichem Gegensatz zur Geschichte Deutschlands steht.

Seit dem 12. Jahrhundert ist die Dynastie der Capetinger am Werk gewesen von ihrer Domäne, dem Herzogtum Francien, aus ihr gesamtes Herrschaftsgebiet zusammenzufassen und zu konsolidieren, dieses Herrschaftsgebiet, das zunächst nichts anderes darstellte als eine »Föderation partikulärer Staaten« (Hanotaux), zusammengehalten durch das schwache Band des


Lehnscids. Im beständigen Ringen mit den Vasallen, den Vertretern der Feudalität, stieg die Monarchie auf. Begünstigt durch eine Reihe glücklicher Umstände konnte sie sehr früh bereits eine Entwicklung abschneiden, die die großen Lehnsträger zu selbständigen Territorialherren neben der Krone zu erheben drohte, wie das in Deutschland geschehen ist. Das Jahr der Schlacht von Bouvines, 1214, macht in dieser Hinsicht Epoche. Das Königtum, das die Provinzen Frankreichs, eine nach der andern, an die Krone brachte, die Anfänge eines einheitlichen Finanz- und Heerwesens, einer einheitlichen Rechtsprechung, Zentral- und Lokalverwaltung schuf, wurde auch zum Exponenten eines instinktiven Zusammengehörigkeitsgefühls des französischen Volks. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl, das bereits im 14. Jahrhundert die Rechtsgelehrten und Chronisten die Thronfolge des land- und sprachfremden englischen Königs ablehnen läßt, darf nicht mit der ganz modernen Erscheinung des eigentlichen Nationalismus verwechselt werden. Das Mädchen von Orléans, in dem die »Religion des Königtums« zur Rettung Frankreichs so lebendig und wirksam wurde, konnte sich, wie Anatole France schön ausgeführt hat, noch keine Vorstellung von dem machen, was wir heute Nation nennen; wohl aber eine Vorstellung »von dem Erbe der Könige und dem Herrschaftsgebiet des Hauses Frankreich. Und schließlich haben sich doch eben da, in diesem ererbten Herrschaftsgebiet die Franzosen zusammengefunden, ehe sie sich im Vaterland zusammenfanden.«

Der Hundertjährige Krieg gegen England hat dann freilich noch Wirkungen ausgelöst, die ganz außerhalb des Ideenkreises des frommen und königstreuen Bauernmädchens lagen. Nach dem Opfertod Johannes stand ihr undankbarer König als Sieger und Friedensbringer einer Bevölkerung gegenüber, die längst gewillt war jeden als einen "Boten des Himmels" zu begrüßen, der nur den unerträglichen Kriegslasten und -greueln ein Ende bereitet hätte. Der äußere Erfolg hob und stärkte die Monarchie; und bald erkannten einzelne erleuchtete Zeitgenossen, wie bedrohlich der Absolutismus im Anzug war. Leidenschaftlich klagt der Bischof und Geschichtsschreiber Thomas Basin über die stehende Armee, deren Anlänge Karl VII schuf: »Est enim pergrata tyrannis.« Frankreich, einst so stolz und frei, sei jetzt zur Knechtschaft, zur Aussaugung durch die Finanzbeamten des Königs verurteilt.

Dem Machtwillen und der steigenden Machtfülle der Krone gegenüber weist das ständisch-korporative Element im alten Frankreich eine ganz merkwürdige Schwäche auf. Liegt es daran, daß schon die ersten sogenannten Generalstände im Jahr 1302 von Philipp IV lediglich als Werkzeug im Dienst seiner antipäpstlichen Politik gebraucht werden? Eine Lösung des Problems ist damit freilich nicht gegeben; denn die Tatsache, daß sich die ständischen Vertreter in diese Rolle fügten, verlangt selber eine Erklärung, die nicht so leicht zu finden ist. So viel aber steht fest, daß vor 1789 der ständische Faktor in seinem Verhältnis zur Krone niemals als politisch gleichberechtigter und gleich starker Gegenspieler erscheint. Als die Ständeversammlung von Tours nach dem Tod Ludwigs XI im Jahr 1484 das sehr beachtenswerte Programm einer ständisch-liberalen Monarchie aufstellt, zeigt dieser Liberalismus eine bedenkliche Neigung in provinziellen Partikularismus und Egoismus auszuarten. Ein gemeinfranzösisches Gefühl, das doch in einzelnen lichten Geistern, in einzelnen naiven Gemütern schon seit Jahrzehnten lebendig war, ist gerade bei diesen ständischen Vertretern

nicht zu finden, und daraus erklärt sich zum großen Teil die Tatsache, daß die Monarchie so gut wie ungehemmt auf dem Weg des zentralisierenden Absolutismus vorwärtsschreiten konnte. Diesen königlichen Absolutismus, der die "intermediären Gewalten" immer erfolgreicher ausschaltet und ganz unbekümmert über die vielberufenen Freiheiten und Privilegien der Provinzen, Stände und Kommunen hinwegschreitet, verklärt unter Franz I noch der Zauber der Künste und Wissenschaften. Unter den Enkeln des glänzenden Renaissanceherrschers, im Zeitalter der erbitterten Religionskämpfe, beginnt eine starke Reaktion jener intermediären Gewalten. Aber diese ständisch-föderalistische Bewegung im katholischen und im reformierten Lager verbündet sich mit dem feindlichen Ausland, mit Spanien und England, kompromittiert dadurch ihre Sache und arbeitet wieder dem Königtum, dem starken Träger der Staatseinheit, in die Hände. »Wir wollen einen König, um Frieden zu haben«, heißt es in einer Flugschrift der Zeit, die sich in Lobpreisungen des »wahren, legitimen Königs«, des »angestammten und souveränen Herrn«, Heinrichs von Bourbon, kaum genügtun kann. Dieser soll dem Treiben der kleinen "Halbkönige" in Bretagne, Languedoc, Provence, Bourgogne, Normandie usw. ein Ende bereiten. Wohl mußte Heinrich IV sich mit dem Schwert in der Faust die einzelnen Provinzen und Städte seines Königreichs erkämpfen. Aber sobald er fest im Sattel saß, hatte er ziemlich leichtes Spiel mit allen partikularistischen Gewalten. Als temperamentvoller Unterdrücker der Provinzialstände und -gouverneure wurde er der Wegbereiter des Ministerkardinals Richelieu, der klar erkannte, daß man einen Staat, dessen einzelne Elemente ihre eigenen Wege gingen, nicht zu einer »gloriösen Aktion« der auswärtigen Politik einsetzen konnte. Ihm aber kam alles darauf an ein starkes einiges Frankreich in den Schicksalskampf gegen das Haus Habsburg-Spanien zu führen. Die Herrschaft Ludwigs XIV weist ein System straffster staatlicher Zusammenfassung auf, das im wesentlichen bis zur Revolution in Geltung geblieben ist.

Man darf sich dieses alte Frankreich aber, auch in den letzten Jahrhunderten der Monarchie, nicht als einen administrativ zentralisierten Einheitsstaat im modernen Sinn vorstellen, wozu geistreiche Formulierungen Alexis de Tocquevilles verleiten könnten. Frankreich war weder rechtlich noch wirtschaftlich geeint. Es zerfiel in die Landesteile mit rein monarchischer Finanzverwaltung, die sogenannten pays d'élections, und die Ständeländer, die pays d'Etats (Bretagne, Provence, Languedoc, Dauphiné usw.), in denen das historische Recht ständischer Steuerbewilligung allerdings keine große Rolle mehr spielte, aber ein starkes provinzielles Selbstbewußtsein wach erhielt, das noch den Gesetzgebern der Constituante zu schaffen machte.

 NOTIZ: ATTE das Königtum die Staatseinheit in ihren Grundlinien geschaffen, so blieb der Großen Revolution die welthistorische Aufgabe die einheitliche Nation im einheitlichen Staat zusammenzuschließen. Der 14. Juli 1790, der Tag der großen Föderation, ist ein Epochentag erster Ordnung, weil damals, aufsteigend aus kleinen lokalen Schutzbünden, aus Föderationen der Nationalgarden, der Städte und Landschaften, die selbstbewußte französische Nation entstand.

Die Führer der Konstituierenden Nationalversammlung, der Abbé Sieyès an ihrer Spitze, folgten zunächst den Tendenzen der Monarchie, als sie

an die Ausarbeitung der Verfassung herangingen; nicht nur behielten sie das Königtum bei als bewährte Klammer staatlicher Einheit: sie gingen noch weiter und zerschlugen um der möglichst vollkommenen Verschmelzung der einzelnen Landesteile willen die alten Provinzen in kleine Departements, jene Provinzen, die zwar keine administrativen Einheiten mehr darstellten, aber als historisch-kulturelle Individualitäten eben doch noch ihr eigenes Leben lebten und ihren zum Teil sehr partikularistischen Wünschen gerade an der Schwelle der Revolution und in ihren ersten Anfängen recht deutlichen Ausdruck verliehen hatten.

Die von den Führern der Constituante angebahnte administrative Zentralisation wuchs sich zu einer alle Lebensgebiete umfassenden erfolgreichen revolutionären Diktatur aus, als Frankreich den Krieg gegen Europa führen mußte, zu dem, im Gegensatz zu Robespierre, die Partei der Gironde mit ihren enthusiastischen, aber übersteigerten Propagandawünschen ermutigt hatte. Andererseits vertrat gerade die Gironde Prinzipien eines ökonomischen und administrativen Liberalismus, der den Partikularismus, ja den Separatismus streifte. Alles, was die Montagnards den Girondisten vorzuwerfen hatten, faßten sie in die Anklage des "Föderalismus" zusammen, und diese mußte todbringend werden in der lebensgefährlichen Krisis, die die junge Französische Republik durchzumachen hatte; jene »einheitliche und unteilbare« Republik, die im September 1792 auf das »einheitliche und unteilbare« Königreich der Verfassung von 1791 gefolgt war.

Nach der Beseitigung der Girondisten hat die Schreckensherrschaft der Bergpartei, inmitten steigender Finanz- und Lebensmittelnöte, bei allen Wirrnissen des auswärtigen und innern Krieges, Revolution und Vaterland und die kostbare Einheit des Staates gerettet, andererseits der Zentralisation des Kaiserreichs die Wege bereitet. Das Pluviosegesetz vom Jahr VIII, das Gesetz vom 17. Februar 1800, mit dem vom Ersten Konsul ernannten Präfekten, Unterpräfekten und Maires in Departement, Arrondissement und Gemeinde, denen ziemlich ohnmächtige beratende Körperschaften zur Seite stehen, vollendet die französische Zentralisation, die das ganze 19. Jahrhundert hindurch ziemlich unverändert geblieben ist.



SEIT 100 Jahren nun ist dieser Zentralisation von den verschiedensten Seiten her Fehde angesagt worden, am kühnsten und konsequentesten von Pierre Joseph Proudhon in seinem 1863 gedruckten Buch *Du principe fédératif*. »Die Provinzen müssen zuerst ihre Stimme erheben«, hatte Proudhon ausgerufen. Und in der Tat war damals bereits in der Südostecke Frankreichs, in der stolzen und eigenwilligen Provence, die erst im 15. Jahrhundert an die Krone gekommen war, eine provinzialistische Bewegung im Gang, hervorgerufen durch eine kleine Gruppe von Dichtern, die sich mit einem noch heute nicht eindeutig erklärten altprovenzalischen Wort *félibres* nannten. Das *félibrige* ist durch den Namen und die Werke des Poeten Frederi Mistral berühmt geworden. Die Bewegung blieb nicht vereinzelt. Gerade in den peripherischen Gebieten Frankreichs, vor allem auch in der Bretagne, entstand ein "Kulturregionalismus", der, an historische Erinnerungen anknüpfend, die Eigenart dieser Regionen in Sprache, Sitte, Sang und Sage bewahren und gegenüber der von Paris aus vordringenden Zentralisation verteidigen will. Diese Bestrebungen sind nun, trotz einigen etwas komisch anmutenden separatistischen Zügen,

für Frankreich nicht etwa in dem Sinn gefährlich, daß seine festgefügte nationale Einheit irgendwie dadurch bedroht würde. Aber bei allen harmlosen und liebenswürdigen Formen, die solcher Regionalismus zuweilen annimmt, hat er doch seine politisch sehr bedenkliche Seite. Er wird leicht von jenen traditionalistischen Kreisen eingefangen, die mit den "alten Provinzen" das alte vorrevolutionäre Frankreich überhaupt wiedererwecken und die demokratischen Errungenschaften der Revolution in einem reaktionären, vielfach klerikal gefärbten, Nationalismus ersticken wollen. Demgegenüber erklären Männer wie Clémentel, Brun und Hennessy den Regionalismus als die »Organisation der Demokratie«; sie verlangen »im Namen des Weltgewissens« und ganz im Sinn Proudhons und Jaurès' die »Föderation der demokratischen Völker«, einen echten Völkerbund, der den föderal-regionalen Aufbau der einzelnen Staaten krönen soll.

Eine überparteiliche Organisation ist die im Jahr 1900 geschaffene Fédération Régionaliste Française. Einer ihrer Begründer, Charles Brun, der Historiker des französischen Regionalismus, hat mehrfach betont, daß die Anhänger ursprünglich richtige Föderalisten waren. Aber man wagte nicht sich zum Föderalismus zu bekennen; denn das Wort war, wie schon Proudhon bemerkt hat, seit dem Girondistenprozeß in Frankreich fast gleichbedeutend mit Vaterlandsverrat geworden. So wählte man die Bezeichnung Regionalismus. Der Regionalismus der Fédération Régionaliste Française will an die Stelle der künstlich konstruierten und im Zeitalter der Eisenbahnen und Automobile längst zu eng gewordenen Departements größere homogene Regionen setzen, die zugleich Gerichts- und Verwaltungsbezirke, Wirtschaftsprovinzen und Rahmen für das um regionale Universitäten zirkulierende kulturell-geistige Leben sein sollen.

Die weitaus größte Bedeutung des französischen Regionalismus liegt heute auf dem ökonomischen Gebiet. Schon der katholisch-konservative Nationalökonom Frédéric Le Play legte 1864 in seinem Buch *La réforme sociale en France* größtes Gewicht auf die wirtschaftlich-industrielle Homogenität der von ihm vorgeschlagenen neuen administrativen Einheiten, und in ähnlichem Sinn unternahm es 1910 der wohl bedeutendste neuere Geograph Frankreichs, Paul Vidal de la Blache, einen Plan für 17 »industrielle Regionen« auszuarbeiten. Bereits im Jahr 1898 prägte Jean Jaurès das Wort: »Das Wachstum von Paris wäre illusorisch oder gefährlich, wenn die ökonomische Tätigkeit sich nicht überall im Land verbreitete.« Und gleich ihm wiesen Männer der verschiedensten politischen Richtungen darauf hin, wie wenig in Frankreich für die wirtschaftlichen Interessen der Provinzen gesorgt sei. Der Hunger werde diese Provinzen vielleicht noch einmal »befreien«, meinte im Jahr 1897 Charles Maurras, heute Führer der extrem nationalistischen Action Française. Er streifte damit die Tatsache, daß Paris unter anderm auch die besten Agrar- und Industrierzeugnisse aus allen Gegenden des Landes an sich zieht. Das französische Eisenbahnnetz, das in der Hauptsache dem unter dem Königtum geschaffenen Straßennetz gefolgt ist, entspricht keineswegs den modernen Bedürfnissen. Die Linien konvergieren alle auf Paris; die Verbindungen zwischen den Provinzstädten sind unzulänglich. Es fehlt ebenso an leistungsfähigen Häfen, weil das Hinterland nicht genügend organisiert ist. Die Banque de France hat nahezu alle Ersparnisse des ganzen Landes der Hauptstadt zugeführt; ein großer



Teil dieser Kapitalien ist dann in ausländischen Unternehmungen investiert worden. Auf diese Wunde legte unter anderen Jean Buffet den Finger, als er in seinem Buch *Du régionalisme au nationalisme financier* leistungsfähige regionale Banken forderte; diese sollen einen Teil der französischen Kapitalien solchen wirtschaftlichen Unternehmungen zuführen, die ihrerseits wieder Leben und Wert der einzelnen Regionen heben können.

Seit dem Jahr 1911 ist der auf der äußersten Linken der bürgerlichen Parteien stehende Abgeordnete Jean Hennessy, jetzt Gesandter in Bern, auf Kongressen, in der Presse und im Parlament mehrfach für einen sehr umfassenden administrativ-ökonomischen Regionalismus eingetreten. Er will jede der neu zu schaffenden Regionen mit einer nach Berufsständen zusammengesetzten *Assemblée Régionale* ausgestattet wissen, die »alle aktiven Kräfte der Produktion repräsentieren« soll.

So war der Regionalismus in Frankreich zunächst nur eine geistige Bewegung, aus der allerdings eine Menge von Reformprojekten hervorging.

**F**RST durch den Weltkrieg aber ist das Problem des Regionalismus aus der Sphäre der Kongresse und Debatten in die Wirklichkeit getragen worden. Die brennenden Fragen der verwüsteten, früher produktivsten Gebiete des Nordostens, der Wiedereingliederung Elsaß-Lothringens, des ganzen wirtschaftlichen Neuaufbaus drängten immer unerbittlicher auf seine Lösung und Regelung hin.

Ein Dekret vom 25. Oktober 1915 rief für die Dauer des Krieges in jedem Armeekorpsbezirk der innern Zone einen Beratenden Wirtschaftsausschuß (*Comité Consultatif d'Action Economique*) ins Leben. Diese Ausschüsse sollten die Kriegsverwaltung über die Produktionsverhältnisse der entsprechenden Regionen genau auf dem laufenden halten, andererseits alle Mittel ausfindig machen, um die Produktion zu heben, der Teuerung entgegenzuarbeiten und die wirtschaftliche Rüstung des Landes zu sichern. Die Ausschüsse leisteten dann jahrelang auf den Gebieten der Bodenbestellung, des Transportwesens, der Lebensmittel- und Kohlenversorgung usw., trotz ihrer recht bescheidenen Stellung, so Vorzügliches, daß man sie auch nach dem Krieg nicht gern verschwinden lassen wollte. Ohnehin schwebte damals dem Handelsminister Etienne Clémentel eine regionale Organisation Frankreichs vor, die es ermöglichen sollte »mehr zu produzieren, dem Boden mehr abzugewinnen, im Ausland weniger Fabrikate zu kaufen und mehr dorthin abzusetzen, die Herstellungskosten zu senken und dadurch die Gewinne zu steigern«. Dem Handelsminister unterstand zunächst nur *eine* Gruppe gewählter Körperschaften, die für eine regionale Neuorganisation in Betracht kamen: die Handelskammern. Diese aber wiesen neben anderen Mängeln den Fehler auf viel zu zahlreich zu sein. Clémentel, der es nicht mit einer Wolke von kleinen, oft ganz handlungsunfähigen Kammern zu tun haben wollte, wurde durch diesen Umstand in seinem Vorsatz bestärkt ihre Neugruppierung auf regionaler Grundlage in die Wege zu leiten. Er begann mit den Vorbereitungen dazu im Jahr 1917. (Es sei daran erinnert, daß Preußen ähnlich wie Frankreich an einem Überfluß von kleinen, zum Teil ohnmächtigen Handelskammern litt, und daß auch hier, nach Vorarbeiten aus dem Jahr 1917, seit 1924 eine Reform im Sinn der Bildung größerer Zweckverbände von Handelskammern im Gang ist.)

Am 28. Februar 1919, in der letzten Minute vor ihrer festgesetzten Todesstunde, wurden in Frankreich die ursprünglich nur für die Zeit des Krieges errichteten Beratenden Wirtschaftsausschüsse dem Handelsminister, anstatt dem Kriegsminister, unterstellt. Das bedeutete eine gewisse Erleichterung für Clémentels geplante Reform. Ein Erlaß vom 5. April 1919 ermächtigte dann die Handelskammern zur Einrichtung von 17 Wirtschaftsprovinzen, und in diese neuen "ökonomischen Regionen" wurden am 6. April die Beratenden Ausschüsse eingegliedert. Allerdings büßten sie bald die Bedeutung ein, die sie während des Krieges gehabt hatten. In jeder Wirtschaftsprovinz wurde nämlich ein neues Comité Régional des Chambres de Commerce errichtet, das sich zum eigentlichen ökonomischen Organ der Region entwickelte und die älteren Bildungen in den Schatten stellte. Dem neuen Comité Régional und seinem Generalsekretär wurde ein ziemlich weitgehendes Recht wirtschaftlicher Initiative zugebilligt. Im Einvernehmen mit der Zentralregierung sollen diese Organe wichtige Aufgaben, wie den Bau von Häfen, Kanälen, Lokalbahnen, erörtern und lösen, für die wirtschaftlich günstigste Bodennutzung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen usw. sorgen.

Der Historiker Henri Hauser, jetzt Professor an der Sorbonne, war während des Krieges zeitweilig Mitarbeiter Clémentels und schrieb aus intimster Kenntnis heraus die Geschichte der neuen französischen Wirtschaftsprovinzen, in einem von der Carnegiestiftung für den Weltfrieden herausgegebenen Buch *Le problème du régionalisme*, das 1924 erschien. Neben den älteren Arbeiten Jean Hennessys und den Schriften Jean Desthieux', von denen die eine, die 1919 herauskam, den sprechenden Titel *Produire* führt, ist Hausers Buch heute für jeden unentbehrlich, der dem Problem des ökonomischen Regionalismus in Frankreich näher treten will. Das wertvolle Werk bildet einen Teil einer großen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Weltkriegs, und der Rahmen dieses Gesamtunternehmens bedingte eine zeitliche Begrenzung des Stoffs, so daß die Geschichte der Wirtschaftsprovinzen nur bis zum Jahr 1921 geführt wird. Seitdem ist nichts Zusammenfassendes über diese Fragen erschienen. Man ist für das Studium des ökonomischen Regionalismus vor allem auf die Veröffentlichungen der einzelnen Handelskammerbezirke angewiesen, unter denen die von der 14. Region (Nancy) herausgegebene Zeitschrift *L'Union Economique de l'Est* hervorragte. In einer kleinen Broschüre über die Wirtschaftsregionen gab Henri Hauser bereits 1918 die Parole aus, daß es darauf ankäme »das regionale Leben mit der nationalen Einheit in Einklang zu bringen«. Unter diesem Gesichtspunkt muß der gesamte französische Regionalismus betrachtet werden.

Dem Stand der Dinge in Elsaß-Lothringen soll demnächst in den Sozialistischen Monatsheften ein eigener Artikel gewidmet werden. Hier sei nur so viel angedeutet, daß auch diese Angelegenheit keine Bedrohung der französischen Staatseinheit in sich schließt. Je verständnisvoller sich die Regierung in den Fragen der Sprach- und Kulturautonomie zeigen wird (und Poincaré hat am 20. April in seiner Ansprache an den Rektor der Straßburger Universität gezeigt, daß er die Probleme kennt), um so leichter wird sie die 3 Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle wieder vollständig dem übrigen Frankreich eingliedern. Es läßt sich heute, ganz besonders vom Ausland her, noch nichts Abschließendes über diese Dinge sagen, die alle im Fluß sind. Ich möchte darum zu diesen Fragen nur

einen Leitsatz aus einem interessanten Artikel Saint-Abins zitieren, der am 25. Januar in der *Ere Nouvelle* erschien. »Das Elsaß muß wie so manche andere französische Provinz sein eigenes Leben erhalten«, heißt es da. »Aber wenn wir eine Dezentralisation verlangen, so versteht es sich von selbst, daß diese nur im ganzen Land und für alle Regionen zugleich ausgeführt werden kann.«

**D**IE ganze französische Geschichte stellt sich als eine stets erneute Überwindung jedes Partikularismus durch die im Kampf erstarkende nationale Einheit dar. Jeder gesunde Regionalismus kann nur in diesem Sinn weiterwirken. Von hier aus öffnet sich auch ein Ausblick auf deutsche Fragen. Es sei heute nur angedeutet, daß auf dem Weg, der von deutschem Partikularismus und deutscher dynastisch-territorialer Zerrissenheit zur vollendeten staatlich-nationalen Einheit führt, auch Probleme des "Regionalismus" liegen, das heißt Probleme einer Neugliederung Deutschlands auf wirtschaftsgeographischer und kulturell-sozialer Basis, ohne allzu ängstliche Berücksichtigung der Grenzen der alten Bundesstaaten, die zum Teil sehr künstliche Produkte sind und aus einer überlebten Vergangenheit in die bewegte Gegenwart mit all ihren brennenden Problemen hineinragen. Wesen und Bedeutung solcher Neugliederung des Reichs sind in den Sozialistischen Monatsheften seit 1918 immer wieder klargelegt worden. Wenn Frankreich vom Zentralismus, Deutschland vom Partikularismus her sich dem Typus des dezentralisierten Einheitsstaats nähert, kann solche Entwicklung uns dem Ziel einer Föderation der europäischen Nationen ein gutes Stück näher bringen.

## CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · DIE FÜLLE DER NATUR DEN ARMEN AUFZÄHLEN · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK

**D**IE Fülle der Natur den Armen aufzählen heißt Wasser vor den Augen derer funkeln lassen, die vor Durst in der Wüste sterben.

Die gütigen Felder sind freigebig wie die Brüste einer Mutter. Weizenfelder, goldene, und Haferfelder, silberne, Felder bärtiger Gerste, eine Phalanx von Kriegern, die sich vorwärts bewegt. Der hohe Roggen, der im Sommerwind Wogen der Fülle wirft. Felder fahnigen Maises, deren Bänder rauschen, eine Armee befedelter Hauptleute, stolz in ihrer Tapferkeit. Uppige Kornfelder jeder Art, stattliche Frauen, von Sonne gerötet, das Haar vom Wind überblasen, schwankend, gewellt, voll und überfließend.

Trägt eine Mutter ein Kind und hat keine Milch in ihren Brüsten?

Denkt auch der lohgebenden Obstgärten, die reiche Bürde und Weihrauch tragen,

Weißer Bräute, rein in der Prophezeiung der Frucht.

Königliche Geschlechter von Pflaumen, Birnen, Äpfel, Kirschen und Aprikosen,

Reihen von Nektarinen, Orangen, Zitronen, Feigen,

Saftreiche Pfirsiche mit sonnverbrannten Wangen, errötende Mägdlein, die bescheiden zu Boden blicken,  
 Pfirsichgärten, die den Septemberhauch mit Wohlgeruch füllen. Wie aromatisch sind Pfirsichblätter, in der Hand zerdrückt!  
 Nußbäume, Walnußbäume und weit gebreitete Kastanienbäume, die im Mittsommer schwere Schatten werfen,  
 Mandelbäume, Kusinen der Pfirsichbäume, beide aus Persien, dem Lande Omars, Sadis, Hafis und Firdusis.  
 Grüne Mandeln, weiß und süß wie Milch. Mandelblätter, die mit süßem Würzgeruch welken.  
 Hohe Pekanen in reichen Flußniederungen.  
 Hickory mit glänzenden, stechenden Blättern, Teller aus Gold im Oktober.  
 Weinberge, laubengängig und gewindgeschmückt, wo die wilden Tauben im Schatten der Reben am Boden kauern.  
 Rubinrote, bernsteinfarbene und purpurne Trauben, süß und nektarn, erfüllen die Luft mit zartem Geruch,  
 Weinberge in enggedrängten Reihen auf steilen Hügellehnen, die südwärts abfallen,  
 Die grotesken, knorrigen und verrenkten Weinstöcke, krumme Zwerge, die aus den kühlen Höhlen der Erde den Wein heraufholen, um des Menschen Herz zu erfreuen.

Gibt eine Mutter Kindern das Leben und weigert sich sie zu säugen?  
 Oder, hat sie Kinder, unterläßt sie ihnen die Brust zu geben?

Nicht nur die Felder, die uns anlachen, sondern die Gärten auch, die köstlich sind:

Rote Rüben mit purpurnen Blättern, blutgeädert, goldene Karotten mit grünen Federn, Lattiche, die Aphrodite auffingen, als sie fiel.

Dicke Kohlköpfe, blaugrün, von einem Frost silbern, den der Winter vergessen hat.

Tastende Bohnen, die rasch zur Höhe klettern, die Seile, an denen der tapfere Hans von der Erde zu den Wolken kletterte, wie auch ich es möchte.

Weißblühende Erbsen und die jungen Erbsen, zuckerig in ihrer Hülsenwiege.

Tomatenstöcke, mit scharlachner Frucht behangen, rosastengliger, pontischer Rhabarber, üppig beblättert.

Und all die zahllosen Gaben, in der dunklen, geheimnisvollen Erde geboren: Kartoffel, Steckrüben, Zwiebel und die Pastinake, die einst der tödliche Schierling war, der Sokrates tötete.

〈Nein, nicht der Schierling erschlug ihn, sondern die Menschen, die er gerettet hatte, erschlugen ihn. Heute ist er Heilkraut geworden.

Das Gift von gestern, die Nahrung von morgen.〉

Artischocken, triumphierende, silberlichte Disteln, vom Wegrand gerufen und königlich gemacht.

Dicker, emporstoßender Spargel, der den März mit Speeren herausfordert und um den August mit federigen Farnkrautwedeln wirbt.

Die purpurne Eierpflanze aus Arabien, und saftige Melonen von den Persern. Melonen aus Nusrabad und Casaba.

Wassermelonen, chrysoprasene, Fässer von Nektar. Wundervoll, durch ein so schmales Rohr gefüllt zu werden.

Breitblättrige Kürbisse, die den Sommer durch goldene Trompeten heranzurufen und die Welt mit mißtrauischen Fingern abfühlen.  
 Gartenkürbisse, riesige Äpfel der Hesperiden, trüchtig vom Versprechen winterlicher Süßigkeiten.  
 Denkt auch der niedrigen Gräser, die den Herden auf den Hügeln Nahrung sind und unerschöpflich Nahrung aus den Tälern schütten,  
 Und jener schlaun Chemiker der ganzen Kleesippe, die die Juniluft beladen, den Honig für die Bienen destillieren und der unermüdeten Erde aus der Luft ihren Stickstoff wiedergewinnen.  
 Kreislauf vollständiger Fruchtbarkeit.

Ist in der Natur irgendein Makel oder auf ihrer Herrlichkeit eine Warze?  
 Ich wüßte nicht, wann. Denn die Natur achtet nicht auf die Glocke und hält sich keinen Kalender.  
 Aber ich weiß: Sie will diese Schönheit nicht aufbauen und des Menschen Häßlichkeit ertragen.  
 Sie will nicht aus ihrem Schatzhaus diese Fülle hinstreuen, daß der Mensch seinen Bruder beraube.  
 Soll ihr Kind in Ewigkeit zerstören?  
 Oder soll er in Vergessenheit sinken, und ihr Palast des Entzückens bestehen?

---

## ANNA SIEMSEN · EINE INTERNATIONALE FRAUENAUFGABE

**J**EDE Propaganda, jede Organisation, jede politische Wirkung beruht auf der Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Nur soweit es uns gelingt im Chaos der Einzelschicksale die wiederkehrenden Elemente zu sehen, aus der Gleichförmigkeit der Bedingungen die Wirkungen zu erschließen und so den Zusammenhang gesellschaftlichen Geschehens klarzulegen, kann es uns gelingen das ausschließliche Interesse am persönlichen Schicksal zu erweitern, auf das Schicksal der Gemeinschaft hinzulenken, den Willen auf gesellschaftliche Ziele zu richten und so den politischen Menschen zu wecken und eine politische Bewegung im eigentlichen Sinn zu organisieren.

Wir wissen, daß diese Arbeit für die Frauen schwieriger zu leisten und bisher weit unvollkommener geleistet worden ist als für die Männer. Die Tatsache, daß die Frau in einer kleinen gesellschaftlichen Sondergruppe, der Familie, steht und von dieser weit stärker als der Mann festgehalten und beansprucht wird, bestimmt auch das Erwerbsleben der Frau und beeinflußt aufs tiefste ihre Haltung als politischer Mensch. Allgemeine volkswirtschaftliche und gesellschaftswissenschaftliche Schemata lassen sich daher nicht auf ihre Lage anwenden. Die Propagandearbeit, die es mit ihnen versucht, versagt, weil sie die unmittelbaren persönlichen Interessen der Frau nicht berührt. Ebenso aber muß eine Arbeitsmethode versagen, die zwar auf diese Einzelinteressen eingeht, aber es versäumt aus dem Einzelnen die allgemein gesellschaftlichen Tendenzen und Forderungen herauszustellen, die Gesetze des Geschehens und die Notwendigkeit unserer gesellschaftlichen Ziele für das Leben der Frau ebenso nachzuweisen wie es für das überwiegend vom Mann her bestimmte gesellschaftliche Leben fortdauernd geschieht und als Voraussetzung aller politischen Arbeit anerkannt wird.

In Deutschland hat diesem Zweck durch Jahrzehnte August Bebels umfassende Arbeit gedient. Sein Buch Die Frau und der Sozialismus war die Bibel der sozialistischen Frauenpropaganda und hat für diese Ungeheures geleistet. Noch heute ergibt fast jede Rundfrage über die Lektüre sozialistischer Frauen, daß diese, soweit sie ihre Erkenntnisse nicht ausschließlich aus Broschüren schöpfen, der Arbeit Bebels ihre ganze Bildung danken. Das gilt vor allem, seit Lily Brauns noch umfänglicheres Werk mit seinem reichen Material vergriffen und bis jetzt nicht neu aufgelegt ist. Dieser Zustand ist ungesund, aus ihm erklären sich viele Mängel unserer Arbeit und ihr vielfältiges Versagen. Bebels Buch war für seine Zeit eine Standardleistung und behält seine große geschichtliche Bedeutung 2 Frauengenerationen tief und ganz entscheidend beeinflußt zu haben. Heute ist indessen die Entwicklung so wesentlich weitergegangen, daß auf allen Gebieten die Bebelschen Tatsachenfeststellungen durchaus überholt sind. Das Buch zeigt der Frau von heute nicht mehr ihre eigene Lage, sondern es spiegelt eine schon ziemlich ferne Vergangenheit. Als Einführung ist es deswegen kaum noch zu verwenden. Es verwirrt und ermüdet. Eine Wirkung und eine starke Wirkung kann es nur noch bei der kleinern Gruppe bereits geschulter Sozialistinnen haben, die imstande sind historisch zu vergleichen, Entwicklungen auch in der wissenschaftlichen Arbeit zu verfolgen. Dadurch ist eine klaffende Lücke entstanden. Und soweit ich imstande bin die Verhältnisse im Ausland zu übersehen, klafft sie dort mindestens ebensowehr. Wir haben heute nicht nur keinerlei übersichtliche und zugleich zuverlässige Übersicht der geschichtlichen Entwicklung des Frauenlebens, sondern, was praktisch noch schwerer wiegt, uns fehlt auch jede umfassende und geordnete Darstellung der tatsächlichen Lage der Frau in der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft.

Es ist seit dem Krieg eine Reihe guter, sehr sorgfältiger Einzeldarstellungen herausgekommen, insbesondere von gewerkschaftlicher Seite. In Deutschland hat Anna Geyer die Erwerbstätigkeit der Frau im Zusammenhang mit dem, was wir so hübsch den Familienstand der Frau nennen, untersucht und das Material sehr übersichtlich zusammengestellt. Dieses bis jetzt unentbehrliche Buch wird durch die neue Berufszählung überholt. Wir brauchen eine neue Bearbeitung des ungemein wichtigen Stoffs, brauchen sie von sozialistischer Seite, um die Lücken und Mängel der heutigen statistischen Methoden möglichst auszugleichen und von unserm Standpunkt die Folgerungen zu ziehen, brauchen sie in einer Form, die allen nach Möglichkeit zugänglich und verständlich ist. Aber wir brauchen mehr.

Statistisches Material veraltet schnell. In unserer Zeit einer rapiden und zu meist krisenhaften Entwicklung ist es bisweilen zur Zeit seiner Bearbeitung und Veröffentlichung bereits überholt. Wir brauchen daher nicht so sehr eine geordnete Materialsammlung als eine übersichtliche, an Zahlenbeispielen erläuterte Übersicht der Entwicklung der letzten Jahrzehnte, der aus ihnen ersichtlichen Tendenzen, der Methoden sie zu beobachten, der bisher für uns wahrnehmbaren Wirkungen und der für uns sich ergebenden Folgerungen. Wir brauchen eine Einführung unserer Frauen in das Gebiet volkswirtschaftlicher und gesellschaftswissenschaftlicher Beobachtung. Die Tendenzen der Entwicklung, durch die die Frau in das Erwerbsleben und in die Konkurrenz mit dem Mann gerissen wird, sind heute überall, wohin kapitalistische Wirtschaft dringt, die gleichen. Gleich sind daher auch die Wirkungen dieser "Eroberung der Frau durch den Beruf" (so, nicht um-

gekehrt, möchte ich das, was geschieht, umschreiben): Wirkungen auf die Familie, auf die rechtliche Lage, die politische Stellung und die Ausbildung der Frau. Wie diese Dinge sich je nach dem Entwicklungsstadium und der gesellschaftlichen Überlieferung eines Landes verschieden gestalten und auswirken, das läßt sich nicht von einem Land aus überblicken, noch minder durch die Arbeit eines einzelnen darstellen. Wenn irgendwo, so liegt hier der Anlaß und die Möglichkeit zu internationaler Zusammenarbeit.

Man könnte vielleicht zunächst denken, daß es gewerkschaftliche Arbeit sei, die im Wirkungsgebiet der Amsterdamer Internationale liegt. Das scheint mir aus mehr als einem Grund falsch. Zunächst müssen schon die wirtschaftlichen Feststellungen über den Kreis der Gewerkschaften hinaus nach Möglichkeit die gesamte Frauenarbeit umfassen. Wichtiger aber ist, daß die notwendigen Feststellungen über die rechtliche, soziale und kulturelle Lage der Frau weit über den Kreis des gewerkschaftlich Möglichen hinausgehen, politisch im weitesten und tiefsten Sinn sind.

Ich kann mir deshalb keine andere Stelle denken, die so berufen wäre eine solche Arbeit zu übernehmen wie das Frauenkomitee der Arbeiterinternationale, das sich so die beste Grundlage für seine Arbeit und den sozialistischen Frauen aller Länder eine unvergleichliche Waffe schüfe. Auf der deutschen sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Kiel ließe sich über eine solche Arbeit sehr wohl Beschluß fassen. Sie ist recht eigentlich und ihrem Wesen nach Gemeinschaftsarbeit und könnte für die Ausbreitung und Vertiefung unserer Bewegung, wenn anders sie richtig geleistet wird, einen ganz neuen Ausgangs- und Konzentrationspunkt schaffen.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Ludwig Quessel

**Frankreich und England** Die Nachricht, daß sich die Regierungen Englands und Frankreichs über ein Zusammengehen in der Chinapolitik verständigt hätten, an der auch Amerika beteiligt sei, gab der deutschen Presse in der 2. Hälfte des Monats April Veranlassung allerlei Betrachtungen über franko-britische Ententepläne anzustellen, die sich nicht nur auf Ostasien sondern auch auf Europa erstrecken sollen. Londoner Meldungen aus deutscher Quelle besagten, daß Briand und Chamberlain zurzeit an einzelnen Abkommen arbeiten, die sich auf Italien und den Balkan, aber auch auf eine gemeinsame Mittelmeer- und Nordafrikapolitik erstrecken, und ein Teil der deutschen Presse stand unter dem Eindruck, daß jene Abkommen zwischen Frankreich und England, die sich in London vorbereiteten, sich unbedingt gegen Deutschland richten müßten. Zu diesen Versionen nahm das Organ des Quai d'Or-

say, der Temps, am 1. Mai Stellung. Jene deutschen Nachrichten aus London, die von einem Engerziehen der Bande zwischen Frankreich und England als einer Bedrohung der deutsch-französischen Entspannung berichten, bezeichnete der Temps als »gefährliche Manövers«. Den Sinn jener deutschen Meldungen aus London gab er mit den Worten wieder, daß es sich darum handeln solle die Grundlagen für eine breite französisch-englische Zusammenarbeit zu legen, um für lange Zeit die gegenwärtige Gruppierung der Kräfte festzulegen; freilich sei in jenen deutschen Meldungen auch die Rede von einer englisch-italienischen Zusammenarbeit, derentwegen Frankreich allen Grund hätte sich zu beunruhigen. In allen diesen Meldungen sieht der Temps das deutsche Bestreben das bestehende Vertrauen zwischen Frankreich und England, die er mit Nachdruck als »nations amies et alliées« bezeichnet, zu stören. Schon am 30. März hatte übrigens der Temps in einem Artikel, der sich eingehend mit den Beziehungen zwischen

Frankreich und England beschäftigte, darauf aufmerksam gemacht, daß die asiatische Gefahr bereits eine veränderte Stellungnahme der britischen Presse zu Frankreich hervorgerufen habe. Diese denunziere jetzt die illegalen Rüstungen der Reichswehr, betone die Lebenskraft Polens und bewundere das Erstarken des Franc, während sie früher in allen diesen Fragen einen entgegengesetzten Standpunkt einnahm. Es sei unverkennbar, daß England unter dem Druck der chinesischen Schwierigkeiten sich um die Gunst Frankreichs bemühe, wie die englische Einladung an die französische Marine zu einer gemeinsamen Flottenschau und an den Präsidenten Doumergue zu einem Besuch in London zeige. Über die Rückwirkung einer eventuellen franko-britischen Zusammenarbeit in der europäischen Politik auf die deutsch-französischen Beziehungen äußerte sich der Temps dann am 1. Mai wie folgt: »Der absolut falsche Gedanke, mit dem gewisse ausländische Kreise spekulieren, besteht darin, daß jedes französisch-englische Einvernehmen nur im Gegensatz zu einer loyalen deutsch-französischen Ausgleichspolitik bestehen könne, daß jede Besserung der Beziehungen mit Berlin die Lockerung des Bandes zwischen London und Paris zur Folge haben müsse, ebenso, daß jede englisch-italienische Annäherung indirekt gegen Frankreich gerichtet sein müsse. Das sind Auffassungen, die der Phantasie entspringen. Die Politik eines Ausgleichs und einer eventuellen Verständigung mit Deutschland, wie sie in Locarno umschrieben wurde, ist ein Gedanke, der Frankreich und England in gleicher Weise gehört. Die Annahme, daß die französisch-englische Freundschaft für eine umfassende europäische Ausgleichs- und Versöhnungspolitik ein Hindernis bilden könne, ist ein Unsinn.«

Es ist nun gewiß richtig, daß Abkommen über die europäische Politik zwischen Frankreich und England sich nicht gegen Deutschland zu wenden brauchen. Deutschland wird von ihnen in seinem territorialen und wirtschaftlichen Bestand gewiß nicht bedroht werden, da einstweilen Paris noch gar nicht daran denkt den Versuch Deutschland für eine ehrliche kontinentaleuropäische Politik zu gewinnen bereits endgültig aufzugeben. Dagegen ist es nicht eine bloße Phantasie, daß ein engeres Zusammengehen zwischen Paris und London die Beziehungen zwischen Berlin und Paris sowie die zwischen London und Rom lockern müsse. Die Dinge liegen doch

so, daß eine ausreichend gefestigte Entente zwischen der größten Seemacht (England) und der größten Landmacht (Frankreich) den Einfluß Berlins und Roms auf die europäische Politik stark zurückdrängen müßte. England und Frankreich sind, fest vereinigt, jedenfalls stark genug das Feld der europäischen Politik so weit zu beherrschen, daß der durch die Friedensverträge geschaffene Status quo vor jedem Angriff sichergestellt wird. Werden Briand und Chamberlain einig, so braucht Paris nicht Stresemann und London nicht Mussolini, um eine erfolgreiche europäische Friedenspolitik zu treiben, welchen Gedanken der Temps übrigens häufig genug formuliert hat.

Manches spricht dafür, daß die Erfahrungen, die Briand seit Locarno mit der deutschen Politik, die immer nur so weit mit Frankreich zu gehen wagt als sie dazu die britische Erlaubnis erhält, machen mußte, ihn dazu bestimmt haben auf die britischen Annäherungsversuche in gewissem Grad einzugehen; wobei wohl der Gesichtspunkt für ihn maßgebend war, daß, wenn er mit Deutschland doch nur eine von England kontrollierte europäische Politik machen könne, sich der Umweg über Berlin nicht verlohne, da man in der gegenwärtigen Lage das selbe auch durch direkte Verbindung zwischen Paris und London erreichen könne.

#### Italienisch-südslawischer Konflikt

Auf eine Frage im Unterhaus erklärte Austen Chamberlain am 2. Mai, daß er die Absicht Italiens einen Vertrag mit Albanien abzuschließen erst am 1. Dezember 1926, am Vorabend der Unterzeichnung des Vertrags von Tirana, erfahren hätte. Das mag richtig sein, soweit die amtliche Mitteilung der italienischen Regierung in Frage kommt. Dagegen hatte der Temps am 30. März in einer Aufzählung der Akte der englischen Regierung, die gegen Frankreich gerichtet waren, schon erwähnt, daß Chamberlain wahrscheinlich bereits bei der Zusammenkunft in Livorno am 30. September 1926 seine Zustimmung zu dem Vorgehen Italiens in Albanien gegeben und sogar noch dadurch unterstrichen hätte, daß Großbritannien seine Agenten, die die Verhandlungen zwischen Achmed Sogu und Mussolini verzögern wollten, abberief. Zur Sache selbst führte Chamberlain aus, daß alle Möglichkeiten zu direkten Verhandlungen zwischen Südslawien und Italien über die albanische Frage erst einmal



erschöpft werden müßten, ehe sich der Völkerbund mit ihr beschäftigen könne. England habe Belgrad und Rom den Rat erteilt alle zwischen Italien und Jugoslawien ausstehenden Konfliktsstoffe in offener und ehrlicher Aussprache zu erörtern und zu regeln. Übrigens habe er, Chamberlain, bei allen diplomatischen Schritten in Kenntnis und mit Zustimmung der deutschen und der französischen Regierung gehandelt. Was diese diplomatischen Schritte zur Beilegung des italienisch-jugoslawischen Konflikts betrifft, so fand in den letzten Tagen des Aprils eine energische britische Demarche in Rom zweifellos statt. Allein ein sichtbarer Erfolg war ihr nicht beschieden. Der Versuch Jugoslawiens mit Rom über die albanische Frage einschließlich des Vertrags von Tirana Verhandlungen herbeizuführen ist von Mussolini zurückgewiesen worden. Da die jugoslawische Regierung den Vertrag von Tirana, der Albanien zu einem Protektorat Italiens macht, unmöglich aus den Verhandlungen ausschalten lassen kann, wie Rom das wünscht, so halten beide Gegner an ihrer Auffassung fest, und die Zeitungspolemik dürfte die Gegensätze noch weiter verschärfen. Betont werden muß, daß mittlerweile die angeblichen jugoslawischen Rüstungen, die Rom erfunden hatte, um einen Anlaß zur militärischen Besetzung Albaniens zu haben, mehr und mehr in den Hintergrund getreten sind. Ganz offenbar ist die militärische Besitznahme Albaniens durch Italien in dem Sinn die kleine Republik vor angeblichen Anschlägen Jugoslawiens zu schützen einstweilen aufgegeben worden. Albanien ist also noch kein italienischer Brückenkopf, und die Adria noch kein mare clausum geworden. Der Streit geht vorläufig einzig um den Vertrag von Tirana, dessen Protektoratsbestimmungen Jugoslawien nicht anerkennen will. Ein Einfluß Englands auf Mussolini ist zurzeit nur insoweit zu konstatieren, als die Vorbereitungen zu einer militärischen Besitznahme Albaniens in Rom eingestellt worden sind. Was jedoch den Vertrag von Tirana anlangt, so vertritt die nicht offiziöse französische Presse sehr entschieden die Meinung, daß Chamberlain sich in Livorno mit Mussolini vertraglich stark gebunden hätte, weshalb die Demarche des britischen Gesandten Sir Ronald Graham in Rom auf die italienische Haltung in Sachen des Vertrags von Tirana von keinem Einfluß gewesen sei. Neuerdings verlautet nun, daß zur Behebung dieser Schwie-

rigkeiten der britische Unterstaatssekretär Tyrell in Rom eingetroffen sei. Man wird abwarten müssen, welche Wirkungen seine Mission hervorrufen wird.

Wenn England eine weitere Verschärfung des italienisch-jugoslawischen Konflikts nicht will, wird diese auch nicht eintreten. Schlimmstenfalls kann England durch Gewährung eines finanziellen oder kolonialen Trinkgelds an Italien die erregten Wogen der fascistischen Meinung wieder glätten. Solche Trinkgelder sind Rom von London schon wiederholt gespendet worden, wenn London böswillige Aktionen gegen Frankreich wünschte: so am 5. Dezember 1925 die Abtretung der Oase Kufra mit den heiligen Stätten von Eurabus an Tripolitanien, so am 27. Januar 1926 die Schuldenreduktion mit ihren ungewöhnlich günstigen Zahlungsbedingungen, so am 16. April 1926 der Vertrag, der Erythräaland auf Kosten Abessiniens erweitert. Im Grunde war auch Englands geheime Zustimmung zu dem Erwerb des italienischen Protektorats über Albanien in Livorno am 30. September 1926, die zum Abschluß des Vertrags von Tirana führte, ein solches Trinkgeld. Eine ganz andere Frage ist, ob Mussolini, der jeden auch nur augenblicklichen Vorteil für Italien wahrnimmt, durch solchen Tagesgewinn auch den dauernden Kurs seiner Außenpolitik bestimmen läßt. In diesem Punkt dürfte man noch Überraschungen erleben.

Seit Livorno hat sich in der Welt manches geändert. England liegt heute mit einem erheblichen Teil seiner maritimen Streitkräfte vor Schanghai. Täglich gehen Munitions- und Truppentransporte teils von England teils von Indien nach China ab. Dazu kommt, daß sich jetzt das Fehlen des japanischen Degens in Ostasien für England sehr empfindlich bemerkbar macht. London fühlt sich also jetzt in Europa schwach und kann kontinentale Verwickelungen einstweilen nicht brauchen. Deshalb seine Annäherung an Frankreich. Das ist aber auch der Grund, weshalb die Staatsmänner der Kleinen Entente nicht glauben, daß es zu einem Krieg zwischen Italien und Jugoslawien kommen wird. Ohne Zustimmung Englands kann Italien Albanien gewiß nicht militärisch besetzen. Wenn also auch eine eigentliche Kriegsgefahr wegen Albaniens zurzeit nicht mehr vorliegt, so wird es doch interessant sein zu sehen, wie London die Schwierigkeiten beilegen wird, die ihm aus seiner bisher befolgten Italienpolitik erwachsen sind.

**Totenliste** Am 24. November 1926 starb in London *Leonid Krassin*, der Geschäftsträger der bolschewistischen Regierung Rußlands dort. Er hatte schon längere Zeit an Anämie gelitten, und auch Blutübertragungen hatten ihm nicht geholfen. Krassin, der in den siebziger Jahren in Sibirien geboren war, studierte Elektrotechnik, war später Direktor einer Kabelgesellschaft. Er schloß sich der Sozialdemokratischen Partei Rußlands an, betätigte sich in der Revolution von 1905 als Organisator der sogenannten bewaffneten Enteignung, kam dann ins Gefängnis, wurde aber wieder freigelassen. Eine Zeitlang arbeitete er in den Siemens-Schuckert-Werken in Berlin, und 2 Jahre vor dem Krieg kehrte er als Direktor seiner Firma nach Petersburg zurück. Als die Bolschewisten im November 1917 die Macht an sich rissen, hielt Krassin sich zunächst zurück; seine Familie schickte er ins Ausland. Später schloß er sich der neuen Regierung an und wurde von ihr zum Außenhandelskommissar ernannt. Er wurde dann der erste amtliche Vertreter des bolschewistischen Rußlands in London. Das Handelsabkommen mit Lloyd George wurde durch ihn geschlossen.

Am 10. Dezember starb *Nikola Paschtsich* an einem Herzschlag. Seine Bedeutung für die innere Politik Serbiens ist hier bereits in der Rundschau Innenpolitik (in diesem Band Seite 208) kurz skizziert worden. Seine eigentliche Leistung liegt auf dem Gebiet der Außenpolitik. Er war ein Staatsmann ungewöhnlichen Formats, und sein ganzes Wirken blieb auf das eine Ziel gerichtet, das er auch erreichte: ein mächtiges Großserbien zu schaffen. Seine geschichtliche Rolle kann nur im Zusammenhang einer Darstellung des Werdens Jugoslawiens gewürdigt werden; das bleibt einer später einmal vorzunehmenden historischen Übersicht überlassen. Auf der Friedenskonferenz, die den Weltkrieg abschloß, hat Paschtsich im wesentlichen alle großserbischen Forderungen durchgesetzt, wenn ihm auch einige Bestimmungen des Vertrags von Saint-Germain nicht paßten, und er daraufhin im Oktober 1919 zurücktrat. Wie stark das Vertrauen auf seine staatsmännischen Qualitäten war, zeigt die Tatsache, daß, als die albanischen Angelegenheiten Ende 1926 eine Krise für Jugoslawien heraufbeschworen, die süd-slawische Welt wieder von Paschtsich ihre Lösung erhoffte. Sein Tod machte dieser Erwartung ein Ende.

**Kurze Chronik** Der rumänische Außenminister Mitilineu stellte am 2. Mai in Erklärungen für die Presse fest, daß die von den deutschen Zeitungen vielfach schon totgesagte *Kleine Entente* immer noch lebe und auch in voller Kraft bestehen bleiben werde. Sie sei ein Bündnis für ganz Südosteuropa; ihre bevorstehende Konferenz werde zeigen, daß sie heute wie ehemals ein Machtfaktor im internationalen Leben Europas ist. Mitilineu bekannte sich als unbedingten Anhänger des Gedankens eines Balkanlocarnos; es müßten alle zwischen den Balkanstaaten noch schwebenden Streitfragen erledigt werden, damit der Balkan unabhängig bleiben könne. ◊ Das ungarisch-italienische Abkommen über die Einrichtung eines *ungarischen Freihafens in Fiume* hat in Ungarn nicht die Freude ausgelöst, die man erwartet hatte. Man glaubt, daß bei den veränderten Verhältnissen dieser Freihafen für Ungarn von mehr als problematischer Bedeutung sei. Die Hauptschwierigkeit für das Gedeihen dieses ungarischen Freihafens an der Adria sei die Tarifffrage, die sehr viel ungünstiger liege als in der Vorkriegszeit, in der übrigens von 150 Millionen Doppelzentner Gesamthandel nur  $\frac{1}{2}$  Million Doppelzentner nach Fiume ging. Der Freihafen in Fiume wird daher in Ungarn mehr als ein Politikum denn als ein wirtschaftlicher Vorteil gewertet. ◊ Eine *Rede Poincarés* vor dem Generalrat seines Heimatdepartements Meuse am 2. Mai beschäftigte sich auch mit Fragen der auswärtigen Politik. Gegenüber Deutschland verlange Frankreich lediglich die regelmäßige Bezahlung der Reparationen, wie sie im Dawesplan festgelegt seien, und die volle Erhaltung seiner Sicherheit. Mit besonderem Nachdruck hob Poincaré hervor, daß Frankreich dasjenige Land sei, das seit langem seinen Heeres- und Flottenetat am stärksten abgebaut und damit einen klaren Beweis seiner friedlichen Absichten gegeben hätte. Allerdings könne Frankreich in der Abrüstung nicht so weit gehen, daß seine Unabhängigkeit und seine Rechte aus den Friedensverträgen in Frage gestellt würden. Es müsse zu gleicher Zeit eine achtungsgebietende Land- und Seemacht sein, weil es sich nur so Achtung für seine Friedenspolitik verschaffen könne. Aus diesem Grund benötige die Regierung beträchtliche Kredite für die Durchführung der 1jährigen Dienstzeit und der Grenzbefestigungen, um Frankreich verteidigungsstark zu machen.

**Gewerkschaftsbewegung / Franz Große****Arbeitszeit-  
regelung**

In den letzten Wochen stand im Mittelpunkt des Interesses der Kampf um die Arbeitszeit. Der von der Regierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Arbeitszeiterordnung vom 21. Dezember 1925 wurde vom Reichstag angenommen. Dafür stimmten die Regierungsparteien einschließlich ihrer Arbeitervertreter und die Völkischen, dagegen Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und, aus wesentlich anderen Motiven, auch die Wirtschaftspartei. Die Vorgänge, die sich bei dem Kampf um dieses Gesetz abspielten, verdienen nähere Betrachtung. Es schien anfangs eine Einheitsfront aller Gewerkschaften im Abwehrkampf gegen den Regierungsentwurf zustandezukommen. Im letzten Augenblick zerschlugen sich jedoch die Verhandlungen, und die Christlichen Gewerkschaften gaben eine eigene Erklärung heraus, die zwar mit vorsichtigen Worten den Entwurf ablehnte, sie jedoch nicht hinderte in den entscheidenden Reichstagsabstimmungen für ihn zu stimmen; Adam Stegerwald fand dabei recht scharfe Töne gegen die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften. Dieses Verhalten zeigt aufs neue, wie stark die politische, vielfach auch durch ideologische Motive bedingte Bindung der Führer der Christlichen Gewerkschaften an die Parteien der augenblicklichen Regierungskoalition ist. Es ist völlig verfehlt bei jedem kleinen Krach innerhalb der Christlichen Gewerkschaften auf ihren Zerfall zu hoffen, wie das einige sozialdemokratische Zeitungen gern tun. Auch darf man den Einfluß der Arbeitervertreter auf die bürgerlichen Parteien nicht überschätzen. Wir sehen nur allzu oft allein die Zentrumsführer und vergessen, daß zum Beispiel von den 993 000 Mitgliedern des Deutschen Gewerkschaftsbundes weit über ein Viertel, nämlich 292 000, zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband gehören; dieser Verband hat aber seine Vertreter keineswegs im Zentrum sondern in der Deutschen Volkspartei und bei den Deutschnationalen. Die Vorgänge beim Arbeitszeitgesetz zeigen aufs neue, wie berechtigt der so oft in den Freien Gewerkschaften erhobene Ruf nach Regierungsbeteiligung ist. Im übrigen wird der Kampf um die Arbeitszeit nunmehr wieder außerhalb des Parlaments geführt werden. Daß der Wille dazu vorhanden ist, zeigt die in diesen Tagen unter den Bergarbeitern

des mitteldeutschen Braunkohlenreviers vorgenommene Urabstimmung, wobei von 78 000 beschäftigten Arbeitern 60 000 durch namentliche Unterschrift ihren Willen auf Wiederherstellung des Achtstundentags bekundeten.

**Unternehmer  
gegen Gewerk-  
schaften**

Nach der berühmten Rede Paul Silverbergs in Dresden konnte man hoffen, daß die Haltung des Unternehmertums gegen die Gewerkschaften sich wesentlich ändern würde. Diese Hoffnung hat sich bis jetzt nicht erfüllt. Die Großindustriellen versuchen vielmehr in stiller, aber zäher Kleinarbeit die Gewerkschaften entscheidend zu treffen. Hierbei werden sie von einer ganzen Reihe von Wissenschaftlern unterstützt. So gibt Karl Dunkmann als Leiter des Instituts für angewandte Soziologie in Berlin im Verlag dieses Instituts Unterrichtsbriefe über Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung heraus, in denen er zum Beispiel eine Umfrage an die Unorganisierten veranstaltet: »Was hindert den Unorganisierten sich den Gewerkschaften anzuschließen?« Dabei werden 5 ausgesprochene Suggestivfragen gestellt, und der besten Beantwortung wird ein Preis von 10 Mark und ihre Veröffentlichung zugesagt. Es ist ja nicht wahrscheinlich, daß den Gewerkschaften daraus eine ernsthafte Gefahr erwüchse. Aber vermerkt zu werden verdient dieses Bemühen doch. Ernster noch ist die Broschüre eines so hervorragenden Juristen wie Fritz Stier-Somlo Die Verfassungswidrigkeit gewerkschaftlicher Monopolstellungen /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ zu nehmen. Sie sucht zu beweisen, daß alle Gesetzesbestimmungen, die eine differentielle Behandlung von Arbeitnehmerorganisationen vorschreiben, verfassungswidrig seien, so das Vorschlagsrecht der Gewerkschaften zum Reichswirtschaftsrat, die Anerkennung der Spitzenorganisationen beziehungsweise der diesen angeschlossenen Verbände als alleinige tariffähige Gewerkschaften in den arbeitsrechtlichen Gesetzen, wie sie sich vor allem im Reichsknappschaftsgesetz und im Arbeitsgesetz findet. Stier-Somlo und mit ihm einige andere Wissenschaftler glauben, daß damit die keiner oder nur einer Splittergewerkschaft angehörigen Arbeitnehmer in ihren Staatsbürgerrechten geschmälert werden. Gelänge dieser Vorstoß gegen die Vormachtstellung der unabhängigen Gewerkschaften, so würden damit die Werkvereine und Gelben Verbände sehr gestärkt werden. Die Ge-

werkschaften werden wachsam sein und ständig betonen müssen, daß als Vertreter der Arbeitnehmer nur völlig unabhängige Gewerkschaften angesehen werden können. Mit Recht wird im Rechenschaftsbericht des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbands betont, daß auch die Unternehmer nie und nimmer von Arbeitern geleitete Unternehmerverbände anerkennen würden.

Als eine weitere Gefahr für die Gewerkschaften stellen sich die in ganz großem Ausmaß in einzelnen Unternehmen geschaffenen Werksportvereine dar. So sehr auch der nur sportliche Charakter dieser Bestrebungen betont wird, so zeigen doch manche Äußerungen etwas andere Züge. Theodor Lewald, der Vorsitzende des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, bezeichnet als Ziel dieser Sportvereine die Jugend des deutschen Volkes gesund und genügsam zu erhalten und zur selbstverständlichen Einordnung in die gegebenen Verhältnisse zu erziehen. Auch wenn man die Neutralität annimmt, so bildet doch die starke Inanspruchnahme der Mitglieder ein nicht zu unterschätzendes Hemmnis für die gewerkschaftliche Arbeit, vor allem wenn man bedenkt, daß sowohl der Partei wie auch der Gewerkschaft die Schicht der 20- bis 30jährigen Arbeiter fehlt. Gerade diese aber sind von der heute herrschenden Sportwut befallen und stellen das Hauptkontingent für die Werksportvereine. Ob die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ausgegebene Parole diese Vereine mit Gewerkschaftern zu durchsetzen Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.

In diesem Zusammenhang muß man auch das in Düsseldorf geschaffene Deutsche Institut für technische Arbeiterschulung betrachten, dessen Ziel es ist durch »Menschenbewirtschaftung« die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern und der technisch-mechanischen Seite der Rationalisierung ein Gegengewicht in der Erziehung des Arbeiters zur Persönlichkeit zu schaffen. An den Worten, die der Leiter dieses Instituts, der Oberingenieur Arnold, vor Studenten der Universität Bonn gesprochen hat, wird der Charakter dieser Erziehung deutlich. »Letzten Endes soll die Erziehung der Belegschaften unserer Industrie Ersatz für das alte Heer sein. Der Arbeiter muß begreifen lernen, daß im Produktionsprozeß mehr gedient als verdient werden muß. Wir sind der Überzeugung, daß uns der Herrgott an diese Stelle gesetzt hat, und werden versuchen die

uns gestellte Aufgabe zu lösen.« Der Hauptwert in der Arbeit des Deutschen Instituts für technische Arbeiterschulung wird auf die Ausbildung von Lehrlingen gelegt. Bis jetzt sind in verschiedenen Betrieben 40 Lehrwerkstätten eingerichtet worden. In 5 Tagen Werkstattarbeit zu je 10 Stunden und 1 Tag theoretischer Ausbildung soll das Ziel der Herausbildung eines mit dem Werk verbundenen Arbeiterstands erreicht werden. Auf die älteren Arbeiter sucht man durch die in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 220) schon erwähnten Werkszeitungen einzuwirken, die, alle in Düsseldorf redigiert, in einer Gesamtauflage von 330 000 Stück erscheinen. Wenn sie auch im einzelnen Neutralität zu wahren suchen, so gleicht doch, wie die Deutsche Handelswacht, das Organ des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbands, schreibt, »die wirtschaftliche und soziale Welt, die sie zeigen und betrachten, einer konfliktlosen menschlichen Gesellschaft, die der "Wirtschaftsführer" nur zum Heile der arbeitenden Menschheit lenkt«. Die Krönung des ganzen Werks sollen die sogenannten Einsatzingenieure bilden. Diese erhalten bei einem monatlichen Zuschuß von 200 Mark eine 4monatige Ausbildung im Internat des Deutschen Instituts für technische Arbeiterschulung, um als geistige Führer nunmehr in den Arbeitern die Verbundenheit mit dem Werk zu wecken. Bisher sind 40 solcher Führer ausgebildet worden. Es ist an dieser Stelle immer betont worden, daß die Gewerkschaften sich als Träger der nationalen Gesamtwirtschaft fühlen und sich in dieser Stellung ihrer Verantwortung bewußt werden müssen. Darum aber dürfen die Arbeiter nicht zu Organen des Unternehmertums erzogen und in der Wahrnehmung ihrer sozialen Klassenrechte und -pflichten gehindert oder geschwächt werden. Gerade eine selbstbewußte Arbeiterklasse, die ihr Geschick in die eigene Hand genommen hat, wird in freier Selbstbestimmung der Produktion am besten dienen, die Produktivität aller Glieder am intensivsten stärken können.

**Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband** - Der 340 Seiten starke Rechenschaftsbericht des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbands für 1926 /Hamburg, Hanseatische Verlagsanstalt/ ist in vieler Hinsicht außerordentlich interessant. Er enthält eine Reihe wirtschaftspolitischer Aufsätze, die sich durch Objektivität und starke Betonung des Arbeitnehmerstandpunkts auszeichnen. Be-

merkwürdig ist die scharfe Ablehnung aller Gelben Gewerkschaftsbestrebungen und der neuen Kampfmethoden des Unternehmertums. Freilich, so scharf diese Ablehnung auch im einzelnen ist, so sehr auch der Gegensatz zum Unternehmer betont wird, im ganzen bleibt es doch bei einer Standesideologie, die noch nicht zur Klassenerkenntnis vorgedrungen ist. Als Ziel wird lediglich die Einordnung des Kaufmannsstands in die Volksgemeinschaft angestrebt. Diese Haltung prägt sich in der Stellung zu den politischen Parteien ebenso wie in den Bildungs- und Erziehungsbestrebungen des Verbands aus. Der leitende Gedanke ist immer nur die standesgemäße Lebenshaltung, nie eine aus der Erkenntnis der Klassenlage geforderte Überwindung der Klassen.

Der Verband entfaltet, wie besonders die vielen Schaubilder im Rechenschaftsbericht zeigen, eine äußerst gute und auch erfolgreiche Propaganda. Er ist in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1926 um 19 634 Mitglieder gestiegen und erreicht jetzt die Zahl von 291 486 Mitgliedern. Besonders beachtlich ist die Stärke der Jugendorganisation, die 47 161 Mitglieder zählt. Gerade weil die Freien Gewerkschaften, vor allem der Allgemeine Freie Angestelltenbund, in diesem Verband einen so scharfen Gegner haben, verdient dieser Rechenschaftsbericht Beachtung.

**England:** Man muß einmal in dem, unten im Abschnitt Literatur angezeigten Büchlein Benns

Wenn ich Arbeiterführer wäre die angstvollen Sätze dieses liberalen Unternehmers über den entsetzlichen Generalstreik lesen, um zu verstehen, daß ein Mann wie Baldwin, der mit der Parole des sozialen Ausgleichs seine Laufbahn begann, heute ein die stärksten Befürchtungen übersteigendes Gesetz gegen die Gewerkschaften einbringen konnte.

Nach § 1 dieses Gesetzentwurfs wird jeder Streik mit irgendeinem andern als rein wirtschaftlichen und industriellen Zweck (also General- und Sympathiestreik) als illegal bezeichnet. Jede Person, die an einem solchen Streik teilnimmt, der »die Regierung zwingen oder die Allgemeinheit oder einen wesentlichen Teil der Allgemeinheit einschüchtern soll«, kann mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft werden. Der § 2 bringt Schutzworschriften für Streikbrecher; § 3 verbietet jedes Massenstreikpostenstehen und jedes Verhalten von Streikposten, das als ein Einschüchterungsversuch gegen Arbeitswillige angesehen werden

kann; § 5 verbietet dem Staatsbeamten die Mitgliedschaft an jeglicher Organisation, deren Hauptzweck die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beamten ist, falls die betreffende Organisation noch andere Personen als nur Staatsbeamte in ihren Reihen zuläßt. Jegliche Verbindung der erlaubten Standesorganisationen mit dem Gewerkschaftskongreß ist verboten; § 6 bestimmt, daß in Zukunft keinerlei Behörden gewerkschaftliche Mitgliedschaft zur Bedingung für die Einstellung eines Arbeiters oder Angestellten machen dürfen. »Die schärfste Klassenkriegserklärung, die seit Menschengedenken von einer verantwortlichen Stelle Englands ausgegangen ist«, nennt der New Statesman dieses Gesetz. Mit Recht haben die englischen Führer, vor allem MacDonald, dessen überaus scharfe Worte aufgefallen sind, betont, daß keine Bestimmung auch den Unternehmer in seiner Handlungsfreiheit beschränkt, daß nur die Arbeiterklasse getroffen werde.

Noch entscheidender aber als die bereits genannten Bestimmungen ist die des § 4, wonach die bisher übliche Form der politischen Beitragsleistung der Gewerkschafter an die Arbeiterpartei verboten wird. Bisher haben die Gewerkschaften einen Teil der Beiträge an die Arbeiterpartei abgeführt. Nun sind aber durchaus nicht alle Gewerkschafter Mitglieder, ja auch nur Wähler der Labour Party. Hierauf sich stützend sehen die Konservativen im jetzigen Zustand eine Vergewaltigung der Gewerkschaftsangehörigen. Denn wohl kann auch jetzt jeder Arbeiter seine Beiträge an die politische Partei sperren, er wird es aber aus mannigfachen naheliegenden Gründen nicht tun. Nach dem neuen Gesetz soll jeder Arbeiter ausdrücklich seine Zustimmung zur Abgabe politischer Beiträge geben. Damit soll die Gewerkschaft erst tatsächlich zum unpolitischen, rein wirtschaftlichen Verband werden. Formaljuristisch ist die Theorie der Konservativen in sich schlüssig. So wendet sich auch die Arbeiterpartei nicht gegen einzelne Schlußfolgerungen sondern gegen die ganze Fragestellung. Sie verlangt für die Gewerkschaft die Anerkennung als überpersönliches Individuum, das für sich politische Entschlußfreiheit beansprucht. Auf das Parlament, das keineswegs nur politische sondern auch wirtschaftliche Fragen zu entscheiden habe, könne der einzelne Arbeiter in viel zu geringem Maß einwirken. Hier müsse die Kollektivpersönlichkeit die Rechte der Arbeiter wahrnehmen. Deshalb sei

die enge Verbindung von Gewerkschaft und Labour Party gerechtfertigt. Auch diese Argumentation ist in sich schlüssig. Gerade hierin aber zeigt sich der Gegensatz der beiden Standpunkte: auf der einen Seite die absolut individualistische, auf formale Rechtssätze eingestellte Begründung, auf der andern Seite die Erkenntnis der Schwäche des einzelnen und die Betonung der Notwendigkeit kollektiven Handelns.

#### Italien

Die von Lothar Erdmann vorzüglich redigierte Gewerkschaftszeitung *Die Arbeit*, die auch sonst durch ihre außerordentlich gute und sachliche Berichterstattung über wirtschaftliche und politische Fragen zu einem unentbehrlichen Organ geworden ist, hat das große Verdienst durch einen in Rom weilenden Gewährsmann in ihrem Märzheft zum erstenmal eingehend und sachlich über die hier neulich bereits erwähnten Vorgänge berichtet zu haben. Der Aufsatz zeigt, wie berechtigt die in den Sozialistischen Monatsheften geübte Vorsicht in der Beurteilung des Schrittes der italienischen Gewerkschaftsführer war.

Um das Vorgehen ganz zu verstehen, müssen einige Daten nachgeholt werden. Bereits am 4. Januar 1927 wurde von den in Italien noch anwesenden und auffindbaren Mitgliedern der *Confederazione Generale del Lavoro* die Auflösung dieses Verbands beschlossen, weil jegliche Arbeit unmöglich geworden war. Daraufhin verlegten einige Genossen, an der Spitze Bruno Buozzi, den Sitz der *Confederazione Generale del Lavoro* nach Paris und versuchen dort weiter den Geist dieser einst so ruhmreichen Organisation zu erhalten. Die in Italien verbliebenen Gewerkschaftsführer begannen eine andere Taktik einzuschlagen. In dem neulich in dieser Rundschau erwähnten Manifest werden der fascistische Staat, seine Gewerkschaften, seine Arbeitsgesetzgebung, die in der am 21. April verkündeten *Carta del Lavoro* ihre Krönung findet, anerkannt, jedoch wird kein Übertritt zum Fascismus vollzogen, wie es in einem Teil der Presse dargestellt wurde. Zur Unterstützung dieses Gesetzgebungswerks wird von den Gewerkschaftern eine Italienische Nationalvereinigung für das Studium der Arbeiterfragen gegründet, die sich das Ziel setzt »die theoretische und praktische Kenntnis der Arbeitsfragen zu verbreiten, indem sie sich in den Grenzen strenger Objektivität hält und sich auf das kulturelle Gebiet beschränkt. Die Vereini-

gung entfaltet ihre Tätigkeit im Interesse der Arbeiter und daher als Ergänzung der Körperschaften, die deren einheitliche und anerkannte Vertretung auf dem Gebiet der Verträge, der Kooperation, der gegenseitigen Hilfe, der Unterstützung und Erziehung haben.«

Die Argumente, die von den italienischen Gewerkschaftsführern für ihr Verhalten angeführt werden, decken sich im wesentlichen mit den in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 220 und folgende) angeführten. Es wird auch auf die verschiedenen Strömungen innerhalb des Fascismus hingewiesen, die Unzufriedenheit industrieller Kreise mit der Arbeitsgesetzgebung Mussolinis betont, und eine Linksschwenkung des Duce vermutet.

Der italienische Gewährsmann der Arbeit ist in der Beurteilung sehr vorsichtig. Er betont, daß abgewartet werden muß, wohin der Weg geht, und daß erst die Zukunft über den Erfolg entscheiden werde. Auch vom Standpunkt der Internationale aus. Freilich, selbst wenn es der Zentrale gelingen sollte festen Fuß zu fassen, bleibt doch jede Beziehung zu den Arbeiterorganisationen anderer Länder unterbunden, solange das Gesetz über die Disziplinierung der Arbeit in Kraft bleibt, da nach Artikel 6 dieses Gesetzes »in keinem Fall Vereinigungen anerkannt werden, die ohne Ermächtigung der Regierung durch irgendein Band der Disziplin oder Abhängigkeit mit Vereinigungen von internationalem Charakter verbunden sind«. Aber auch hierüber wird schließlich das Gesamtergebnis in Italien das letzte Wort sprechen.

**Kurze Chronik** Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat dem Bundesdepartement eine ebengründete Eingabe zur *Kartell- und Trustbildung* zugestellt, die ähnliche Forderungen wie die neulich besprochene deutsche Eingabe enthält, so eine ständige Kontrolle der Kartelle durch eine amtliche Stelle und scharfes Zugreifen des Kartellgerichts bei Maßnahmen der Kartelle, die die Allgemeinheit schädigen. ◊ Der Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, daß alle der *kommunistischen Minderheit* angeschlossenen Gewerkschaftskartelle nicht anerkannt werden und auch nicht das Recht haben sollen an irgendwelcher, unter Leitung des Generalrats stehenden Arbeit teilzunehmen. ◊ Die gewerkschaftliche Landeszentrale *Finnlands* verzeichnet 1926 einen Mitgliederzuwachs von 22,3 %. Sie umfaßt 62 058 Mitglieder, gegen 50 472 im Vorjahr.

**Literatur** Eine kurzgefaßte Geschichte der deutschen Gewerkschaften hat *Karl Zwing* herausgebracht / Jena, Karl Zwing/. Man unterrichtet sich da schnell und gut über die springenden Punkte der Gewerkschaftstheorie und über die einzelnen Phasen der Gewerkschaftsbewegung. In seinen Ausführungen über die Stellung Marx' zur Gewerkschaftsbewegung hätte Zwing nach meiner Ansicht noch mehr auf Marx' revolutionäre Entwicklungstheorie eingehen müssen; diese legt den Hauptnachdruck der gewerkschaftlichen Taktik auf die Er kämpfung des revolutionären Ziels: die Beseitigung der Lohnklaverei und der ganzen kapitalistischen Produktionsweise. Die Theorie der Eroberung der ökonomischen Macht und die mit dieser Theorie verbundene neue Wertung der Gewerkschaften sind auf den Revisionismus zurückzuführen. Dieser überwand erst die Einseitigkeiten der politischen Machteroberungstheorie. Zwing legt den Gewerkschaften eine zu gewichtige, die Tätigkeit aller wirtschaftlichen Organisationen überragende Bedeutung für den Umwälzungsprozeß des Kapitalismus in den Sozialismus bei. Neben den Gewerkschaften stehen die Genossenschaften und vor allem auch der Staat und die Gemeinde, die heute beide bereits große wirtschaftliche Körperschaften sind und namentlich ein sehr beträchtliches Stück wirtschaftlicher Macht darstellen. Recht brauchbar für den gewerkschaftlichen Praktiker ist Zwings Chronik der Gewerkschaftskongresse am Schluß seines Werks. Sie sollte sich zu einer Chronik der Gewerkschaftsbewegung auswachsen. ◊ In seinem Schriftchen Die deutschen Arbeitgeberverbände /Leipzig, Quelle & Meyer/ würdigt *Heinrich Lechtape* die Arbeitgeberorganisationen als soziale Gebilde. Er sieht aber die Arbeitgeber gar zu einseitig als die Träger des Produktionsprinzips an. Die gesellschaftliche Produktion ist dem Unternehmer aber durchaus nicht Selbstzweck sondern Mittel zu dem Zweck der Behauptung und Ausgestaltung seiner gehobenen Lebenshaltung. Auch bei ihm setzt sich das Bedürfnisprinzip gerade wie bei dem Arbeiter als maßgebend durch. Der Arbeiter vertritt eben keineswegs allein das Bedürfnisprinzip. Im übrigen drängt sich dem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter immer mehr und mehr das Produktionsinteresse auf. Über die Versündigungen der Arbeitgeber gerade am Produktionsprinzip kann man

mancherlei Belehrungen aus der Gewerkschaftsliteratur schöpfen. ◊ Das Büchlein des englischen Unternehmers *Ernest J. P. Benn* Wenn ich Arbeiterführer wäre, Stuttgart, C. E. Poeschel/ ist unmittelbar nach dem Generalstreik geschrieben und spiegelt die Stimmung des englischen Bürgers nach diesem grandiosen Ereignis wider. Mit viel Pathos wird die Ungesetzlichkeit und Verfassungswidrigkeit des Generalstreiks bewiesen und ein Verbot gefordert. Der Verfasser tritt für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit ein. Sonst bietet die Schrift an positiven Vorschlägen kaum etwas. Sie gibt lediglich ein gutes Bild der Seelenverfassung des englischen liberalen Unternehmers, für den der Kapitalismus das »einzig System« darstellt, das »zur Zivilisierung des Volkes dienen kann«. Insofern hat sie Wert.

### Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

**Intellektuelle und Sozialismus** Eine Broschüre Hendrik de Mans Die Intellektuellen und der Sozialismus Jena,

Eugen Diederichs geht von der Tatsache aus, daß es heute in Deutschland eine große Anzahl von sozialistischen Intellektuellen gibt, denen zwar nicht der Gedankeninhalt des Sozialismus, wohl aber ihr Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei ungelöstes und peinliches Problem ist. Mit dieser Feststellung wird eine Frage berührt, deren Bedeutung für den Sozialismus von jeher besonders lebendig im Bewußtsein aller derer gestanden hat, die in der Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsheften oder in der Übereinstimmung mit ihren Zielen mehr als eine parteipolitische Bindung im landläufigen Sinn gesehen haben. Ob sich dieses Mehr nun als eine über das bloße proletarische Klasseninteresse hinausdrängende sozialistische Betrachtungsweise darstellen mochte, als eine von dem Gedanken der schöpferischen Arbeit, nicht vom Verbraucherinteresse, ausgehende sozialistische Theorie, als kritisches und schöpferisches Gewissen einer von dogmatischer Erstarrung und Verflachung bedrohten Reformbewegung, als ein sowohl auf die allgemeine kulturelle Zielsetzung wie auch auf die alltägliche Kleinarbeit und die vordringlichsten Aufgaben der Stunde bezogener positiver Sozialismus; jedenfalls war es immer vorhanden. Und obwohl es, und keineswegs in letzter Linie, als Dienst an der Sozialdemokratischen Partei gedacht war, ist es doch nicht immer so empfunden worden.

Es ist unverkennbar, daß heute, wo das Proletariat nicht mehr in dem Maß wie zu Lassalles Zeiten bloß Objekt kapitalistischer Ausbeutung ist, wo es aus der eigenen Klasse hervorgehende Führer und, mindestens formal, die Möglichkeit zur Überwindung der bürgerlichen Lebensform durch umfassendere sozialistische Formen besitzt, das Verhältnis der aus bürgerlichen Schichten hervorgehenden sozialistischen Intellektuellen zu den sozialistischen Arbeiterparteien eher noch komplizierter als einfacher geworden ist als früher. Ferner, wenn auch gerade die grundlegenden Gedanken der sozialistischen Gesellschaftstheorie von einem Führertum herrühren, das nicht aus der Arbeiterklasse sondern aus dem Bürgertum hervorgegangen ist, so darf doch nicht vergessen werden, daß die Hinwendung bürgerlicher Intellektueller zur Sache der Arbeiterklasse oft genug auch mit demagogischem Mißbrauch, mit Klattendübel und Wirklichkeitsfremder Art verbunden war. Was Hendrik de Man in der oben erwähnten Schrift bringt, ist in der Hauptsache eine Studie über die psychische Beschaffenheit beider Gruppen: der Intellektuellen und der Arbeiter, oder über die Art, wie sie psychisch auf einander zu reagieren pflegen. Der entscheidende Unterschied beider Gruppen liegt heute darin, daß, was den bürgerlichen Intellektuellen zum Sozialismus hinzuziehen pflegt, nicht in erster Linie mit einem durch egoistische Klasseninstinkte mitbestimmten Trieb zusammenhängt sondern einem sozialen Ethos entspringt. Dem Intellektuellen dieser Art sind daher auch sozialistische Gesinnung und Bewußtsein des proletarischen Klasseninteresses oder gar Sozialismus und Sozialdemokratie keineswegs identisch. Die Folgerungen, die de Man aus dieser Verschiedenheit mit ihren seltsamen Begleitformen typischer Denkweisen und psychischer Reaktionen (Inferioritätskomplex des Arbeiters, Animosität der Parteiführer, Inferioritätskomplex der Intellektuellen) für die wünschenswerte Form, in der der sozialistische Intellektuelle sich politisch und kulturell betätigen sollte, zieht, berühren sich in mehrfacher Hinsicht mit den wesentlichen Gedanken des englischen Fabianismus. Aber es ist doch fraglich, ob der Fabianismus der Vorkriegszeit heute, wo es um andere und schärfere Schaffensgebote geht, noch ausreichen kann. Bis man die eigentliche Aufgabe erfaßt hat, bleibt für die sozialistischen Intellektuellen Deutschlands nichts zu tun übrig, als daß

sie, jeder an seiner Stelle und so gut es geht, für den Sozialismus und das Verständnis seiner jetzt notwendigen neuen Forderungen wirken, sei es nun innerhalb sei es außerhalb der Sozialdemokratischen Partei.

Die These, daß man auch Sozialist sein könne, ohne Sozialdemokrat zu sein, wird von Max Adler in seiner bereits vor Jahren geschriebenen, nun in 4. Auflage neu vorliegenden Schrift *Der Sozialismus und die Intellektuellen* /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/ ein »jämmerliches Gerede, eine elende Schwäche des Willens oder im besten Falle eine mangelhafte politische Reife« genannt. Für die Werbung unter den Intellektuellen empfiehlt Adler der Agitation mehr von den kulturellen Elementen der sozialistischen Idee auszugehen als von dem Hinweis auf das Lohninteresse des geistigen Arbeiters, da einmal erfahrungsgemäß dieses Argument auf den in Frage kommenden Sachverhalt keineswegs immer zutrefte, folglich keine rechte Werbekraft habe, dann aber auch geeignet sei die Intellektuellen von vornherein verkennen zu lassen, daß der Sozialismus auch bei den Lohnarbeitern mit seinen ökonomischen Forderungen durchaus nicht eine bloß materielle Verbesserung ihres Loses anstrebt. In dem Kapitel über den Kulturzweck des Sozialismus heißt es: »Der Sozialismus ist im Grunde gar keine Arbeiterbewegung als solche sondern eine Kulturbewegung; und die Bewegung dieser Kultur besteht gerade darin, daß der Sozialismus die Kultur durch die in Bewegung gebrachten Arbeiter verwirklichen, daß er die Kultur an die Arbeiter heranbewegen und durch sie fortbewegen will.« An Stelle solcher allgemeinen Operationen mit dem Wort Kultur möchte der unbefangene Leser sicherlich mehr über den spezifischen Inhalt einer sozialistischen Kultur hören. Auch in Adlers Schrift *Die Aufgabe der Jugend in unserer Zeit* /Berlin, E. Laub/, deren Inhalt zum Teil bereits einen Bestandteil der 2. Auflage seines Buches *Neue Menschen* /Berlin, E. Laub/ gebildet hat, fällt an einer vor sozialistischer Jugend gehaltenen Begrüßungsrede über das Thema *Wir sind jung, und das ist schön*, eine gewisse Überbetonung bloß formaler Eigenschaften des Sozialismus auf Kosten einer wirklich inhaltlichen Bestimmung auf. Der Sozialismus wird nicht dadurch zur Kulturbewegung, daß man ihn immer wieder eine Kulturbewegung nennt, sondern dadurch, daß man ihm Inhalt und Gestalt zu geben weiß.



**Jugendbewegung und Sozialismus**

Das dunkle Gefühl, daß der Sozialismus einer Erneuerung bedürfe, weil er nicht

mehr die unwiderstehliche Anziehungskraft auf alle ausübe, die nach dem Neuen streben, hat in der Nachkriegszeit jene Erscheinung hervorgebracht, die man den Jungsozialismus nannte. Dieser kann nur im Zusammenhang mit der Jugendbewegung verstanden werden, die, zuerst in bürgerlichen, dann in proletarischen Schichten, vor dem Krieg begann und nach dem Krieg sich ausbreitete. Dem Verständnis dieses Zusammenhangs kann ein Aufsatz Jugendbewegung und Arbeiterbewegung dienen, den Rudolf Lemberg in der Zeitschrift *Vivos Voco* /Leipzig, Verlag der Werkgemeinschaft/ veröffentlicht hat. Lemberg versteht unter Jugendbewegung nicht schlechthin alles, was heute Jugendbünde und Jugendvereine füllt, sondern die »Bewegung der Generation, die, unter der Kultur- und Sinnlosigkeit der Vorkriegsjahre als junge Menschen leidend, sich 1913 auf dem Hohen Meißner am sichtbarsten gegen die sie umgebenden Gewalten aufbäumte, die dann im Jünglingsalter Krieg und Revolution schon mit wachen Sinnen erlebte, und die nun reife Männer und Frauen oder doch solche, die an der Schwelle dieses Alters stehen, umfaßt«. Es handelt sich für ihn um »schlafende Auswirkung der geistigen Haltung, die damals in der Jugend begann, deren Träger aber heute nicht mehr Jugend im Sinne der Altersklasse sind«. Lemberg gibt zunächst eine Kritik der Schwächen, die sowohl der Jugendbewegung im oben verstandenen Sinn wie auch der sozialistischen Bewegung, so wie sie sich heute in den sozialistischen Parteien in Deutschland darstellt, immanent sind. Da ist edle Jugend, in der die Sehnsucht nach einem tiefern, vom Absoluten her bestimmten und zweckfreien Leben mächtig entflammt. Aber diese Jugend entstammt einer Schicht, deren materielles Dasein relativ gesichert ist; sie hat zur Zeit dieses innern Erwachens noch wenig Berührung mit der rauhern Welt des Daseinskampfs. Es fehlen ihr die Korrekturen, die eine verworrene, schwer zu meisternende Wirklichkeit dem kritischen Besserwissen gibt. Eine oberflächlich optimistische Auffassung der sittlichen Kraft des Menschen führte dann nur allzuoft zu Zweifeln an dem Lebenswert dieser Religion oder zu einem resignierten Rückzug aus dem Kampf mit der äußern Welt in die Gebiete des Seelischen und Geistigen, »wo keine sichtbaren Hemmnisse in den Weg traten«. Die

Seele trieb dann eine Art Kult mit sich selbst, feierte ihre maßlose Sehnsucht und redete sich womöglich noch ein, dieser Rückzug sei ein Verdienst, ein Bessersein, eine Aristokratie, oder sie verengte ihre zu Gestaltung drängende Stoßkraft auf irgendein enges Gebiet, wie Vegetarismus oder Alkoholkämpfung, und fühlte nicht, daß »die Gewalten der herrschenden Ordnung diesen Außenseitern ihr Wirken nur deswegen erlaubten, weil es ihnen ungefährlich blieb. Überall da aber, wo es zu Zusammenstoßen mit ihnen kam, wurde das Werk dieser Menschen widerstandslos vernichtet.« Trotz aller Liebe zum Volk, allem ethisch-sozialen Streben war diese Gemeinschaft der Jugendbewegung im Grunde nur verfeinerter Individualismus, gemeinsames Erleben von Feierstunden, ein oft nur romantisch-sentimentales seelisches Genießen. Demgegenüber stand der junge Arbeiter mit seiner lebendigeren Kenntnis und richtigeren Einschätzung der Welt des Tatsächlichen und Gegenständlichen. »Er erkennt die Beeinflussung des Menschen durch die ihn umgebende Welt, die äußeren Verhältnisse, besonders Wirtschaft und Staat, und er erkennt auch die sittliche Notwendigkeit des umgestaltenden Einwirkens auf sie.« Aber ihm ist nun wiederum der Mensch nicht nur beeinflusst sondern bedingt durch die äußeren Verhältnisse, und die Einwirkung auf Welt und Mensch kennt er *nur* in Form einer Umgestaltung der äußeren Verhältnisse durch Macht. Die Frage der Erringung dieser Macht wird vom Sozialdemokraten typisch oberflächlich gelöst: durch die Agitation und die Erwerbung von Wissen. Noch schwächer ist die Haltung des Kommunisten. Für ihn gibt es nur ein Mittel: die Gewalt. Der Aberglaube an die Gewalt aber führt faktisch zur Machtlosigkeit, denn er verhindert ein tieferes Eindringen in das Wesen des Um- oder Neuzugestaltenden. Lemberg sucht aus seiner geistesgeschichtlichen Betrachtung der Jugendbewegung und der sozialistischen Arbeiterbewegung praktische Folgerungen für die Art, wie beide Bewegungen sich gegenseitig befruchten, vertiefen, klären und fördern könnten, zu ziehen. Beide Bewegungen könnten sich ergänzen, wie ein Innen durch ein Außen, ein Subjektives durch ein Objektives, wie eine materielle durch eine geistige und seelische Welt ergänzt werden kann. Die Jugendbewegung kann durch die Berührung mit dem Sozialismus mehr Männlichkeit, mehr Wirklichkeitsbewußtsein und mehr Tatkraft gewinnen. Der befruchtende Einfluß aber,

den die Jugendbewegung bestenfalls auf den Sozialismus ausüben kann, muß sich auf dem Gebiet des sozialistischen Bildungs- und Erziehungswesens und darüber hinaus in den kulturellen Zielen, Kämpfen, Bestrebungen und Veranstaltungen des Sozialismus auswirken.

Als Ausgangspunkt für solche Tätigkeit kommt in erster Linie die im Geist schlichter Einordnung geleistete Arbeit in Organisationen wie der Arbeiterjugend, den Jungsozialisten, den Kinderfreunden, der Arbeiterwohlfahrt in Betracht. Aus den zahlreichen Zeitschriften, die sich in den Dienst einer so verstandenen sozialistischen Bildungsarbeit stellen, sind vor allem hervorzuheben: 1. Die Bücherwarte, herausgegeben vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit mit der Beilage Arbeiterbildung /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/, 2. Die Sozialistische Erziehung, Reichsorgan des Sozialdemokratischen Erziehungs- und Schulvereins Freie Schulkinderfreunde /Wien, Schloß Schönbrunn/, 3. Jungsozialistische Blätter, redigiert von Georg Engelbert Graf, nebst der von der Reichsleitung der Jungsozialisten mit Unterstützung Georg Engelbert Grafs, Anna Siemsen und Max Wilds herausgegebenen Jungsozialistischen Schriftenreihe /Berlin, E. Laub/, 4. Kulturwille, Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft, redigiert von Martin Loose /Leipzig, Verlag Arbeiterbildungsinstitut/, 5. Arbeiterjugend, Monatsschrift der Sozialistischen Arbeiterjugend, mit den Beilagen Die Arbeitsgemeinschaft und Kultur und Leben, redigiert von Erich Ollenhauer /Berlin, Arbeiterjugendverlag/. Alle diese Blätter sind aufmerksam und genau zu verfolgen.

Die Aufgabe ist: die Substanz des Sozialismus zu erfassen und ihm von diesem seinem Inhalt, nicht von den wirklichen oder eingebildeten seelischen Bedürfnissen der in ihm Agierenden, her eine neue Gestalt zu geben. Sie zu lösen ist die neue Generation berufen. Aber zu ihr gehört nicht, wer seine eigene Jugend herausstreicht und aus ihr Ansprüche herleitet. Nur auf das Geleistete und das zu Leistende kommt es an, und gar nicht darauf, wer es leistet. Nach der präventösen Selbstbespiegelung eines Jahrzehnts muß nun endlich die Zeit der sachlichen Arbeit beginnen. Geht man an sie, so wird man auch nicht mehr das so oft wiederholte Schauspiel zu erleben brauchen, daß der gestern von "Jugendlichkeit" nur so Übersäumende heute ein "enttäuschter" Idealist, morgen ein radikaler Philister wird.

**Totenliste** Am 7. März starb im Alter von fast 72 Jahren der Pädagoge *Rudolf Lehmann*, zuletzt Professor an der Breslauer Universität. Er war, nachdem er in Göttingen und Berlin Altphilologie, Germanistik und Philosophie studiert hatte, Lehrer am Luisenstädtischen Gymnasium in Berlin, wurde dann an die Akademie in Posen berufen und ging von dort nach Breslau. Unter seinen zahlreichen Schriften sind Der deutsche Unterricht und vor allem das Hauptwerk Erziehung und Unterricht /Berlin, Weidemannsche Buchhandlung/ zu nennen, auch die im Verlag Felix Meiner in Leipzig veröffentlichten Selbstdarstellungen heute lebender und wirkender Pädagogen.

Am 15. April starb in Bielefeld der Seniorchef des Verlagshauses Velhagen & Klasing *Johannes Klasing*, der noch bis kurz vor seinem Tod persönlich seinen Betrieben vorstand. Die Monatshefte, die der Verlag herausgibt, seine Schulbücher und seine Monographien zur Erdkunde, Kunstgeschichte, Weltgeschichte usw. haben dem Verlag Weltruf gegeben.

**Kurze Chronik** Vom 3. bis zum 15. August soll in Locarno als 4. Konferenz des *Internationalen Arbeitskreises für Erneuerung der Erziehung*, unter dem Losungswort Der wahre Sinn der Freiheit in der Erziehung, eine Pädagogische Konferenz stattfinden, zu der unter anderen Wilhelm Paulsen, der frühere Leiter der Fürsorgeerziehungsanstalt der Stadt Berlin Karl Wilker, Elisabeth Rotten, Alfred Adler, der Direktor des Internationalen Erziehungsbureaus Pierre Bovet und Beatrice Ensoi Referate übernommen haben. Die 3 ersten Konferenzen des Internationalen Arbeitskreises waren 1921, 1923 und 1925 in Calais, Montreux und Heidelberg abgehalten worden. ◊ Der *deutsch-französische Schüleraustausch*, der 1926 von privaten deutschen und französischen Komitees in die Wege geleitet worden war, hat so gute Ergebnisse gehabt, daß sich die Unterrichtsverwaltungen beider Länder jetzt für die Fortsetzung und möglichste Ausdehnung dieses begrüßenswerten Unternehmens einsetzen. Der französische Unterrichtsminister erließ ein Rundschreiben an die Provinzialschulverwaltungen, in dem er diese auffordert die ihnen unterstehenden Universitäten, Gymnasien und Mittelschulen, besonders auch die Lehrer der deutschen Sprache in ihren Bezirken auf den Schüleraustausch aufmerksam zu machen und ihnen seine Förderung ans

Herz zu legen. Genau so stellt ein Rundschreiben des preußischen Unterrichtsministers den guten Verlauf dieses Austausches fest und legt den Provinzialschulverwaltungen und namentlich den Deutschlehrern dessen weitere Förderung nahe. ◊ In Berlin wurde Anfang Februar ein *Alexander-von-Humboldt-Haus* in Betrieb genommen, das den fast 2000 in Berlin studierenden Ausländern gleichzeitig mit den Annehmlichkeiten eines Studentenheims die Möglichkeit geben soll mit den deutschen Studierenden zusammenzukommen. Das Heim ist mit einem Leseraum, der mehr als 100 Zeitungen und Zeitschriften enthält, ferner mit Gesellschaftsräumen, Speisesaal, Garten usw. ausgestattet. Der Deutsch-Ausländische Akademikerklub wird seine Veranstaltungen in Zukunft auch in diesem Heim abhalten. ◊ Die Kaiser-Wilhelm-Akademie zur Förderung der Wissenschaften beabsichtigt bei ihren Dablemer Instituten ein Auslandsinstitut zu errichten, das den Namen *Harnackhaus* tragen und der Aufnahme ausländischer Gastgelehrter dienen soll. Der Reichstag bewilligte für das Haus 500 000 Mark. ◊ Die Deutsche Liga für Völkerbund hat sich einen Ausschuß *evangelischer Theologen* angegliedert, dem Franz Dibelius und andere führende Theologen des deutschen Protestantismus angehören. ◊ Einen interessanten und für die geistige Zusammenarbeit der Völker wichtigen *Kongreß der Bibliothekare* berief im April das Internationale Institut für geistige Zusammenarbeit nach Paris. Die bedeutendsten europäischen Bibliotheken waren durch ihre Direktoren vertreten, unter anderen die Pariser Nationalbibliothek, die Berliner Staatsbibliothek, die Schweizerische Nationalbibliothek, die Oxforder Bibliothek, auch zahlreiche amerikanische Bibliotheken. Es wurde prinzipiell beschlossen im Institut für geistige Zusammenarbeit ein Spezialamt für Bibliotheken zu errichten, das die großen Bibliotheken mit einander verbinden soll. 400 Bibliotheken haben sich bereits zur Mitarbeit bereit erklärt. ◊ Eine große Anzahl europäischer Schriftsteller wendet sich mit einer *Protestkundgebung* an die Öffentlichkeit, weil ein amerikanisches Magazin James Joyces *Ulysses* in verstümmelter Form ohne Einwilligung des Autors veröffentlicht hat. Für ein Einschreiten gegen dieses Verfahren fehlt es an der gesetzlichen Handhabe, da das Werk wegen seiner "unsittlichen" Tendenz keinen gesetzlichen Schutz in den Vereinigten Staaten genießt.

### Nationale Bewegung / Max Klasse

**China** Um die verwirrende Fülle zum Teil widersprechender Nachrichten in der neuesten Phase der chinesischen Entwicklung zu verstehen, empfiehlt sich ein kurzer geschichtlicher Rückblick. Schon in früher Zeit verlangte der gefährliche Hoangho, der noch im 19. Jahrhundert seine Mündung um 500 Kilometer (Entfernung Danzig-Lübeck) nordwärts verlegte, einen geordneten Wasserschutz. Regulierungs- und Bewässerungsbauten, Straßen- und Kanalanlagen sowie Schutz des Kulturlands gegen die Einfälle der nördlichen Steppenvölker (Große Mauer, feste Plätze) forderten rationelle Zusammenfassung der Kräfte und ließen daher früh eine einflußreiche Bürokratie und später ein Einheitsreich entstehen, das sich allmählich bis zum Jangtse und später bis zum Si ausdehnte. Nach dem Einbruch der Mandchus /1644 bis 1912/ und der Befriedung des Reichs unter ihrer Herrschaft erfolgte im Jahr 1713 eine Neuregelung in der Verteilung der Abgaben zwischen Zentralregierung und Provinzbehörden. Jeder Beamte beglich die Verwaltungskosten aus den Einnahmen, führte fortan eine für immer festgesetzte, möglichst niedrige Pauschalsumme nach Peking ab und verwertete den mit der Bevölkerung steigenden Überschuß für sich. Mehr konnte die fremde Zentralregierung in dem Riesenreich von den chinesischen Beamten, auf deren Mitarbeit sie angewiesen war, nicht erreichen. Sie hatte daher keinen rechten Einblick in deren wirkliche Einkünfte. An dem geschlossenen Widerstand der an dieser Regelung stark interessierten alten Beamtenschaft scheiterte hinfort jeder durchgreifende Reformversuch in der Verwaltung; zuletzt der von 1898. Dem traditionellen, starren System in der Verwaltung, der bäuerlichen Agrar- und der handwerklichen Gewerbeverfassung, entsprachen in kultureller und sozialer Hinsicht der Ahnenkult, die Sippenverbundenheit der Dorfgemeinschaften, das Zunft- und Gildewesen für Gewerbe und Handel. Die Bildung der Beamtenschaft basierte auf dem Studium der Klassiker und war im Gegensatz zum kirchlichen Kulturboden der westlichen und islamitischen Welt eine vornehme Laienbildung. Moderne Fachausbildung fehlte ebenso wie moderne Wissenschaft. Hauptaufgabe der Beamten war eine erträgliche Verwaltung im Innern: Mit der Befriedung des Einheitsreichs war ihre Bedeutung im-

mer größer, die des Wehrstands immer geringer geworden. Außenpolitische Orientierung fehlte naturgemäß fast völlig bei ihnen, was zusammen mit ihrem Stolz auf die alte Kultur und ihrer Verachtung der kriegerischen Tugenden sowie der Schwerfälligkeit des großen Reichs ihr Versagen gegenüber dem kriegerischen Frühkapitalismus des Westens erklärt (ganz anders das kleine, vom Kriegeradel geführte Japan). Zwar scheiterte nach anfänglichen Erfolgen der westliche Kulturimperialismus des Papsttums (Jesuiten) im 17. und 18. Jahrhundert an dem Widerstand der konfuzianischen Bildungsschicht, scheiterten auch bis ums Jahr 1800 die Übergriffe der fremden Mächte. Aber im 19. Jahrhundert konnte der industrielle Kapitalismus Europas siegreich einbrechen.

Bis dahin war der Außenhandel in Kanton streng zentralisiert, wo wenige chinesische Firmen gegen hohe Abgaben Tee und Seide gegen Opium, Baumwolle und Silber eintauschten und dabei auf Grund des geringen Angebots und der großen Nachfrage Riesengewinne erzielten. Die Fremden verlangten daher Öffnung auch anderer Häfen, stießen aber auf den energischen Widerstand der chinesischen Monopolfirmen, der Kantoner Behörden und der Zentralregierung. Die Opiumeinfuhr brachte den Stein ins Rollen. Ihre verheerenden Folgen auf Handelsbilanz und Volksgesundheit zwangen China zum Einfuhrverbot für Opium, worauf ein starker Schmuggel begann. England sah in diesem Verbot einen Angriff auf die Handelsfreiheit, nämlich auf die wachsenden Profite aus dem Opiumhandel. China beanspruchte die Aburteilung von Schmugglern durch chinesische Gerichte. Die Fremden verlangten ihren eigenen Richter vorgeführt zu werden. Da China die Macht Englands nach den führenden Mächten des 17. und 18. Jahrhunderts einschätzte, lehnte es die Forderungen der Fremden ab, und es kam zur gewalttätigen Auseinandersetzung, zum Opiumkrieg 1840 bis 1842, durch den China im Vertrag zu Nanking gezwungen wurde zunächst 5 weitere Häfen in Süd- und Mittelchina für den Außenhandel und besondere Fremdenniederlassungen mit eigener Gerichtsbarkeit und Selbstverwaltung freizugeben. Schanghai ist die bedeutendste dieser internationalen Republiken auf chinesischem Boden. In jedem folgenden Jahrzehnt verlor China ein Stück seines Selbstbestimmungsrechts nach dem andern. Es mußte weitere Häfen eröffnen, Konzessionen für Eisenbahnen, Bergwerke und Fabriken bewilligen,

Anleihen aufnehmen und verzinsen und daher die Seezollverwaltung unter die fremde Führung des Briten Robert Hart stellen; ihre Überschüsse gehörten angesichts der Finanzautonomie der Provinzbehörden zu den sichersten Einkünften der Zentralregierung.

Die Plünderung des Sommerpalastes /1860/, der Raub von Annam /1884/, Formosa /1894-1895/, Port Arthur und Kiautschu, Kwangschuan und Weihaiwei /1898/, der unglückliche Reformversuch des Kaisers Kwanghsü /1898/ mit dem folgenden verzweifelten Boxeraufstand /1900/ sind die bekanntesten Leidensstationen auf dem Weg zur Versklavung und zum Verfall. Dabei entsprach das Vorgehen der einzelnen Mächte ihrer Lage, ihrem Lebensraum und ihrem Verwertungsbedürfnis für Kapital und Menschen. Rußland, das ursprünglich, als Nachbar gleichsam die selbe kontinentale Lebensluft atmend, mehr Vertrauen erhielt und als erste fremde Macht schon 1858 eine ständige Gesandtschaft in Peking halten durfte, dehnte sich im nordchinesischen Siedlungsraum (Mandschurei) aus und strebte nach eisfreien Häfen am Gelben Meer. Das rohstoffarme und von Menschen berstende Japan gewann gegen Rußland Raum und Rohstoffe in dem benachbarten Korea und der Südmandschurei, wo es 3 Milliarden Jen anlegte. Mit England teilte es sich in die Ausbeutung der jungen chinesischen Textilindustrie (Schanghai) mit 200 Millionen Jen Kapital. England beherrschte von Hongkong, dem wichtigsten Umschlagshafen, aus den Handel mit Süd- und Mittelchina. Frankreich suchte sich von Indochina aus in Südchina vorzuarbeiten und lenkte durch Stichbahnen die südchinesische Auswanderung in sein Kolonialgebiet. Die Vereinigten Staaten, reich an unerhörten Möglichkeiten im eigenen Kontinent, konnten "vornehmer" auftreten und begannen mit Missionsschulen, Hospitälern und anderen Kultureinrichtungen, in denen bisher über 200 Millionen Mark angelegt wurden, für das wachsende Geschäft auf dem großen Zukunftsmarkt ein moralisches Fundament zu bauen. Sie rechneten bei ihrer günstigen Lage zu China mit der Gesamtheit des großen Markts und forderten daher von den übrigen Mächten "Integrität" und "offene Tür".

Durch das Netz von ungleichen Verträgen war China in einen nicht mehr zu steigernden Grad der Unterdrückung und Ausbeutung geraten. Die Lösung jeder einzelnen Masche war an die Zustimmung so vieler kleiner und großer Staaten ge-

knüpft, daß eine Befreiung auf dem Verhandlungsweg immer aussichtsloser wurde. Die Korruption im Innern und die Verknächtung nach außen versetzte die in westlichen und amerikanischen Schulen erzogene junge Intelligenz in revolutionäre Stimmung; das Steigen der Reispreise und Mieten sowie die rastlose Hetze des kapitalistischen Arbeitstempes brachten die Massen der Arbeiter und Handwerker in steigende Unruhe. Die konfuzianische Ethik drohte dem Einbruch der fremden Zivilisation ganz zu erliegen. Die Revolution von 1911 hatte nur die schwache monarchische Spitze hinweggefegt, aber nicht die Provinzgewaltigen, die sich im Gegenteil jetzt noch ungenierter als früher von den fremden Mächten gebrauchen ließen, in deren Niederlassungen sie in der Stunde der Gefahr sich und ihr Geld in Sicherheit bringen konnten. Auch die verhältnismäßig starke und geschickte Hand des noch aus alter Schule stammenden Jüanschikai wurde der Auflösung des Reichs in eine Reihe selbständiger Militärsatrapien nicht Herr; sein Kaisertraum zerging.

Auf diesem Boden gelang es nach zahlreichen Rückschlägen dem unermüden Sunjatsen von Kanton aus, das bereits eine mehr als 300jährige Erfahrung mit den Fremden hinter sich hatte, die Kräfte zu sammeln, die die faule Verwaltung und die Militärgewalthaber, die Schuldknechtschaft der zahlreichen armen Bauern und die Ausbeutung der Arbeiter sowie die ungleichen Verträge beseitigen wollten. Sie organisierten sich in der Kuomintang, die sie zu einer schlagkräftigen Partei ausgestalteten. Ihre Sendboten warben unter den Bauern (der Bauernbund der Provinz Kwangtung zählt rund 700 000 Mitglieder), Arbeitern (über 2 Millionen gewerkschaftlich organisiert) und Kaufleuten (28 kaufmännische Verbände der Kuomintang) mit solchem Erfolg, daß ihr Mitgliederstand von 275 000 im Jahr 1925 auf 1 321 000 zu Beginn 1927 stieg.

Ihre Feuerprobe bestand die nationale Bewegung, die im Juli 1925 in Kanton zur Regierung kam, in dem siegreichen Boykott gegen das britische Hongkong und Schameen, als Antwort auf die Massakers von Schanghai und Schameen, und durch die Errichtung eines chinesischen Zollhauses neben der internationalen Seezollverwaltung in Kanton. Das neue Nationalbewußtsein wacht darüber, daß keine Ware das Land verläßt oder ins Land kommt, auf die nicht außer dem Seezoll noch 2¼ % Wertzoll

zugunsten der Kantonregierung erhoben würden. Dafür schaffte sie den rückständigen Binnenzoll (Likin) ab und reorganisierte Finanzen und Verwaltung in ihrem Bereich. Ihre sachliche Arbeit haben sogar die Engländer anerkannt. Von dieser gesunden Basis aus drang nach propagandistischer Vorbereitung das nationale Heer, dessen Kern die glaubenserfüllten Kadetten von Whangpoo bilden, bis zum Jangtse vor. In der industriellen Drillingstadt Wuhan (Wutschang, Hankau, Hanjang mit fast 1½ Millionen Einwohnern), mit Rüstungs- und Schwerindustrie in der Umgebung, gewann die nationale Bewegung den meeffernen Mittelpunkt, von dem aus sich in Zukunft ganz China erobern läßt. Die starke industrielle Bevölkerung gibt den an sich schwächeren Radikalen einen Resonanzboden, während das kommerziell-bürgerliche Schanghai und seine Textilindustrie mit ihrer Frauen- und Kinderarbeit für die Gemäßigten um Tschiangkaischek ein günstiger Standort ist.

Für das Schicksal nicht nur der chinesischen Revolution sondern auch Europas wird der Ausgang des Ringens innerhalb der Kuomintang von großer Bedeutung sein. Es wird aber auch von dem Verhalten der fremden Mächte abhängen, ob Chinas Revolution in bolschewistischer Sterilität totläuft. Ein bolschewisiertes China muß mit langwierigen Interventionen rechnen, ein von den ungleichen Verträgen befreites und befriedetes China wird die fremden Geldmärkte auf Jahre hinaus zur Erschließung des Landes und zur Überwindung der sozialen Spannungen in Land- und Industriewirtschaft in Anspruch nehmen. Darüber indessen ist sich jeder klar, und das weiß man schließlich auch in London: Die nationale Bewegung Chinas kann Niederlagen erleiden, ihr Vormarsch kann verlangsamt werden, doch ihr Endsieg ist sicher.

Isellande Gleichsam ein Echo des Kanonendonners in China ist die verhältnismäßig harmlose Novemberrevolte hungernder Bauern und schlecht bezahlter Angestellter und Arbeiter in Westjava. Doch bereits im Januar folgten Unruhen im Bergbau- und Pflanzungsbezirk Pandang auf Sumatra, wo Javaner fern von ihrer Heimat in harter Kontraktarbeit ausgebeutet werden. Holland, das über ein Drittel seines Nationalvermögens auf Insulinde angelegt hat, ist mit einem Schreckschuß davongekommen und braucht bei Erhaltung des Friedens im

Indischen und Stillen Ozean zunächst mit keiner ernsthaften Erschütterung seiner Herrschaft zu rechnen. Aber als Menetekel sind die Vorgänge zu werten. Eingliederung der eingeborenen Intelligenz in die verantwortliche Politik durch Ausbau des Volksraads zum Parlament sowie Versammlungs- und Koalitionsfreiheit als Ventile für überschüssige Kraft und unterdrückten Zorn sind für erwachende Nationen wichtiger als Bewässerungssysteme und Fachschulen, ja auch zur Abwehr hungriger Großmächte die notwendigen Voraussetzungen für die Wirksamkeit der Minenleger- und Unterseeboottlotte, die, in einem großen Krieg des Ostens, dem Kolonialreich der Niederlande die Neutralität ebenso bewahren soll wie das heimatliche Heer dem Mutterland im Weltkrieg.

**Indien** Eine geschickte Heranziehung der Inder zur Verantwortung ist auch den Engländern bei all ihren Verdiensten um Verwaltung und Produktion noch nicht geglückt. Die für 1929 in Aussicht stehende Verfassungsänderung bewegt bereits heute alle Gemüter, und es wird mit von der (jetzt noch nicht abzustekenden) Etappe der chinesischen Freiheitsbewegung im Jahr 1929 abhängen, wie diese Reformen ausfallen. Daher leisten die indischen Parteien in Delhi scharfen Widerstand gegen die Entsendung indischer Truppen nach China, allerdings ohne Erfolg, da bei Lord Irwin, dem Generalgouverneur, die letzte Entscheidung über Indien liegt. Eine unmittelbare Gefahr besteht auch bei dem denkbar ungünstigsten Ausgang in China für Englands Herrschaft in Indien kaum. Der von religiösen Kämpfen erfüllte vielrassige Kontinent Indien konnte selbst unter der gewaltigen Stiggestivkraft eines Gandhi den Engländern durch passiven Widerstand auf die Dauer keine ersten Schwierigkeiten bereiten. Es widerspräche auch der ganzen ergebnisvollen, durchaus unrevolutionären und der Gewalt abholden Geistesverfassung und Geschichte seiner in Kasten geschiedenen Völker, wenn man schon in so kurzer Zeit einen starken aktiven Widerstand wie in China auch in Indien erwarten wollte. Doch ist bei den Überraschungen, die gerade Asien dem Europäer immer wieder bereitet, vor allzu sicheren Prophezeiungen, wie unsere Zeitungen sie so schnell von sich geben, zu warnen. Es scheint auch nicht, als ob das Foreign Office sich darüber im unklaren wäre.

Im vorderasiatischen Gebiet vom Persischen bis zum Mittelmeer ist es den Briten gelungen den Raum weiter zu befruchten und durch den Ausbau des Verkehrs die Vorarbeiten für seine Ausbeutung und seine Eingliederung in den Kap-Kairo-Kalkutta-Bogen fortzusetzen.

**Totaliste** Am 21. November 1926 verlor das westliche Ukrainertum einen seiner hervorragendsten Vertreter: den Lemberger Suffraganbischof *Jos Bocian*. Vor dem Krieg war er Rektor des Priesterseminars in Lemberg, nach seiner Rückkehr aus der sibirischen Gefangenschaft wurde er zum Bischof in Luck gewählt. Die polnische Regierung widersetzte sich indessen seinem Amtsantritt. Bocian ist nur 46 Jahre alt geworden.

In seinem 80. Lebensjahr starb am 25. Dezember ein anderer Verfechter der ukrainischen Sache: *Alexander Barwinskij*. Er hat als Mitglied des Landeschulrats, des österreichischen Reichstags und Herrenhauses sowie als Wissenschaftler und Publizist tatkräftig für die Wiedergeburt des ukrainischen Volkstums gearbeitet.

Am 2. Januar 1927 starb in Palästina, in der jüdischen Stadt Tel Awiw, deren erster Ehrenbürger er geworden war, Uscher Ginzberg, der als Einer aus dem Volk, *Achad Haam*, die Lehre des geistigen Zionismus aufgestellt und in 38-jähriger Arbeit immer weiter ausgebaut und vertieft hatte. Scheinbar dem politischen Zionismus eines Herzls entgegengesetzt hat der Achadhaamismus doch so sehr das Gefühl der nationalen Verantwortung in immer größeren Schichten des jüdischen Volkes gekräftigt, daß er auch für die unmittelbare Arbeit in Palästina, dem geistigen Zentrum nach seiner Prägung, fruchtbar wurde. So konnte die zionistische Bewegung im Jahr 1926 den 70. Geburtstag Achad Haams als einen nationalen Gedenktag feiern. Und in ihrem Nachruf auf ihn schrieb die Zionistische Vereinigung für Deutschland: »Neben dem teuern, unvergeßlichen Namen Theodor Herzls wird der Name seines scheinbaren Antipoden Achad Haam, des verborgenen Erziehers einer ganzen zionistischen Generation, des Führers zu nationalem Ethos, in die Geschichte der Wiedergeburt des jüdischen Volkes eingehen.«

Am 9. Januar starb in Bayreuth *Houston Stewart Chamberlain*, fast 70 Jahre alt. Sein bekanntes Hauptwerk Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, das viel dazu beigetragen hat das lebendige

Nationalgefühl in leere Rassenspekulationen und unfruchtbaren Rassenhochmut abzuleiten und dadurch an schaffender Kraft zu vermindern, gewann durch blendende Darstellung und die einfache Leitlinie seiner Hypothesen jenen großen Leserkreis, der durch Wilhelms II begeisterte Anhängerschaft charakterisiert wird.

Das Deutschtum in Ungarn verlor am 10. Januar durch den Tod *Franz Neubergers* einen seiner mutigsten Vertreter im Parlament, in das er eben erst wieder für Ungarisch Altenburg gewählt war. Er entstammte, wie so viele aufrechte Deutsche Ungarns, dem Bauerntum.

Am 14. März starb in Riga Lettlands Staatspräsident *Jahnis Tschakste*, im Alter von 67 Jahren. Er hatte 1886 die Universität Moskau absolviert, war dann Rechtsanwalt in Mitau und nahm dort rege am öffentlichen Leben teil, soweit damals im russischen Staatsverband von einem solchen die Rede sein konnte. Nach der Revolution von 1905 wurde er auch in die Duma gewählt. Nach der Umwälzung von 1918 wurde er Präsident des Volksrats, 1920 Präsident der Konstituante Lettlands. Das lettische Parlament, die Saeima, wählte ihn 1922 zum Staatspräsidenten, und 1925 wurde er wiedergewählt. Tschakste hat sich große Verdienste um die nationale Unabhängigkeit des lettischen Volkes erworben.

**Kurze Chronik** Die Märztagung des Völkerbundsrats führte in der *Saarfrage* zu einem Kompromiß. Das französische Militär wird durch einen 800 Mann starken Bahnschutz ersetzt. Die Zusammensetzung der Regierungskommission ist die selbe geblieben: ein Saardeutscher, ein Franzose, ein Tscheche, ein Belgier und, bis zum Ersatz durch einen andern Briten, der Canadian Stephens als Präsident. ◊ Als Grundsatz für die Schulregelung in *Polnisch Oberschlesien* soll gelten, daß deutschsprechende Kinder in die deutschen Minderheitsschulen aufgenommen werden können, solche, die nur polnisch sprechen, dagegen auszuschließen sind. ◊ Der Schüler *Nicolae Totu*, der den jüdischen Studenten Falik erschossen hatte, wurde vom Czernowitzer Landesgericht freigesprochen. Es charakterisiert *Rumänien*, daß sich dort 1700 Advokaten zur Verteidigung des Mörders meldeten, der zum Nationalhelden erklärt wurde. ◊ Die Einwanderung in *Palästina* betrug im Jahr 1926 13 080, die Auswanderung 7365. In den letzten 5 Jahren sind somit rund 75 000 Personen

ein- und 16 520 ausgewandert. Nach der am 1. September 1926 vorgenommenen Volkszählung sind unter den 887 000 Einwohnern Palästinas 641 000 Moslems, 158 000 Juden, 78 000 Christen und 10 000 andere, meist Drusen. ◊ »Eine stabile Regierung, ein sachlich arbeitendes Parlament, Ordnung im ganzen Land und doch nicht reif für Unabhängigkeit«, erklärt der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Coolidge zur Begründung seines Vetos gegen das vom Parlament der *Philippinen* beschlossene Gesetz über eine Probeabstimmung zur Unabhängigkeitsfrage. ◊ Am 15. Dezember 1926 wurde in Deutschland nach dem Beispiel Englands und Frankreichs ein *Pro-Palästina-Komitee* gegründet, mit dem Ziel »die deutsche Öffentlichkeit über das jüdische Kolonisationswerk in Palästina aufzuklären« und ihre Sympathien dafür zu erwecken. Vertreter aller Parteien gehören ihm an. In einer Erklärung vom 7. Februar 1927 lehnt es das Komitee ausdrücklich ab »im innerjüdischen Kampf gegen jüdische Richtungen Stellung zu nehmen«. ◊ Das *Deutsche Auslandsinstitut* in Stuttgart konnte am 10. Januar 1927 sein 10jähriges Bestehen feiern und mit Genugtuung auf die geleistete Arbeit zurückblicken: die umfangreiche Sammlung von Zeitungen, Bildern, Karten und Büchern, die Herausgabe des Auslandsdeutschen und der Pressekorrespondenz sowie eine ausgedehnte Rechts- und Auswandererberatung. ◊ An der Polnischen Universität Krakau wurde ein *Lektorat für Neuhebräisch* errichtet; es ist das 2. an einer europäischen Universität; das 1. befindet sich an der Tschechischen Universität Prag. ◊ Der Geschäftsleiter des Instituts für Grenz- und Auslandsdeutschtum an der Marburger Universität *Johann Mannhardt* habilitierte sich dort mit einer Schrift über den Fascismus für Grenz- und Auslandskunde. ◊ Die Universität Jena hat dem Leiter des Herderinstituts in Riga *Wilhelm Klumberg* den Ehrendoktor verliehen, und zwar zum erstenmal »wegen Verdienste um die Erhaltung deutscher Kultur im Osten«.

**Literatur** Flutwende nennt *Gerhard Menz* sein Buch über die Entwicklung der Beziehungen Chinas zum Abendland in den letzten 100 Jahren (Leipzig, J. C. Hinrichssche Buchhandlung). Ein besonderer Vorzug der überaus lesenswerten sachlichen Darstellung ist die Berücksichtigung, die die letzten Endes ent-

scheidenden wirtschaftlichen Vorgänge gefunden haben. ◊ Der Redakteur der *Westminster Gazette* *J. A. Spender* gibt in seinem Buch *The Changing East* /London, Cassell & Co./ in anregender Form seine Reiseindrücke aus der Türkei, Ägypten und Indien im Winter und Frühjahr 1925-1926 wieder. Kemal, Gandhi, Tagore, die Problematik Konstantinopels wie Indiens werden vom Standpunkt des verstehenwollenden Briten gut gezeichnet. Er glaubt eine entschiedene Besserung der englisch-indischen Beziehungen seit seinem letzten Besuch im Jahr 1911 feststellen zu können. ◊ *The Indian Constitution* von *Debendra Nath Banerjee* /London, Longmans, Green & Co./ ist in eindringender Ausführlichkeit mehr ein Lehrbuch für Studenten, die die Materie genau kennen lernen wollen, als für praktische Politiker; für jene aber unentbehrlich. ◊ Im 1. Teil seines Buches *Amerika* und seine Einwanderer /Wien, Wilhelm Braumüller/ gibt *Alfred Tyrnauer* einen kurzen Einblick in Geschichte, Wirtschaft und Kultur der Vereinigten Staaten von Amerika, nicht tief schürfend, aber gut orientierend. Der 2. Teil enthält statistische Angaben über die soziale und ethnische Struktur der Einwohner sowie Einwanderungs- und Naturalisierungsbestimmungen. Ein Buch für Auswanderungslustige. ◊ Um China geht an dem einen Ufer des Stillen Ozeans der Kampf zwischen Japan und Amerika, um Mexico am andern. Während die Presse der Vereinigten Staaten den Golf von Mexico als amerikanisches Mittelmeer für ihr Land in Anspruch nimmt, beschäftigt man sich in Japan höchst ernsthaft mit dem Gedanken die Magdalenenbucht an der südlichen Westküste des mexicanischen Niedercaliforniens als Flottenstützpunkt auszubauen, um so dem künftigen Gegner eventuell unmittelbarer auf den Leib rücken zu können. So steht heute Mexico plötzlich mit im Brennpunkt der Weltpolitik. Eine Broschüre *Alexander Stelzmanns*, die von ihm Kunde gibt (Mexico von heute und morgen /München-Gladbach, Volkvereinsverlag/), ist mit Dank zu begrüßen, wenn sie auch den unverwischbaren Eindruck erweckt in den kirchenpolitischen Streitfragen höchst einseitig den integral römischen Standpunkt zu vertreten. Um so höher ist es gerade darum in Rechnung zu stellen, daß auch Stelzmann zum Agrar- und Industrie-sozialismus der gegenwärtigen mexicanischen Regierung allerhand Anerkennendes zu bemerken hat.

## WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Marxismus

In mancherlei Hinsicht hat das Schlagwort Zurück zu Marx, mit dem *Jürgen Kuczynski*, der Sohn des bekannten Berliner Statistikers, sein Buch betitelt /Leipzig, C. L. Hirschfeld/, gewiß einen guten Sinn. Die Herausarbeitung eines methodisch-systematisch durchgearbeiteten und in sich widerspruchslösen Grundbegriffs des modernen kapitalistischen Gesamtprozesses in seinem sich ständig forterhaltenden Gesamtzusammenhang ist ohne gründlichstes kritisches Eindringen in die Marxschen Gedankengänge von vornherein aussichtslos; was durch die seit Erscheinen des Kapitals vielfach unternommenen Versuche ohne solches kritisches Eindringen zu einer Theorie zu gelangen (wie etwa durch die sogenannte Grenznutztheorie) offensichtlich immer wieder bestätigt worden ist. Andererseits aber verliert jene Lösung jede fortschrittliche Tendenz, wenn sich damit, wie bei Kuczynski, die Auffassung verbindet, als käme es darauf an die der Marxschen Theorie bei aller Tiefe ihrer Konzeption dennoch anhaftenden Mängel durch allerhand an den Haaren herbeigezogene "philosophische" Klitterungen wegzudiskutieren.

Der Einwand, den man gegen die Marxsche Werttheorie als Mittel zur methodischen Erfassung des kapitalistischen Gesamtprozesses seit Erscheinen des 3., die Durchschnittsprofirate behandelnden Bandes mit Recht erheben mußte, ist der, daß jenes von Marx als denknotwendig behauptete "Gesetz", nach dem der Wert der Waren letztlich nur als innerer, und zwar als ein durch den zu ihrer Produktion jeweils gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand bestimmter, Wert zu fassen sei, mit den weiteren Ergebnissen der Marxschen Analyse selbst nicht zusammenstimme und so zu Widersprüchen führe. Diesen Einwand will Kuczynski damit abtun, daß er unter Berufung auf einige von Marx gelegentlich gebrauchte Wendungen zwischen einem »Reich des Seins« und einem »Reich der Erscheinung« unterscheidet. Für jenes Reich des Seins bestehe die Gültigkeit des Marxschen Wertgesetzes in absoluter Form. Im 3. Band habe sich Marx dann von der Betrachtung dieser Welt des Seins zur Untersuchung der Welt der historisch besondern Erscheinung zugewandt, wo jenes Grundgesetz in der Berührung mit anderen Gesetzen allerhand Abbruch er-



leide, der aber jene seine Grundgeltung unberührt lasse. Damit ist alles glücklich auf den Kopf gestellt. In Wahrheit nämlich liegt jenem Einwand, daß die Hypothese des Arbeitswertgesetzes für das Verständnis des Gesamtprozesses ihren Zweck verfehle, die doch selbstverständlich-evidente Überlegung zugrunde, daß das vom Selbstinteresse geleitete Verhalten der Agenten und Funktionäre innerhalb des Gesamtprozesses letztlich den Prüfstein bilde, an dem jede Behauptung eines für diesen Prozeß geltenden Gesetzes zu verifizieren ist; daß die durchgängige Rückbeziehung hierauf einer methodisch-systematischen Untersuchung des Prozesses letztlich erst den zwingenden Halt zu geben vermöge. Wenn also, wie sich im 3. Band des Kapitals herausstellt, das interessierte Verhalten der Kapitalisten-Funktionäre in den verschiedenen Branchen bei freier Konkurrenz auf eine Ausgleichung der Durchschnittsprofiteure hinwirkt, die dem Wertgesetz zuwiderläuft, so erweist sich, daß jenes von Marx rein formalistisch (nämlich unter der unbewiesenen Voraussetzung, daß jedes Austauschverhältnis als "Gleichung" darstellbar sei) abgeleitete Wertgesetz, unter kausalem Gesichtspunkt betrachtet, sich als Schlüssel des Gesamtprozesses nicht bewährt, zumal ein Nachweis, daß sich die Abweichungen von Wert und Preis der Einzelwaren bei der Ermittlung des Verhältnisses des Werts des nationalen Gesamtprodukts zu dessen Gesamtpreis aufheben, nicht geführt ist noch geführt werden kann. Die von Kuczynski zur Unterstützung des Marxschen Wertgesetzes vorgenommene Unterscheidung eines Reichs des Seins und der Erscheinung führt völlig von dem springenden Punkt ab. Was soll man beispielsweise zu folgenden Orakelsprüchen sagen? »Der 1. und der 2. Band des Kapitals beschäftigen sich mit den ökonomischen Gütern. Der 3. beschäftigt sich mit ihrer Erscheinung.« Oder: »Das Reich des Seins ist der Globus, in dem sich der ökonomische Prozeß nach "naturwissenschaftlichen" Gesetzen abspielt, ein Reich, für das nur dem wissenschaftlichen Beobachter der Blick geöffnet ist.« Und in diesem Reich des Seins sei das Wertgesetz unerschütterlich begründet, ganz unabhängig davon, daß es unter gegebenen historischen Zuständen durch andere Gesetze Abbruch erleide. Der Problemkreis der theoretischen Nationalökonomie lasse vielmehr, ganz wie es Marx getan, bei einer wirklichen methodisch fortschreitenden Untersuchung gar keine andere

Wahl als von dem Wertgesetz als einem »Seinsgesetz« auszugehen und dann in ständig fortschreitender Erörterung nachzuweisen, wie sich dieses in der historischen Erscheinungswelt mit anderen Gesetzen kreuze. Nur Leute, denen der Blick für das Eigentliche, der Sinn des theoretischen Denkens fehle, die eingebannt sind in die Beengtheit der Erscheinung, könnten bei einer solchen Sachlage von einem Widerspruch in der Marxschen Theorie reden. In dieser ganzen Art von Apologetik drückt sich indes im Grunde gar nichts anderes aus, als daß Kuczynski sich über jenen obersten methodischen Grundsatz aller ökonomischen Theorie, nach dem jedes von ihr aufgestellte Gesetz letztlich auf seine Gültigkeit zu prüfen ist, niemals klar geworden ist. Ihm verwandelt sich jener oben skizzierte rein formalistische Beweis des Wertgesetzes in den Beweis seiner Seinsnotwendigkeit, sollte diese auch in das mystische Reich eines sogenannten reinen Seins verlegt werden müssen. Weiter läßt sich der Dogmatismus nicht mehr treiben. Der Marx, zu dem er zurück will, ist nicht der wirkliche Marx, und ganz gewiß kein Marx, von dem her neue Wege vorwärts in der ökonomischen Theorie führen könnten. In dem von der »Weltauffassung des Marxismus« handelnden Schlußkapitel (dem noch eine Auseinandersetzung mit Sombart folgt) wird Marx auf die Ausmaße eines Lenin und ähnlicher Größen zurückgebracht. In Sperrschrift heißt es da: »Das russische Volk unter Führung Lenins ist vorangeschritten in der Eroberung der kapitalistischen Welt, weil es zurückgeschritten ist zu Marx.« Gegen solche "Marxisten" kann sich Marx freilich heute nicht mehr wehren.

**Zeitungskunde** Die in Köln für das Jahr 1928 vorbereitete Presseausstellung, die erste internationale überhaupt, läßt nach dem Prospekt eine Fülle des Anregenden und Interessanten erwarten. Sie soll von dem »geistigen, technischen und wirtschaftlichen Schaffen« gleichermaßen Anschauung geben. Der Stoff wird sich in 12 Hauptrubriken gliedern: Tageszeitung und Zeitschrift, Buchgewerbe und Graphik, Presse und Kunst, Werbewesen, Zeitungswissenschaft, Papier und anderes. Eingehende Berücksichtigung soll die historische Entwicklung des Zeitungswesens, von den frühesten Drucken über die Zeit der Französischen Revolution hinweg bis zu den großen politischen und Nachrichtenblättern der

Gegenwart finden. Verlag, Redaktion, Organisation des Nachrichteneinlaufs, Annoncenwesen, Vertrieb der Blätter schließen sich an. Den Vorsitz im Ausstellungskomitee übernahm der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer. Es ist anzunehmen, daß diese Ausstellung dem Interesse für das unabsehbar breite Gebiet des Pressewesens, speziell auch der Berufsfrage journalistischer Ausbildung, der jetzt bereits an einer ganzen Reihe von Universitäten Vorlesungen und Seminare dienen, noch verstärkten Antrieb geben wird. Einen sehr lehrreichen Einblick in den jeweiligen Entwicklungsstand der Bewegung und den Standpunkt, den ihre wesentlichsten Vertreter einnehmen, bietet ein Sonderheft der Deutschen Presse, des Organs des Reichsverbands deutscher Journalisten. Von den Männern, die sich auf die Anfrage der Redaktion äußerten, darunter Kapazitäten wie Ferdinand Tönnies und Karl Bücher, wird die Vorstellung, als sei daran gedacht den freien Zugang zur journalistischen Tätigkeit bürokratisch durch Examina zu verbauen, mit aller Energie zurückgewiesen. Das schließe aber nicht aus, daß auf der andern Seite eine verständige Vorbildung in vielen Fällen dem Talent und der Steigerung beruflichen Verantwortungsgedüßs fruchtbar entgegenkommen könne. Der interessanteste Aufsatzreihe ist die Reichstagsrede des Genossen Friedrich Stampfer angegliedert, in der er unter Protest gegen die unwürdige Behandlung der Redaktion der Deutschen Allgemeinen Zeitung durch die Regierung die Forderung des Reichsverbands der deutschen Presse nach einer gesetzlichen Vorschrift begründet: daß dem Redakteur über die Eigentumsverhältnisse an dem von ihm redigierten Blatt jederzeit unzweideutig klare Auskunft zu geben sei. Anlässlich des 100jährigen Jubiläums der Münchener Universität veranstaltete das an dieser Universität bestehende Institut für Zeitungsforschung eine Ausstellung, in der ausgewählte Abschnitte der Publizistik gezeigt wurden. Die Ausstellung war zugleich als Ehrung für Joseph Görres gedacht, der lange Jahre als Professor an der Münchener Universität gewirkt hatte. Es wurden Bilder aus seinem Leben, seine wichtigsten Werke, vor allem der Rheinische Merkur, aber auch eine Reihe französischer Zeitungen aus dem 17. Jahrhundert sowie viele wissenschaftliche Arbeiten aus allen Gebieten des Pressewesens der verschiedensten Länder gebracht.

Auf den ersten ordentlichen Lehrstuhl für Zeitungskunde, der, wie in dieser Rundschau (1926 Seite 791) berichtet, an der Universität Leipzig eingerichtet wurde, ist aus Wien Erich Everth, der frühere Chefredakteur des Leipziger Tageblatts, berufen worden. Everth, der gleichzeitig zum Direktor des Zeitungswissenschaftlichen Instituts bestellt wurde, trat das Lehramt mit einer Vorlesung an, die den Standort der jungen Zeitungskunde inmitten der akademischen Disziplinen zu bestimmen suchte. Dem Auditorium gehörte auch Karl Bücher an, der am 16. Februar seinen 80. Geburtstag feierte, und dem es zu verdanken ist, daß man das Zeitungswesen als Hochschuldisziplin anerkannt hat. An dem unter der Leitung Martin Mohrs stehenden Institut für Zeitungskunde der Berliner Universität ist kürzlich eine Bibliographische Auskunftsstelle errichtet worden. Dort werden regelmäßig Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, insbesondere die vorhandenen Bibliographien und die Neuerscheinungen bearbeitet. In Wien will man an die Gründung einer Bibliothek und eines Archivs für Zeitungsunternehmungen in Österreich gehen.

**Kurze Chronik** Unter dem Vorsitz W. Ashleys hat sich in England eine *Internationale Gesellschaft für Wirtschaftsgeschichte* gebildet; ihr Organ ist *The Economic History Review*. ◊ Der Tübinger Ordinarius *Curt Eisfeld* folgt einem Ruf auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hamburg. ◊ Der ordentliche Professor für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Jena *Gerhard Kessler* übernimmt, als Nachfolger Ludwig Pohles, den Leipziger Lehrstuhl für Staatswissenschaften. ◊ Der Privatdozent an der Universität Münster *Gerhard Albrecht* wurde Ordinarius der Staatswissenschaften an der Universität Jena. ◊ Der Baseler Nationalökonom *Julius Landmann* geht als Nachfolger Friedrich von Gottl-Ottlilienfelds nach Kiel. ◊ Für das Fach der wirtschaftlichen Staatswissenschaften *habilitierte* sich in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel *Gerhard Colm*, Referent am Statistischen Reichsamt und Dozent an der Berliner Handelshochschule; er hatte 1921 in Freiburg mit einem Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes von 1920 promoviert (siehe über diese Arbeit die Rundschau Geschichte, 1923 Seite 54 und folgende).

**Literatur** Das 1897 veröffentlichte Werk *Statistik und Gesellschaft*, zu dem Georg von Mayr bis zu seinem Tod 1925 weitere Materialien sammelte, wird von Friedrich Zahn fortgeführt /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Das Buch, das 3 Bände umfassen soll, und von dem jetzt der 2., die Bevölkerungsstatistik behandelnde Teil vorliegt, will, soweit irgend möglich, das gesamte einschlägige Material bis zur jüngsten Gegenwart verwerten. ◊ Das von Wilhelm Gerloff und Franz Meisel in Verbindung mit zahlreichen Fachmännern des In- und Auslandes herausgegebene *Handbuch der Finanzwissenschaft* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ setzt sich die Aufgabe die einschlägigen Tatsachen bis in die jüngste Vergangenheit zu verfolgen und so den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht zu werden. Auch hierbei sind 3 Bände in Aussicht genommen, von denen der 1. bereits im Vorjahr gedruckt vorlag. ◊ In den von M. Saitzew herausgegebenen Zürcher Volkswirtschaftlichen Forschungen /Zürich, Girsberger & Co./ erschien eine eingehende Arbeit Willy Spühlers *Der Saint-Simonismus, Lehre und Leben von Saint-Amand Bazard*, die die entscheidenden Fortschritte des meist nur als Anhänger Saint-Simons genannten Mannes in der Formulierung sozialistischer Gedankengänge hervorhebt, seine Geschichts- und historische Entwicklungsphilosophie, seine Auffassung der Ausbeutung, sein Ideal des Produktionsstaats und die vielfachen Berührungspunkte mit Marx bespricht. ◊ Ein äußerst materialreicher Beitrag zu den Problemen der Produktivitätsentwicklung in der modernen Industrie liegt aus der Feder des Moskauer Ökonomieprofessors J. Ermanskij vor. Die deutsche Übersetzung ist unter dem Titel *Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Taylorsystem bei J. H. W. Dietz* Nachfolger in Berlin erschienen und verdient in hohem Maß die Aufmerksamkeit vor allem der sozialpolitisch und gewerkschaftlich interessierten Kreise. Der Autor geht in systematischer Weise der Zwieschlächtigkeit des Taylorismus nach, wie dieser unter der Parole: die Produktivität der Arbeit und so zugleich den Lohn zu steigern, andererseits die Tendenz verfolge die Arbeitskraft des Arbeiters über jedes erträgliche Maß hinaus anzuspannen, sie vorzeitig zu erschöpfen und so die Ausbeutung noch mehr zu erhöhen. Der Hinweis auf die Gefahren, die der Gesundheit und Lebenskraft des arbeitenden Volkes von

dieser Seite drohen (denen der von Marx geschilderten unmenschlichen Ausdehnung des Arbeitstags im frühkapitalistischen Zeitalter vielfach vergleichbar), stützt sich auf einen breiten Hintergrund physiologischer und biologischer Betrachtungen. ◊ Die ökonomisch-soziologische Theorie Franz Oppenheimers ist in früheren Jahren in dieser Rundschau wiederholt zum Gegenstand eingehender Kritik gemacht worden, einer Kritik, die der Verfasser jedenfalls gelesen hat, wie seine Entgegnung hier (1913 II Seite 951 und folgende) bündig beweist. Neuerdings publizierte er eine Broschüre *Der Arbeitslohn* /Jena, Gustav Fischer/, die im wesentlichen aus einer Polemik gegen ganz haltlose und antiquierte Äußerungen Heinrich Dietzels besteht, und er behauptet darin, nach Wiederholung der alten Klage, daß man ihn totzuschweigen suche: »Einen Anhänger Marxens auf die Mensur zu bringen ist mir bisher nicht geglückt, obgleich ich es an Herausforderungen in jeder Tonart bis zum beißenden Hohn wahrlich nicht habe fehlen lassen.« Meint Oppenheimer durch solche Versicherungen, deren Unrichtigkeit sich, wie in diesem Fall, konstatieren läßt, das Vertrauen in die Durchdachtheit und den innern Halt seiner eigenen alle Skandalosa der kapitalistischen Konkurrenz auf den »Fremdkörper des Großgrundbesitzes« abwälzenden Sozialdoktrin zu erhöhen?

### Religionswissenschaft / Theodor Siegfried

**Christliche Kirche** Ausblicke besonderer Art auf die Zukunft der Religion und die Religion der Zukunft eröffnet uns eine von P. L. Couchoud herausgegebene *Sammlung Christianisme* /Paris, F. Rieder & Cie./. Ihre Autoren schreiben nicht nur interessant und mit guter Disposition sondern auch mit jener Ehrfurcht vor dem Gegenstand, die zur möglichst großen Klarheit zwingt, da die Anmaßung fehlt durch gesuchte, tief sinnig scheinende Verschommenheit eine Vertrautheit mit den letzten Dingen sich selber vorzutäuschen. So bringt uns die bescheidene Denkehrlichkeit gerade auch dem nur unintellektuell zu Erfassenden näher als alle sich noch so antiintellektuell gebärdende Scheinmystik. Den 1. Band der genannten *Sammlung*, *Albert Houtins* *Courte histoire du christianisme*, legt man schwerlich aus der Hand, wenn man die Lektüre einmal begonnen hat, so spannend ist das Buch

geschrieben. Wir erleben die Anfänge des Christentums. Wir sehen Rom sich weit über die anderen Bischofsstädte recken und schließlich die furchtbarste und fruchtbarste Macht des Abendlands werden: fruchtbar in allen Künsten, in Musik, Malerei, Plastik, Baukunst, furchtbar im Willen und in den Mitteln zur Herrschaft. Wir sehen das Papsttum unter Weihrauch, Blut und Qualm sich zu einer gigantischen Größe erheben, zu einer Gewalt, die über Throne, Kronen und Länder, über Leben und Tod, Freiheit und Eigentum ungezählter Millionen souverän verfügt. Wir erleben den langen, über ein Jahrtausend in ganz Europa geführten Kampf um die Macht, wir erleben die Lähmung der Macht, den Sturz und dann wieder, heute, den Versuch mit märchenhaften Mitteln, mit Glanz und Pomp, mit einer beispiellos geschickt geschriebenen Kleineliteratur für den Massenbetrieb, den Aufstieg zur verlorenen Größe wieder einzuleiten. Am meisten wird uns die Ansicht des Verfassers über die neueste Zeitgeschichte interessieren, das heißt nach seiner Ansicht die Epoche von 1814 an bis 1924, die er *La contre-révolution* überschreibt. Wie meint Houtin das? Napoléon schloß ein Konkordat mit Rom, denn er brauchte die Geistlichkeit. Er war der geniale Vollender der Revolution. Viel erfolgreicher, sagt Houtin, als Presse und Redner haben Napoléons begeisterte Armeen das, was man den neuen Katechismus und das neue Evangelium nannte: die Verkündung der Menschenrechte, hinaus in die Welt getragen. Napoléon unterwarf die Fürsten, deren Kronen er, wie einst Rom, nach Belieben verteilte, den Adel, dem er alle Hoheitsrechte und einen großen Teil seines Besitzes nahm, und die hohe politisierende Geistlichkeit. Es blieb das Volk, die freie Wissenschaft, die freie Philosophie, Presse und Literatur. Gegen diese Mächte, von denen Fürsten, Adel und Geistlichkeit sich gleichermaßen bedroht sahen, erhob sich nach dem Sturz des Riesen, so meint Houtin, die Heilige Allianz, die mit zeitgemäß barbarischsten Mitteln, also mit Gefängnis, Zuchthaus, Verbannung, mit Amtsentsetzungen, mit Überwachung der Presse, der Literatur, der Universitäten, jene ideellen Mächte dauernd glaubte niederhalten zu können. Der Krieg von 1914 bis 1918 brachte nach Houtin den unerwarteten und unerhörten Sturz der 3 gewaltigsten reaktionären Mächte Europas: der Häuser Romanow, Habsburg, Hohenzollern. Das sei der Sinn

des sonst wahnsinnigen Kampfes von 1914 bis 1918. Darum nennt er jene Zeit die der Konterrevolution. Sie ist besiegt, aber sie atmet noch und grollt und wartet ihres Augenblicks.

Was tut Rom seit 1814? In der Enzyklika *Mirari vos* /1832/ verurteilt Gregor XVI »die unheilvolle Freiheit, vor der man nicht genug Abscheu haben kann, die Freiheit des Buchhandels, die Freiheit jedwede Schrift zu veröffentlichen«. Pius IX erneuerte in der Enzyklika *Quanta cura* /1864/ alle Verurteilungen seines Vorgängers, faßte im *Syllabus* alles zusammen, was er gegen die Freiheit des Geistes zu sagen hatte, und ließ auf dem Vatikanischen Konzil /1870/ alle päpstlichen Anordnungen, soweit sie *ex cathedra* in Sachen des Glaubens und der Sitten ergingen, für unfehlbar erklären. Damit war das Ziel erreicht, das schon Gregor VII, Innocenz III und Bonifacius VIII erstrebt hatten. Und dennoch: September 1900 sagte, auf das Jahrhundert zurückblickend, ein Prälat: »Wir haben 3 Schlachten verloren: die Schlachten mit der Wissenschaft, der Politik und der Wirtschaft.«

Wie steht es jetzt mit der Herde? Von den 80 Millionen Protestanten und den 20 Millionen Katholiken der Vereinigten Staaten von Amerika, meint Houtin, gehören »tout le monde le sait, mehr als zwei Drittel aktiv gar keiner Kirche an; in der 3. Generation verfallen auch die Zugewanderten dem Amerikanismus, der, ohne Kirche und Priester viel zu bemühen, in einer Art laienmäßig orientierter Humanitätsreligion lebt. Einzelne Kirchen gestatten sogar, daß ihre Mitglieder, ja selbst die Pastoren die Persönlichkeit Gottes und die Geschichtlichkeit Jesus' in Zweifel ziehen. In Frankreich besuchen zwar Unzählige noch die feierlichen Gottesdienste; aber die neuen Gläubigen wünschen nachdrücklich, daß die Lehre der Kirche in Übereinstimmung mit den Gegebenheiten der Wissenschaft stehe, und lehnen ebenso nachdrücklich die Erbsünde wie die Ewigkeit der Höllestrafen ab, mithin das gesamte kirchliche Dogma. Und fast könnte man, meint Houtin, es als eine imposante Kundgebung gegen alle seit etwa einem Jahrtausend von Rom erlassenen Bullen ansehen, wenn in den Satzungen des Völkerbunds bisher 54 Staaten, das heißt vier Fünftel der gesamten Menschheit, sich gegenseitig feierlich geloben gemeinsam volle Religions- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Wissenschaft und der Literatur mit den Machtmitteln des Staates zu schützen.

**Jesus** Und wie steht es um Jesus? Wenn man es genau nimmt, meinte Ernest Renan einst, geht alles, was man von Jesus weiß, auf ein einziges Blatt. Aber Renan, so sagt P. L. Couchoud in seinem Buch *Le mystère de Jésus*, dem 3. Band seiner Sammlung, schrieb ein überaus interessantes Buch von 400 Seiten darüber. Und als Renans *Vie de Jésus* erschien, das seinen Verfasser mit einem Schlag zu einem der gefeiertsten Männer Europas machte, da sagten lächelnd und bewundernd seine Freunde: Jesus? Das ist ja in allen Stücken unser Renan selber. Der Traum ein Leben Jesu schreiben zu wollen, so sagte kürzlich in dürren Worten ein strenggläubiges Blatt, ist ausgeträumt. Was nun? Die ältesten Quellen über Jesus, das sind die Briefe des Paulus; 20, 30, 50 Jahre später erst erschienen die Evangelien. Der Jesus des Paulus aber, der einen irdischen Jesus nicht kannte, sei, so meint Couchoud, der Messias der Propheten, der leidende Knecht des Jesaja, der verfolgte Gerechte der Psalmen mit dem milden Jahwe der spätern Zeit zu einem Bild vereint. Quellen des Paulus waren das Alte Testament und persönliche Visionen. Aus leidenschaftlich prophetischem Schauen geborene Geistesprodukte sind oft lebendiger, wirksamer, also realer als sinnlich durch Zeugen bekundete Fakta. Die Fürsten dieser Welt, sagt Paulus, haben den Herrn nicht erkannt; hätten sie ihn erkannt, so hätten sie ihn nicht gekreuzigt. Kein Zweifel, meint Couchoud, die Fürsten dieser Welt sind der Satan und seine Schergen; die Kreuzigung ist eine Szene, die sich oben im Reich der Himmel, im Kampf des Satans gegen den unerkannt erscheinenden Messias abspielt, wie es in der dem Jesaja fälschlich zugeschriebenen Apokalypse heißt. Jahrzehnt um Jahrzehnt verging, aber der in höchsten Verzückungen von Paulus und anderen geschaute himmlische Messias erschien auf Erden nicht; alle vorbedeutenden Zeichen waren da, Hunger, Pestilenz und Seuchen aller Art, Erdbeben, die apokalyptischen Reiter zogen über die Erde, aber der Verheißene zeigte sich irdischen Augen nicht. Die schwerste Krise trat ein, die das Christentum jemals zu überwinden hatte: Die Gläubigen waren enttäuscht und wurden matt. Da, rechtzeitig erschienen, nach 20-, 30-, 50jährigem Warten, die Evangelien. Merkwürdige Bücher, mit der profanen Literatur, historischen oder poetischen, nicht zu vergleichen,

voll von Geschichten, Sentenzen, Orakeln, Weissagungen, Gebeten, liturgischen Stücken, voll von Wundererzählungen, und die köstlichsten unter diesen wiederum in der schlichten Sprache von Anekdoten vorgetragene tief sinnige Allegorien und Parabeln von Ewigkeitsbedeutung, alles bei Matthäus und Markus bunt durcheinander ohne sichtbare Disposition, aber durchwoben von lose an einander gereihten Erzählungen der Schicksale eines Jesus von Nazareth. Die Quellen der Evangelien? Das ganze Leben Jesus', meint Couchoud, wird nach Sprüchen aus dem Alten Testament erzählt. Dafür gibt er Beispiele in großer Zahl. Indes, trotz der glänzenden Beweisführung in Couchouds bedeutendem Werk muß man doch, was den einen Punkt, die Geschichtlichkeit eines freilich mythenumwobenen Jesus betrifft mit Alfred Loisy der Meinung sein, daß die Entstehung des Christentums ohne eine geschichtliche zentrale Persönlichkeit so schwer zu begreifen bliebe, wie der Islam ohne Mohammed. Aber ergreifend und in erhebenden Worten betont Couchoud die im Christentum lebenden und weiterwirkenden geistigen Realitäten, die es für die Kultur, die Wohlfahrt und die Erneuerung der Menschheit für die Zukunft zu retten gelte. »Habt keine Furcht vor geistigen Realitäten«, ruft er aus, »ihr, die ihr vor der Welt die volle Realität geistiger Mächte verkünden sollt . . . Wagt euch hinaus auf das hohe Meer, wo die Stürme des Geistes wehen. Seine Fluten werden euch tragen, ihr Kleingläubigen.«

#### **Dogma und Religion**

Sehr eigenartig, ungemein anregend, manchmal recht rätselvoll in seiner bunten Mannigfaltigkeit, ist der 2. Band der oben genannten Sammlung: *Propos sur le christianisme*. Mit ironisierender Paradoxie stellt der Verfasser, der sich *Alain* nennt, 2 Grundsätze neben einander: 1. Jede Religion ist wahr. 2. Der Glaube hat die Menschen zu Sklaven gemacht. Suchend, forschend, mit geschärften Sinnen, aber ohne metaphysische Bindungen, sollen wir die Schwelle des Tempels der zukünftigen Religion überschreiten. In der Organisation des menschlichen Körpers, in den Gesten, der Haltung, den rituellen Bewegungen und den von diesen wachgerufenen religiösen und ethischen Empfindungen, so meint Alain, liegen Kult und Zeremoniell vorbereitet. Insofern sei jede Religion a priori in der Struktur des Menschen begründet. Man müsse den Körper

in seinen symbolischen Gesten und Bewegungen studieren, um religiöse Kulte und Zeremonien, ja um die Religionen selbst zu verstehen und aus den Funktionsempfindungen des symbolisch tätigen Leibes begreifen zu lernen. Das andere Grundelement der Religion soll nach Alain de Cartesianismus sein, das heißt die völlige Geistesfreiheit, das ewig schöpferische und darum zugleich ablehnende Sinnen und Denken, das in divinatischer Ahnung der seelischen Ergebnisse jene Betätigung in Riten, Gesten, Haltungen und Bewegungen erst erfindet und deren Wirkung durch motivierende Dogmen noch verstärkt, andererseits aber gerade durch das ewige Sinnen und Grübeln jene Dogmen wieder verflüchtigt und in dieser Arbeit über alle heutigen Kirchen unfehlbar siegen wird. Damit wäre dann der Weg zu einer dogmenlosen Religion frei.

Zusammenfassend darf man sagen: Auf dem ganzen Erdenrund, nicht allein in Europa, sondern, wie wir anderwärts hören, auch in China und Indien ist eine neue Religionsauffassung in siegreichem Vormarsch begriffen, die Millionen Anhänger und Freunde zählt, und die als Lehre der Wissenschaft nur das anerkennen will, was, sei es durch Gedanken oder Idealexperiment (Mathematik, reine Vernunftsätze), sei es durch Beobachtung und Realexperiment (Naturwissenschaft und Geschichte), als wahr erwiesen werden kann. Sie will die Religion nicht auf autoritative Aussprüche irgendwessen, wer es auch sei, gründen sondern auf Erkenntnis, Erlebnis, auf freie Überzeugungsbildung. Sie will sehr viel kritischer sein als der Liberalismus seit 100 Jahren in der Evangelienkritik war, aber dabei positiv aufbauend. Sie leitet die Überzeugung von einem rätselhaften einheitlichen Urquell alles Seins aus einem unbefangenen Anschauen des Universums ab und sieht in der Erziehung zur Ehrfurcht die unentbehrliche Voraussetzung zur Veredelung und damit zum Aufstieg der Menschheit.

**Indischer Geist** Nach mehr als 100jährigem Forschen in der indischen Theosophie, in den indischen Anschauungen von Gott und dem Göttlichen, wie in der indischen Philosophie, den ungefähr 6 großen Gedankensystemen Indiens, ist nunmehr die Zeit gekommen, wo die Welt die Spreu vom Weizen sondern, wo sie die Wahrheit nicht bloß hören sondern selber schauen, selber finden möchte, zwischen den abweisenden Urteilen Goethes

und Hegels und den begeisterten Hymnen Schopenhauers, der in der indischen Theosophie und Philosophie das Höchste gefunden zu haben meinte, was jemals Menschengestalt ahnungsvoll ersonnen. Es ist nicht leicht in indischen Geist einzudringen. Ein gigantischer tropischer Urwald erhebt sich: die Riesensäure überwuchert von Schlingpflanzen, die phantastisch in Formen, phantastisch in Farben ein betäubendes Aroma ausströmen und auf schwankendem Boden bei jedem Schritt uns umstricken. Plötzlich wieder glaubt man mitten in einer Wüste zu stehen, unendlich wie die Sahara, aber Sand, Sand, Sand. Da ist es erfreulich und ermutigend, daß sich ein Denker als erfahrener Wegweiser anbietet, der den Urwald indischen Denkens durchforschte und uns nun unter den Blüten und Früchten das Wertvollste und Prächtigste darbietet, was er auf seinen Wanderungen fand: *Heinrich Gompertz* (Die indische Theosophie vom geschichtlichen Standpunkt gemeinverständlich dargestellt / Jena, Eugen Diederichs/). Sein Buch verfolgt den Hauptzweck den Leser zu den Quellen hinzuführen, die großen Alten selbst zu ihm reden zu lassen.

Nach einer geistvollen Einleitung über Theosophie behandelt der Verfasser die indische Götterlehre, die Frage nach dem höchsten Gott, Brahma, das Ich, Wiedergeburt und Erlösung, die proteusgestaltigen und heute noch verehrten Gestalten Wischnu und Schiva, die Upanischaden, alles belebt und alles durchströmt von den klaren und funkelnden indischen Quellen. Ein besonderes Kapitel ist der indischen Moralität, dem indischen Stoizismus gewidmet; vor allem wird auch der Bhagavad Gita ausführlich behandelt, der in Indien heute noch oder gerade heute wieder von aktueller Bedeutung ist, da er in indischer Ausführlichkeit die religiös, politisch und sozial wichtige Grundfrage behandelt, ob Erlösung durch Mystik, Kontemplation und Meditation (strenge non-cooperation) oder durch die mutige, kühne politische Tat, durch Kampf mit Schwert und Waffen zu erstreben sei. Sehr ernst nimmt Gompertz das Bestreben deutscher Theosophen die indische Mystik, Kontemplation, Konzentration, Joga, in ihren phantastischsten Auswüchsen nachzuahmen, während der Jünger hier das Zauberwort zu vernehmen glaubt, vor dem der Schleier der Maja sich lüftet, und die absolute Wahrheit dem schauernd Schauenden unverhüllt offenbart.

Gompertz stellt nun die verblüffende Hypothese auf, daß dieses betäubende Beiwerk, auf das die europäischen Theosophen und Anthroposophen begreiflicherweise (nämlich wegen der Unbegreiflichkeit der Sache an sich) den Hauptakzent legten, die Geschichte mit den farbigen Lotosblumen, aus uralten Zeiten stamme, in denen die indischen Priester, mit der Anatomie und Physiologie des menschlichen Körpers nicht vertraut, diese Unkenntnis durch eine, über alle Begriffe phantastische und abenteuerliche, aber imponierende Allegorie ersetzten. Ein kritischer Gelehrter gab einst den Theosophen, die durch Übung im Joga einen höhern Erkenntnisgrad zu erlangen hofften, den Rat gleich hinterher einen Bleistift zur Hand zu nehmen, die erlangte Offenbarung aufzuschreiben und im nüchternsten Zustand wieder durchzulesen. Gompertz selber kommt zu dem Gesamtergebnis, daß zwar die indische Meditation, Kontemplation, Konzentration im Bund mit dem Joga manchen Edelstein zutage gefördert habe, daß aber nichts berechtigte irgendeinen Weisheitsausspruch oder irgendeine gut bezeugte Tat auf durch ein Joga geweckte übermenschliche Kräfte zurückzuführen. Den Ertrag indischer Theosophie faßt ein indischer Weiser, gefragt nach Endlichkeit und Unendlichkeit der Welt, nach Seele, Unsterblichkeit, letzter Zusammensetzung der Materie und anderen metaphysischen Rätseln, in die Worte zusammen: »Das weiß nur der, des' Aug' die Welt bewachet im höchsten Himmel droben. Oder weiß der's auch nicht?« Solch ein Hauch wohlüberlegter, zarter, aber von religiöser Scheu getragener Skepsis durchweht auch das Gompertz'sche Werk, das, den gewaltigen Stoff beherrschend, von klaren Ätherhöhen aus orientiert, glänzend geschrieben, aufs wärmste allen denen empfohlen sei, die sich an der Hand eines erfahrenen, zuverlässigen Führers in das Labyrinth des Okkultismus, in den Urwald indischer Theosophie, Anthroposophie und Mystik hineinwagen wollen.

**Okkultismus** Okkultismus ist das Bestreben innerer Erhöhung durch erkennende und praktische Erfassung übersinnlicher Kräfte. In diesem Sinn wollen die mannigfachen "Systeme" gewürdigt sein, die heute allerorts dargeboten werden. Sowenig nun ein Zweifel daran sein kann, daß die rationalistische Welterfassung an vital wichtigen Lebensquellen vorüber-

geht, so wenig hat man doch den Eindruck, daß die Wortführer des Okkultismus heute wahrhaft Wissende wären. So ist aus der breiten Literatur des Okkultismus wenig Erleuchtendes zu gewinnen (siehe auch die Rundschauen Geistige Bewegung, 1924 Seite 188 und folgende, und Psychologie, 1926 Seite 123 und folgende). Durchgängig ist natürlich der Versuch einer Auseinandersetzung mit der sich materialistisch gebenden oder auch nur so gedeuteten Wissenschaft. Diese Auseinandersetzung hat ihr Recht. Denn hier fehlt etwas. Aber es wird notwendig sein, wie Dessoir und andere es unternehmen, den Gehalt des Okkultismus mit peinlichster Sachlichkeit zu prüfen. Leider dienen die pseudowissenschaftlichen Aspirationen der okkultistischen Literatur nur dazu den Sachverhalt zu verdunkeln und die sachlichen Quellen ihres eigenen Denkens zu verschütten.

An den hellseherischen Phänomenen interessiert ist Max Kemmerich (Das Weltbild des Mystikers /Leipzig, Steinverlag/). Kemmerichs Buch über Prophezeiungen /München, Albert Langen, machte vor Jahren auf wesentliche Dinge aufmerksam und ließ dadurch manche ein neues Land ahnen, das er selbst freilich nicht betreten hat. Reich beladen mit den geheimnisvollen Spekulationen der alten Gnosis ist ein Buch Die Gnostiker oder Die unsichtbare Kirche von E. Tristan K. /Bad Schmiedeburg, F. E. Baumann/. Aus den synkretistischen gnostischen Systemen des Hellenismus wird ein neues System bereitet. Die »Mysterien des Geschlechts und der Sexualmagie« werden ausführlich behandelt. Auch die Wort- und Buchstabenspekulation fehlt nicht. Tiefer angelegt ist ein Buch Das große Geheimnis von Eliphas Levi, das auch als Abbé Alphonse Louis Constant bezeichnet wird /Wien, Otto Wilhelm Barth. Es erklingen hier wirklich religiöse Töne. Der Verfasser erzählt, wie ein Mönch eine »Kieselsteinsuppe« kocht. Es ist angeblich nichts im Hause, da soll aus Wasser und Kieselstein Suppe gekocht werden, und nun gebietet der schlaue Mönch dies und das doch herbeizubringen; es wird gebracht, und die Suppe wird gut. »Die magischen Riten«, fährt er nun fort, »und die religiösen Gebräuche gleichen ein wenig dem Kieselstein der Mönche.« Eine »höhere Physik« sucht auf Grund der Schöpfungsmythen Johannes Doberth in einer Schrift Gelöste Siegel /Königsberg, Bons Buchhandlung/. Solche Schriften

sind als Symptome zu werten, und von ihrem Niveau her ist es zweifellos zu begrüßen, daß die aus diesem Dunstkreis geschwängerte Anthroposophie diesem Unfug entgegenwirkt. Auch sie verwechselt Religion und Hyperphysik. Aber es wohnt ihren Anhängern denn doch in anderm Maß ein Streben nach Sachlichkeit ein.

Eine beißende, aber psychologisch in die Tiefe dringende Abfertigung nicht der okkultistischen Probleme sondern der okkultistischen Modeströmungen gab Carl Christian Bry, dessen früher Tod hier neulich gemeldet werden mußte, in seinem flott und interessant geschriebenen Buch *Verkappte Religionen* /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/. Brys Kampf gilt den Monomanen, die mit diesem oder jenem Reformrezept die ganze Welt kurieren wollen, auch den Hinterweltler. Mit außerordentlichem psychologischen Scharfblick deckt Bry die psychischen Untergründe der pseudo-religiösen Bewegungen auf. Die Tendenz seines Werks kann nicht besser als mit seinen eigenen Worten ausgesprochen werden: »Religion sagt: Der Sinn deines Lebens liegt jenseits deines Lebens, liegt über deinem Leben. Verkappte Religion sagt: Hinter deinem gewöhnlichen Leben und hinter der gewöhnlichen Welt liegt etwas bisher Verborgenes, eine noch nie geahnte Möglichkeit, der wir beikommen können und beizukommen gerade im Begriff sind.« Daß in einem Werk, das alle möglichen Strömungen zeichnet, die eine besser getroffen wird als die andere, versteht man. Es ist eine wertvolle Psychologie der Geistesmoden, diktiert vom Protest gegen die übliche Verabsolutierung der relativen Werte und die geheime Relativierung des Absoluten.

**Religionsunter-** Der Studiendirektor an der  
**richt** Aufbauschule in Greiz Otto

Eberhard hat eine Samm-

lung von Lehrproben für den *arbeitsschul-*  
*mäßigen* Religionsunterricht veröffentlicht, die er als »gesammelte Stundenbil-  
der aus pädagogischer Werkstatt« bezeichnet /Stuttgart, J. F. Steinkopf/. Eine große Reihe von Mitarbeitern hat Beiträge geliefert. Die vom Herausgeber selbst gebotene Einleitung unternimmt die prinzipielle Grundlegung und entwickelt die Möglichkeiten des Arbeitsprinzips, das heißt der reproduktiven und produktiven Tätigkeit im Religionsunterricht, und gibt beachtliche Hinweise zur Verknüpfung des Unterrichts überhaupt mit dem Leben.

Der Streit um die Verwendung des *Alten Testaments* im Religionsunterricht geht fort. Den Zusammenhang der christlichen Verkündigung mit dem religiösen Gut des Alten Testaments betont der Kirchenrat Ziemer /Breslau/ in einem kurzen Heft Gibt es ein Christentum ohne Altes Testament? /Frankfurt an der Oder, Verlag des Deutschen Bundes Haus und Schule/, und ebenso Rudolf Ruf in einem Vortrag Die bleibende Bedeutung des Alten Testaments /Kassel, Edmund Pillardy/.

Für den Religionsunterricht im weitern Sinn, für die Arbeit des Unterrichtens, die man an sich selbst zu leisten hat, wären die *Predigten und Andachten* der Blumhardts (siehe diese Rundschau, 1925 Seite 177) fruchtbar zu machen. Es sei daher hier angemerkt, daß der Rotapfelverlag in Zürich neulich einen neuen Band der Schriften Christian Blumhardts, des Sohns, aus den Jahren 1888 bis 1896, verlegt hat. Ein schlichtes Erbauungsbüchlein bietet Wilhelm Fresenius: *Sonntagsgedanken für den Alltag* /Halle, Buchhandlung des Waisenhauses/.

**Neuauflagen** Mit einem 7. Band schloß Julius Dutoit seine große und arbeitsreiche deutsche

Ausgabe des *Jatakam*, des in Pali geschriebenen Werks des südbuddhistischen Kanons /Leipzig, Theosophisches Verlagshaus/. Er enthält die Geschichte der früheren Existenzen Buddhas und seines Lebens bis zur Lehreröffnung.

Wipfelrauschen nennt Joseph Kühnel einen Auszug aus *Eckhart* /Habelschwert, Frankes Buchhandlung/, den er durch Darstellung der religiösen Grundgedanken, »aus denen die Übertreibungen und mißverständlichen Sätze entstanden sind«, kommentiert. Die Schrift erschien mit kirchlicher Druckerlaubnis. <Kühnel brachte auch, das sei in diesem Zusammenhang erwähnt, unter dem Titel *Von Gott und uns* /Freiburg, Herder & Co./ religiöse Betrachtungen, die ein Zug warmer Verinnerlichung ganz und gar durchströmt.>

Otto H. Brandt gab *Berthold von Regensburgs* Deutsche Predigten heraus /Jena, Eugen Diederichs/. Die Übertragung ins Neuhochdeutsche, die »mehr Umsetzung als Übersetzung« sein will, ist lebendig und gediegen. Es ist sehr erfreulich, daß der Diederichssche Verlag in seinem Bestreben uns gerade diese halb vergessenen religiösen Geister nahezubringen nicht ermüdet. Mit einer ausführlichen Einleitung versah Gustav Meyrink eine Übersetzung



der Abhandlung des *Thomas von Aquino* über den Stein der Weisen /München, Otto Wilhelm Barth/. Meyrink meint: »Das Theaterstück des Demiurgen, betitelt Alchimie oder die Unerforschlichkeit, geht seinem Ende zu.« Den großen Alchimisten, die von einem Heer von Quacksalbern umgeben waren, traut er tiefste Naturerkenntnis zu. Sache der Chemie sei es hier Licht zu schaffen.

Konrad Hock, Geistlicher Rat in Würzburg, gab des Jesuitenpaters *Surin* Anleitung zum innerlichen Leben neu heraus /Würzburg, Valentin Bauch/. Surin gehört zu den charakteristischsten Jesuitengestalten des 17. Jahrhunderts. Seine Anleitung gehört in die Reihe jener psychologisch klugen und auf Verinnerlichung dringenden sogenannten asketischen Literatur.

Der Verlag Herder & Co. in Freiburg bringt in lateinischer und deutscher Sprache die *Josaphatenzyklika Pius' XI*, die zum Gedächtnis des Martyriums des »Apostels der Einheit«, des griechisch-orthodoxen Bischofs Josaphat, gegeben wurde. Sie behandelt die Einigungsbestrebungen alter und neuer Zeit, das Martyrium des Josaphat und die Lage der Gegenwart. Die Achtung der katholischen Kirche vor fremden Riten wird betont und wechselseitiges Verstehen gefordert. »Die Orientalen sollen die römische Kirche nicht für die Verfehlungen einzelner Menschen verantwortlich machen. Solche Verstöße werden ja von ihr selbst verurteilt und tatkraftig bekämpft. Auf der andern Seite müssen aber auch die römischen Katholiken tiefdringender und in breiterem Umkreis sich mit den Sitten und Gebräuchen der Orientalen bekannt machen.«

**Totenliste** Im Juli 1926 starb in Paris der frühere katholische Priester *Albert Houtin*, Verwalter der Bibliothek des Musée Pédagogique. Er hat sich besonders durch seine vorzüglich informierenden kirchen- und religionsgeschichtlichen Arbeiten Verdienste erworben (siehe über seine Geschichte des Christentums oben den Abschnitt Christliche Kirche). Seine Schriften zum Modernismus sowie seine gründliche Biographie Hyacinthe Loysons erregten besonderes Interesse. Seine Autobiographie ist für die Bewegung innerhalb der katholischen Kirche seiner Zeit von dokumentarischem Wert. Wegen seiner freien Kritik verbot ihm die Kirche das Messelesen. Wie Père Hyacinthe wirkte er mit aller Kraft für die Vereinigung der Religionen.

Der Bischof von Rottenburg *Paul Wilhelm von Keppler* starb am 16. Juli an den Folgen einer Herzschwäche, während er die Messe zelebrierte, kurz vor Vollendung seines 74. Lebensjahrs. Er war durch seine kunsthistorischen Schriften und seine Persönlichkeit weit über Württemberg hinaus bekannt.

Anfang August starb in Berlin der Studienrat am Gymnasium zum Grauen Kloster *Ernst Samter*, 58 Jahre alt. Sein Forschungsgebiet war die vergleichende Religionswissenschaft. Er begründete im Jahr 1913 zusammen mit Ed. Lehmann und Alfred Vierkandt die Religionswissenschaftliche Vereinigung.

Am 29. August starb der ehemalige Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrats und Professor der Theologie an der Universität Berlin *Julius Kaftan*, in seinem 77. Lebensjahr. Kaftan war »theologischer Kantianer«. Außer mehreren Predigtsammlungen schrieb er 2 Werke über das Wesen und die Wahrheit der christlichen Religion /1888/ und dann sein Buch über Dogmatik /1897/. Als Schüler Ritschls war Kaftan zuerst liberal. Später rückte er mehr nach »rechts«. 1917 faßte er seine Anschauungen noch einmal in dem Buch Philosophie des Protestantismus zusammen, dem dann 1924 eine Broschüre Was wir von Kant lernen sollen folgte.

**Kurze Chronik** In Paris tagte im April ein *Kongreß für die Geschichte des Christentums*, an dem zahlreiche Vertreter verschiedener Länder teilnahmen, für Deutschland der Bonner Professor Karl Clemen. ◊ Als Nachfolger Joseph Wittigs erhielt *Franz Joseph Dölger* aus Münster den Lehrstuhl der alten Kirchengeschichte in der Katholischtheologischen Fakultät der Universität Breslau. ◊ Für das Fach der vergleichenden Religionsgeschichte *habilitierte* sich Gustav Mensching an der Technischen Hochschule in Braunschweig, mit einer Arbeit Das heilige Schweigen. ◊ Am 14. Juni 1926 wurde *Albert Schweitzer* in Zentralafrika 50 Jahre alt. Als Theologe hat Schweitzer durch seine, lange genug totgeschwiegene Geschichte der Leben-Jesu-Forschung bahnbrechend gewirkt; nicht mit Unrecht ist sie als die Tragödie der Leben-Jesu-Forschung bezeichnet worden. Bereits vor dem Krieg und wiederum seit 1920 wirkt Schweitzer als Arzt in Afrika, wo er Spitäler gründete und leitet; ein Akt der Wiedergutmachung des von Europa an den Negeren begangenen Unrechts.

# KUNST

Musik / Max Butting

**Orchestermusik** Das Suchen und Ringen nach neuen Formen, aber auch die stilistische Unsicherheit unserer Komponisten spiegelt sich in keinem Gebiet der Musik unserer Tage so stark wider wie in der Orchestermusik. Gewiß sind Schöpfungen junger und alter Autoren in jeder Epoche neben einander da; ob sie im Gegensatz zu einander stehen oder gleichen Wesens sind, hängt von dem jeweiligen Stadium einer Kulturwelle ab. Es sind vielleicht die fruchtbarsten und wertvollsten Zeiten, in denen diese Gegensätze stark hervortreten. Erstaunlich ist aber eine Zeit, in der die Jungen unter einander so uneins sind. Die Feststellung der stilistischen Zugehörigkeit eines Werkes zu bestimmter kultureller Gesinnung ist kein Werturteil. Es ist aber anzunehmen, daß der gefestigte Standpunkt, auf dem einheitlich eine ganze Generation steht, die Erschaffung reifer Kunstwerke ermöglicht, während umgekehrt eine unter sich uneinige Generation in ihrer Wirkung lediglich auf die Macht und Fähigkeit der Einzelpersönlichkeit angewiesen ist. Der Alleinstehende kämpft schwerer und wird spät zur Reife seines Schaffens gelangen.

Nach alledem sollte man vermuten, daß uns die stilistisch einmütige ältere Generation heute eine größere Anzahl reifer Werke schenkt. Aber selbst bei tolerantem Suchen findet man nicht viel, was auf die Hörer wirklich starken Einfluß ausübt. Der einzige Fünfzigjährige, der alle immer wieder aufrüttelt, ist *Arnold Schönberg*, und dieser hat in stilistischer Beziehung mit seinen Altersgenossen keine Berührungspunkte. Seine *Serenade für Kammerorchester* ist außerdem ebenso wie *Alban Bergs Kammerkonzert für Klavier und Geige mit 13 Bläsern* durchaus Kammermusik; ein Orchesterwerk hat er lange nicht geschrieben. Im ganzen soll durchaus nicht behauptet werden, daß von der älteren Generation überhaupt nichts Wesentliches produziert würde; viele ihrer Werke werden viel gespielt. Aber die geistige Nähe zur Hörschaft, die *Strauß* und *Pfitzner* noch vor wenigen Jahren besaßen, haben ihre Autoren nicht mehr. Erstaunlich ist nun, daß unter den jüngeren Komponisten eine Anzahl ist, die durchaus den Stil der Älteren schreibt, und, obwohl sie nicht über deren reifes Können verfügt, doch vielfach intensiver gewirkt hat. So sind die starken Erfolge

*Kurt Thomas'* und *Paul Kletzki's* nicht zu bezweifeln. Es mag der seltene Fall eingetreten sein, daß Begabung, verbunden mit jugendlichem Temperament, ohne irgendeine Aktualität zu besitzen, einfach gewirkt hat. Wenn auch die Entwicklung der beiden, sehr jungen Komponisten nach jeder Richtung möglich erscheint, darüber, daß ihre bisherigen Werke mit dem Geist unserer Tage und mit der Entwicklung der Musik nicht zusammenhängen, dürfte kein Zweifel bestehen. Ähnlich liegt es bei *Max Trapp*. Nur *will* Trapp nicht modern sein, und er ist viel reifer; wenn seine 3. Symphonie als schönes und wertvolles Werk begrüßt wird, so ist das im Sinn des früher Gesagten ohne weiteres verständlich.

Es ist Sitte geworden in der Kunst nach politischem Muster von links und rechts gerichteten Künstlern zu sprechen. Der Vergleich hinkt; er schließt vor allem zu oft je nach dem Standpunkt des Betrachters ein ungerechtes Vorurteil ein. Aber er beweist die Verschiedenheiten der Gesinnung unter den jüngeren Autoren; vor 20 Jahren wäre der Vergleich überflüssig gewesen. Diese verschiedenen Parteien haben zum Orchester eine recht unterschiedliche Stellung. Am einfachsten ist die der Rechten. Sowohl *Trapp* wie der junge *Kletzki* bedienen sich in ihren Werken des Orchesters in einer Art, die sich völlig auf Überliefertes und Gesichertes stützt. Deshalb ist auch über das äußere Gewand ihrer Arbeiten wenig zu sagen; es ist gut, im wesentlichen durchaus unaktuell und für unsere Ansprüche vielleicht zu unpersönlich und uncharakteristisch. Alle anderen, die Linken sowohl wie die zwischen rechts und links Stehenden, haben sich und ihrer Eigenart das Orchester erst anpassen müssen. Einige haben noch nicht oder nicht mehr für Orchester geschrieben, denn die Ausgangspunkte der "links" gerichteten Musik liegen bei den Organen der Kammermusik. Deshalb wird auch hier quantitativ nicht viel geschaffen. Aber einige wertvolle und interessante Neuheiten gibt es.

Da ist das *Morgenklangspiel Philipp Jarnachs* /Mainz, B. Schotts Söhne/. *Jarnachs* früheres Orchesterwerk, die *Symphonia brevis*, ist für ihren Schöpfer nicht so charakteristisch, wenn sie auch zweifellos ein gehaltvolles, schön klingendes Stück ist. Das *Morgenklangspiel* hat eine für unsere Zeit ganz seltene Art von Romantik: nicht die der sentimentalen Weltabgewandtheit sondern die

des Märchens. Es ist eine Welt, in der Wunder geschehen mögen, aber ein bis ins Letzte gehender formender Wille herrscht in ihr, nicht ein richtungsloser gefühlvoller Trieb. Es ist sachliche Romantik. Dem ist das Orchester ganz angepaßt. Zart und doch kräftig, durchsichtig und doch sehr gefüllt, reich an Ornamenten, die sich dem Fluß des Ganzen unterordnen.

Einen eigenartigen Widerspruch tragen die 4 Tänze für Orchester von *Karol Rathaus* in sich. Das Tänzerische wird zur ornamentalen Geste, und die ist im Ornamentalen wieder so vielfach zergliedert, daß das Detail ein zu großes Übergewicht behält. Man schwankt zwischen Rhythmik und klanglichem Zierat, man fühlt, daß der Autor sich selbst noch nicht entschieden hat. So frei er seinen Weg sucht, so gebunden scheint er noch an seine Ausgangspunkte. Noch mehr gebunden ist der junge, sehr begabte *Berthold Goldschmidt*. Seine Ouvertüre zur Komödie der Irrungen ist aber so geschickt gemacht, daß man auf seine weiteren Werke gespannt sein darf. Von seltener Leichtigkeit, aber auch Unbeschwertheit ist *Hermann Ambrosius*. Sehr interessant ist er nicht, und sein Musikantentum bewegt sich gerade an der Grenze des Erträglichen, aber er ist ein Orchestertechniker und Temperament von außerordentlicher Gewandtheit.

In *Kurt Weills* Solokantate *Der neue Orpheus*, Text von Iwan Goll (Wien, Universaledition/ zieht beim Hören die kluge und klare Orchesterbehandlung immer wieder die Aufmerksamkeit auf sich. Die Klarheit Busonis und die Differenziertheiten Strawinskis hat auch Weill, er benutzt sie technisch, ordnet sie überlegten Prinzipien unter. Es ist kein Zweifel, daß er mit seinem in Grunde recht neutralen Orchester sehr viel Möglichkeiten hat. Von dem neutralen Boden aus wirkt jedes Detail äußerst charakteristisch, es ist das moderne Opernorchester. Es ist fraglich, ob wir ein Werk jüngster Richtung haben, dessen Orchester im Konzertsaal so viel für die Zukunft bedeutete wie Weills Orchester im Opernhaus. In *Krenek's* Werken wirkt das Orchester nur als unvollkommenes Mittel zum Zweck, und *Hindemith* stützt sich zu stark auf die Prinzipien der Kammermusik.

Zum Schluß sei auf die Revolutionsouvertüre *Heinz Tiessens* hingewiesen (Berlin, Ries & Erler/. Von allem Erwähnten ist sie orchesterteknisch das reifste Stück; der Komposition gegenüber wünschte man nur, daß die

imposant angelegte Doppelfuge zu noch breiterem Schluß durchgeführt wäre. Das Wesentliche ist die Gestaltung aus dem Orchester heraus, wie alles Gesagte gar nicht anders als aus dem Geist dieses Instruments entstehen kann. In diesem Sinn steht es ziemlich vereinzelt unter den jüngsten Werken.

Aus alledem geht hervor, daß wir im Konzertsaal ein Orchester nicht haben, dessen Klang für die moderne Musik so selbstverständlich wäre wie es das große Orchester der Vorkriegszeit für *Strauß*, *Pfitzner*, *Schreker* usw. war. Die neue Musik ist fast ganz vom Kammermusikalischen ausgegangen. Es versteht sich aber wohl von selbst, daß sie sich das Orchester ebenso erobern wird, wie sie ihren Geist auch schon in andere Teilgebiete der Musik getragen hat.

**Radio**      Anscheinend finden die Darbietungen des Rundfunks den Beifall der Mehrheit, denn überall sind die Zahlen der Rundfunkteilnehmer in beständigem Zunehmen begriffen. Diese Folgerung ist aber nicht zwingend. Denn die Freude am Technischen, das Interesse für die Möglichkeit überhaupt hören zu können, die sinkenden Preise für gute Empfangsgeräte und anderes vermehren die Anzahl der Hörer sicher auch beträchtlich. Wenige wohl haben sich allein darum einen Empfangsapparat angeschafft, um die Programme eines Senders verfolgen zu können. Im gegenwärtigen Stadium aus der wachsenden Zahl der Hörer einen unbedingten Erfolg für die Programme der Sender ableiten zu wollen scheint also nicht ohne große Einschränkungen richtig zu sein. Aus den Zuschriften, die die Sendegesellschaften aus dem Hörerkreis erhalten, kann man noch weniger folgern. Sie widersprechen einander sehr und sind sicher in dem Sinn unzuverlässig, daß die eifrigsten Schreiber durchaus nicht die Stimme einer Mehrheit (gar nicht zu denken, was für einer) wiederzugeben brauchen. Und die Presse? In Berlin ist es so, daß die anerkannte Musikkritik die Darbietungen der Funkstunde nicht bespricht, daß nur allgemeine Berichte gegeben werden, die selten fachkritischer Natur sind. Die junge Institution des Rundfunks hat es also noch sehr schwer. Anhaltspunkte aus der Stimmung der Hörer oder einer Fachpresse zu gewinnen ist fast unmöglich. Es bleibt den Sendegesellschaften einstweilen nur übrig sich zu einem persönlichen Standpunkt zu bekennen.

Die Sendegesellschaften sind im allgemeinen von der Absicht geleitet möglichst allen Schichten der Bevölkerung etwas bringen zu wollen. Sie übertragen Gottesdienste, religiöse Andachten ebenso wie Operetten und Revuen. Daraus folgt nun die ungeheure Quantität des Gebotenen. Es müßte aber auch weiterhin folgen, daß die Gebiete, mit denen sich die Darbietungen beschäftigen, im richtigen Verhältnis zum Interesse der Hörer stehen. Denn wenn man allen etwas geben will, ist man in erster Linie gehalten dem lebendigen, aktuellen Interesse gerecht zu werden. Von diesem Standpunkt aus wird der Musik im Rundfunk heute zu viel Platz eingeräumt, zumal auch die besten Radioaufführungen in der Mehrzahl der Fälle kein Ersatz für das unmittelbare Hören eines Werks im Opernhaus oder Konzertsaal sind. Der sehr musikalische Hörer wird ebenso wie der unmusikalische vieles im Radio nicht hören wollen. Für wen veranstaltet man diese unerhörte Fülle musikalischer Aufführungen?

Einschränkung der Musik würde noch andere wertvolle Folgen ohne weiteres zeitigen. Bei schwierigen Werken könnte man die Qualität in einem ganz andern Maß berücksichtigen als bisher. Qualität bedeutet hier nicht nur die Güte des Spiels der Interpreten sondern auch Qualität der Sendung. Es ist bekannt, wie ernsthaft auch nach dieser Seite zum Beispiel in der Berliner Funkstunde gearbeitet wird. Und doch würde man noch andere Resultate erzielen, könnte man jedes Werk genauer ausstudieren. Der Aufnahmeraum ist eben noch nicht so genau erforscht wie ein altes Opernhaus, und wenn man an die unvorhersehbaren günstigen oder ungünstigen Impponderabilien in der Stunde der eigentlichen Sendung denkt, dann kann man gar nicht genug tun, um ein Werk einzustudieren, will man es in seiner Eigenart richtig zu Gehör bringen. So müßte man, um nur ein Beispiel zu nennen, bei jedem Komponisten ernster Musik das Orchester völlig anders im Aufnahmeraum setzen. Was hier schon geschieht, ist immer noch zu wenig.

Vor allem aber hätte die Einschränkung der Musik auch den Vorteil, daß man möglichst nur Werke zu übertragen brauchte, die für die eigenartigen Verhältnisse geeignet sind. Gewiß ist es für die Leiter einer Sendegesellschaft eine große Genugtuung schwere Werke aufzuführen zu können. Bei aller Hochwertigkeit der Leistungen der Interpreten ist aber niemandem damit gedient, wenn

sie nicht voll zur Geltung kommen. So ist der Ring des Nibelungen völlig ungeeignet. Die massige Instrumentation, für die Wagner selbst sein verdecktes Orchester verlangte, erzeugt bei den durchschnittlichen Empfangsgeräten einen Schwall von Geräuschen, verwischt den wesentlichen Charakter der Einzelheiten wie der Gesamtheit. Bezeichnend für den Standpunkt der Sendegesellschaften ist, daß sie Streichungen bei diesen langen Werken unter den ähnlichen Gesichtspunkten vornehmen wie es Theaterkapellmeister täten, aber nicht in Hinsicht auf die akustischen Eigentümlichkeiten der Rundfunkübertragung.

Die Programme der Berliner Funkstunde charakterisieren den oben geschilderten Zustand. Die Aufführungen des Rings, die Beethovenwoche usw. sind unleugbar Taten, aber an falscher Stelle. Weniger könnte mehr sein und schüfe Platz, daß nicht an jedem Abend Kunst gemacht würde sondern Dinge besprochen werden könnten, die unser tägliches Leben wichtig berühren. Denn solche Themen muß man auch in den Abendstunden bringen, in denen jeder Berufstätige Zeit hat.

Was die Qualität der Darbietungen im einzelnen betrifft, so ist dreierlei zu unterscheiden: der Empfang, die Geeignetheit des Werkes und die Leistung des Interpreten.

Für den Empfang kann man die Sendegesellschaft nicht verantwortlich machen. Die Geeignetheit des Werkes muß man unter 2 Gesichtspunkten betrachten: akustisch und kulturell. Man kann musikalischen Menschen heute schon nur empfehlen sich ein Empfangsgerät anzuschaffen. Denn Kammermusik klingt oft ganz ausgezeichnet, ja so gut, daß man sie oft lieber allein im seinem Zimmer am Apparat als im Konzertsaal hört. Es würde zu weit führen auf all die Einzelheiten hier einzugehen, die beim Hören auffallen. Sie müssen aber berücksichtigt werden, wenn man endlich einmal beginnen wird eine eigene für das Radio instrumentierte Musik zu schreiben. Man spricht schon entsetzlich viel von Radiokunst. Die Kunst wird von selber kommen, wenn man handwerklich, technisch Geeignetes zu machen versucht. Das ist zweifellos notwendig; und man wird viel Interessantes dabei produzieren können. In kultureller Hinsicht erscheint das meiste dessen, was heute geboten wird, ungeeignet. Die Übertragung von Opern ist das auffallendste Problem. Man verlangt das Hörspiel, es existiert noch nicht. Eigentlich dürfte man Opern, die für die Bühne,

also auch fürs Auge, komponiert sind, überhaupt nicht aufführen; höchstens Fragmente. Es ist aber Tatsache, daß das Publikum am Hören seiner Lieblingsopern viel Freude hat. Man wird die Opern einrichten müssen. Das ist aber eine Aufgabe, die in ernster Arbeit nur jemand bewältigen kann, der die Technik der Komposition, Instrumentation usw. beherrscht, und der weiß, wie nurgehörte Musik auf Menschen wirkt. Das wird ein Regisseur beim schnellen Arrangement nie bewältigen. Hier könnte der Staat Aufträge erteilen. Ferner sind Werke, deren Geistigkeit hohe Konzentration vom Zuhörer verlangt, nur dann geeignet, wenn ihre Übertragung so einwandfrei ist wie die der Kammermusik im Durchschnitt. Ganz besonders ist dies bei ernstesten Werken der Fall. Darum ist meist heute die Aufführung froher Stücke für den Zuhörer erheblich wertvoller. Er konzentriert sich leichter und ist eher geneigt über Unebenheiten des Empfangs wegzusehen. Aus all dem hier und oben Gesagten scheint zum Beispiel die alte Spieloper, wenn sie gut arrangiert ist, besonders geeignet, ebenso die Haydn'sche Symphonie und auch die moderne Tanzmusik. Einen guten Tango gut zu empfangen ist keine Seltenheit, es ist fast ebenso häufig wie der unzureichende Empfang eines wertvollen ungeeigneten Orchesterstücks.

In der Auswahl der Interpreten sind die Sendegesellschaften im allgemeinen sehr vorsichtig. Auch hier stellt man fest, daß sich mancher berühmte Sänger gar nicht eignet, daß dagegen zarte Stimmen ausgezeichnet empfangen werden. Bedauerlich bei der Berliner Funkstunde ist, daß man selten, im letzten Winter überhaupt nicht, die Leitung von Orchesterkonzerten guten Konzertdirigenten anvertraut hat. Gerade der eigentliche Konzertdirigent ist für die akustischen Eigenschaften des Radios in den meisten Fällen wahrscheinlich eher geeignet als der Operkapellmeister.

Die Zusammensetzung der Programme beweist manches in den vorhergehenden Ausführungen. Die Anzahl der Veranstaltungen, der Wunsch vieles zu bringen verführt zu historischen Zyklen: 200 Jahre Orchestermusik, Die Sonate usw. Dabei kann man natürlich den Ring nicht auslassen. Die Reichhaltigkeit muß an sich anerkannt werden, auch der Wunsch stilistisch nicht einseitig zu sein. Aber immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß Quantität nach all den angedeuteten Richtungen die Qualität schädigt.

Und noch eins: Der Rundfunk ist kein Erziehungsinstitut. Ob er sich an die große Menge wendet oder an die kleinere Schar derer, die für die schöne Wiedergabe eines Quartetts dankbar sind, er soll nur Gutes geben, ohne "Absichten" zu verfolgen, er soll unterhalten (es braucht nicht immer "Amüsemang" zu sein), Probleme erörtern, Altes und Neues mitteilen, von Politik, von Forschungen, von Regen und Sonnenschein sprechen. Aber er soll uns nicht erziehen wollen. Sonst schalten wir uns einfach aus.

**Totalista** Am 25. November 1926 starb in München *Fritz Cassirer*, 56 Jahre alt. Er war lange Zeit Kapellmeister, so von 1905 bis 1907 an der Komischen Oper in Berlin. Später lebte er seinen philosophischen Studien und vornehmlich seinem Werk Beethoven und die Gestalt, das 1925 in der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erschien.

Am 30. Januar 1927 starb in Berlin *Friedrich E. Koch*, 64 Jahre alt. Seine Oratorien *Die deutsche Tanne*, *Die Sündflut*, *Von den Tageszeiten* sind viel aufgeführt worden. Mit seinen Opern hatte er keinen rechten Erfolg. Koch war auch Lehrer und Vorstand der Theorie- und Kompositionsabteilung an der Berliner Hochschule für Musik.

Am 19. Februar starb in Wien bei einem Spaziergang auf der Straße *Robert Fuchs*, wenige Tage nachdem man dort seinen 80. Geburtstag gefeiert hatte. Im Alter von 27 Jahren wurde er durch eine B-Dur-Serenade berühmt. Er hat über 100 Werke geschrieben: Kammermusik, geistliche Musik, Opern, die viel aufgeführt worden sind. Hugo Wolf, Franz Schreker und Alexander Zemlinski gehörten zu seinen Schülern.

Ende Februar starb in Kopenhagen der Schöpfer der isländischen Nationalhymne *Sveinbjörn Sveinbjörnson*, im Alter von 79 Jahren. Er war der einzige namhafte Komponist Islands. Der Tod überfiel den Künstler, als er am Flügel saß.

Auf ihrem Gut Schmölen bei Wurzen starb Anfang März, in ihrem 81. Lebensjahr, Maria Lipsius, als Schriftstellerin unter dem Namen *La Mara* bekannt. Sie hat den Briefwechsel Liszts herausgegeben, auch Briefe Berlioz'. Einen großen Leserkreis fanden ihre 5 Bände *Musikalische Studienköpfe* /Leipzig, Breitkopf & Härtel/; sie verstand es anregend zu schreiben und doch immer zuverlässig zu sein. Vor 10 Jahren erschienen ihre Autobiographie *Durch Musik und Leben im Dienste des Ideals*.

**Kurze Chronik** Zum Beginn der *Beethovenfeier* in Paris wurde zum erstenmal die *Missa Solemnis* in einer Kirche aufgeführt, und zwar im Rahmen einer Messe in Notre Dame. Gabriel Piernès leitete, Charles Widor spielte die Orgel. Paul Block berichtete am 18. März im Berliner Tageblatt, ein gelehrter Kenner habe ihm gesagt, daß der liturgische Charakter der *Missa Solemnis* hier zum erstenmal »in rechter Art und am rechten Ort« zur Geltung gekommen sei. »Alles war würdig und edel, aber das Schönste war das Bild des gewaltigen Domes, von 6000 andächtigen Menschen mit schweigender Inbrunst erfüllt, still und glühend durchleuchtet von dem Sonnenschein eines Frühlingstages im Farbenspiel der gemalten Fenster.« ◊ zum erstenmal wurde jetzt der *Beethovenpreis* vergeben, der alljährlich einem ältern und einem jüngern Künstler zufallen soll. Die Preisträger sind Gerhard von Keußler und Kurt Thomas. Thomas, der am Anfang der zwanziger Jahre steht, wurde zuerst auf dem Tonkünstlerfest des Allgemeinen Deutschen Musikvereins in Kiel bekannt, wo seine A-Moll-Messe aufgeführt wurde; er war Schüler des Leipziger Konservatoriums und hat nun dort eine Professur erhalten. Keußler ist Balte und steht im 52. Lebensjahr; sein Oratorium *Jesus von Nazareth* wurde auch in Berlin in der Singakademie wiederholt aufgeführt. ◊ Die Amsterdamer Polizei beschlagnahmte einen großen Posten deutscher und französischer Musikstücke, die nicht von den deutschen respektive französischen Verlegern bezogen worden waren sondern unter Umgehung des *Urheberrechts* und der Berner Konvention in Holland nachgedruckt und zu bedeutend niedrigeren Preisen verkauft worden waren. Gegen mehrere Amsterdamer Musikalienhändler ist ein Strafverfahren eingeleitet worden. ◊ Wegen wiederholter Unruhen, die bei der Aufführung des *Wozzek* in Prag entstanden, ist die weitere Aufführung dieser Oper im Tschechischen Nationaltheater verboten worden. ◊ Zur Ausarbeitung der Richtlinien für die Gründung der *Internationalen Zentralstelle für Musikberufe* (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 159) wurde ein Ausschuß gebildet, dem auch der Direktor der Wiener Musikhochschule Josef Marx und der Ministerialrat Karl Kobald angehören. Außerdem wurden noch 5 Ausschüsse zur Beratung der Richtlinien für die einzelnen in Betracht kommenden Berufsgruppen eingerichtet. ◊

Ende März tagte in Wien ein *Internationaler Musikhistorischer Kongreß*. Er stand unter dem Zeichen der *Beethovenfeier*. Guido Adler sprach über die Bedeutung des Wiener Beethovenfestes. Romain Rolland hob das Sinnliche im Werk Beethovens hervor, überbrachte die Huldigung all der unbekanntem Schüler, die sich zu ihm als dem leuchtenden Symbol der Versöhnung Europas, der Verbrüderung der Menschheit bekennen. ◊ Von der Sektion für Musik an der *Preußischen Akademie der Künste* wurden Arnold Schönberg, Paul Hindemith und Leos Janacek als neue Mitglieder gewählt. ◊ An die Berliner Hochschule für Musik wurde *Paul Hindemith* als Lehrer der Komposition berufen. ◊ In gleicher Eigenschaft geht *Philipp Jarnach* nach Köln.

#### Literatur

Ein ausgezeichnetes Buch erschien im Delphinverlag in München: *Jazz*, eine musikalische Zeitfrage von *Paul Bernhard*. Die Offenheit des Autors stellt die wesentlichen Fragen, die uns schon lange am Herzen liegen, und zu denen so selten unbefangene Stellung genommen wird, weil die meisten Menschen Angst haben an die Grundlagen ihrer Erziehung zu rühren. Es hat keinen Sinn auf Einzelheiten referierend hier einzugehen, denn sie sind auch im Buch nicht das Wichtigste. Man muß sich mit diesen 100 Seiten selbst beschäftigen, darum sei die Lektüre ernsthaft empfohlen. ◊ Dieses Buch mit seinem frischen Sinn für unsere Zeit, mit dem Glauben an Zukünftiges erlöst auch von der Lektüre der vielen *Beethovenbücher*. Gewiß hatte es seinen Grund, daß an Beethovens 100. Todestag Menschen aller Länder und Gesinnungen sich in seinem Namen die Hand gaben. Aber die Ausnutzung dieses Jubiläums war beschämend. Bilder, Büsten, Bücher und Noten wurden in einer Quantität und Qualität angepriesen, die erschauern ließ. Der Titan von Ottokar Janetschek /Wien, Amaltheaverlag/ und Beethovens unsterbliche Geliebte von Joseph August Lux /Berlin, Richard Bong/ sind 2 *Beethovenromane*, die jeden gefühlvollen Menschen "richtiggehend" rühren können. Man ersieht aus ihnen wieder so recht, wie traurig, aber schön das Leben ist: wie es auch Hedwig Courths-Mahler oft geschildert hat. ◊ Doch gibt es auch eine andere Art sich mit großen Geistern zu beschäftigen. Vor längerer Zeit schon erschienen 2 *Mozartbücher* auf die hingewiesen sei, weil sie inter-

essant und prägnant geschrieben sind, ohne die Pose tiefgründigster Gelehrsamkeit, doch mit großer Kenntnis und Sachlichkeit. Das eine schrieb Hans Mersmann (Mozart, ein Kapitel aus der Kulturgeschichte der Musik in Einzeldarstellungen /Berlin, Julius Bard/), das andere Edward J. Dent (Mozarts Opern /Berlin, Erich Reiß/). Dents Buch ist nicht etwa eine trockene Analyse sondern ein Gespräch über die Oper überhaupt, gestützt auf Mozarts Werke. Mersmanns Arbeit ist im einzelnen etwas musikwissenschaftlicher, bleibt aber stets für den Musikfreund verständlich und erreicht nicht nur sein Ziel: die Analyse des Menschen und seines Werks zu geben, sondern schafft auch ein klares, kulturhistorisch fein und klug gesehenes Bild. ◊ Vor einigen Jahren erschien Franz Werfels »Roman der Opera« *Verdi* (Wien, Paul Zsolnay/), jenes wundervolle Buch, das nicht nur dem Künstler und Menschen Verdi dient sondern selbst als Dichtung außerordentlichen Wert hat (und auch als Werk der Gesinnung: man lese nur das Kapitel von Monteverdi). Jetzt gab Werfel Verdis Briefe, übersetzt von Paul Stefan, heraus (Wien, Paul Zsolnay/). Daß in diesen Briefen kluge und interessante Sätze stehen, wird niemanden verwundern. Was aber immer wieder tief berührt, ist die Schlichtheit, ist die sachliche Ehrlichkeit, mit der alles gesagt ist. »Ich will klipp und klar aussprechen, daß ich meine Musik, ob sie nun schön oder häßlich ist, nicht einfach hinschreibe, sondern daß ich immer bemüht bin ihr einen Charakter zu geben.« So ruhig spricht der Mann, der in seiner Kunst zu den temperamentvollsten von allen gehört. Diese Würde der Einfachheit erleichtert es teilzunehmen. Wer die Briefe liest, wird Verdis vertrauter Freund. ◊ Oskar von Riesemann bearbeitete für deutsche Leser *Leonid Sabanejew's* Geschichte der russischen Musik /Leipzig, Breitkopf & Härtel/. In mancher Beziehung ist das Buch wohl tendenziös, daher sind viele Urteile mit Vorsicht aufzunehmen. Der Hauptwert der Veröffentlichung liegt in der Übersichtlichkeit und Kürze und in der wahrhaft historischen Orientierung des Autors. Mögen die Urteile oft einseitig sein, sie sind stets charakterisierend. In seiner Art ist es außerdem das einzige Werk, das deutschen Lesern leicht nähere Kenntnis der russischen Musikgeschichte ermöglicht. Es ist zwar so nüchtern, daß man es nicht lesen sondern nur in ihm lesen kann. Wie Riesemann in sei-

nem Vorwort bemerkt: Es ist lehrreich. Aus diesem Grund muß es in Anbetracht des bei uns zu wenig bekannten Stoffs empfohlen werden. ◊ Zum Schluß seien kurz 3 Büchlein angezeigt, die in der Reihe der von Adolf Spemann und Hugo Holle herausgegebenen *Musikalischen Volksbücher* erschienen sind (Stuttgart, J. Engelhorn's Nachfolger/): Pater Dominikus Johner Der gregorianische Choral, Walter Harburger Form und Ausdrucksmittel in der Musik und Hermann Unger Musiktheoretische Laienbibel. Sie sind sehr zu empfehlen, besonders die beiden erstgenannten. Für den Fachmusiker ist es schwer zu beurteilen, ob Ungers Laienbibel einen Interessentenkreis hat. Ich habe die Empfindung, daß der, der sich überhaupt mit diesen theoretischen Fragen beschäftigen will, sie nicht so populär erörtern möchte. Es handelt sich doch meist um fachlich-sachliche Dinge, die für den Laien überflüssig, für den Musiker, sei er auch Dilettant, in dieser Form zu wenig sind. Es ist ein Büchlein für Neugierige, aber es ist durchaus nicht schlecht. Fast zu schwer als Volksbuch ist dagegen Harburgers Buch, ein kluges Werk, das alle lesen mögen, die philosophisches Interesse für Material und Funktionen der Musik haben. Auch Johner verlangt vom Leser Arbeit an einem uns nicht sehr nahestehenden Stoff. Aber er gibt keine vergebeltzte Spezialistenarbeit sondern eine fesselnde historische Abhandlung über mittelalterliche Kirchenmusik.

### Bewegungskunst / Lisbeth Stern

#### Marionetten

Im Herbst 1926 war Vittorio Podrecca mit seinem Teatro dei Piccoli (Theater künstlicher Menschen wurde es deutsch umbenannt) in Berlin, und man nahm seine Vorführungen mit Entzücken und Freude entgegen. Sein Theater ist lange nicht so auf dekorative Wirkung gestellt wie die Münchener Puppentheater, bei denen die Szenerie das Eindrucksvollste blieb. Podrecca legt alles Gewicht auf Nuancierung der Bewegungen. Seine Hauptfiguren sind an 12 Drähten aufgehängt und verlangen geschulte und geschickte Führung. Hinter dem allen steht eben ein komplizierter und sehr intelligenter Apparat. Die Illusion, die erreicht wird, ist dafür aber auch nahezu vollendet. Was die Wirkung seiner Marionetten in erster Reihe ausmacht, wird wohl die komische und sehr witzige Divergenz sein:

auf der einen Seite die zwingende Vorstellung lebendige Wesen zu sehen, und auf der andern Seite diese kleinen Wesen alle unmöglichen Kunststücke mit Leichtigkeit machen zu lassen. Geradezu ausschweifend ist das Bereich ihres Könnens, und sie geben sich auch den äußersten Extravaganzen hemmungslos hin. Da ist eine Josephine Baker, die in Riesensprüngen die Bühne hin- und herüberfliegt, wie in übertriebener Lust an diesem sinnlosen Können. Das ist natürlich von einer ganz rasenden Komik. Übrigens sind die Figuren wunderbar musikalisch geführt. Wohl nur selten wird es in einer wirklichen Opernaufführung erreicht, daß die Musik so ganz und gar mit den Bewegungen der Spieler zusammengeht wie hier. Es war eine eigenartige Verschmelzung. Aber trotz dieser unleugbaren Vollkommenheit läßt sich diese Art Opernaufführung sicher nicht verallgemeinern. Über die Reize einer sehr entzückenden Kammerkunst käme sie nicht hinüber, und schließlich ist man nach all den Delikatessen fast ein wenig erfreut wieder hinaus auf die Straße gegangen.

Man fragt sich: Können das die Marionetten gewesen sein, von denen Kleist mit so viel Verehrung spricht? Das ist wohl ausgeschlossen. Die Beschreibung ist bei ihm auch nicht mißzuverstehen, daß es sich da um Puppen handelte, die nur in einem Punkt, offenbar dicht über dem Schwerpunkt, aufgehängt sind, also ähnlich primitiv wie die Puppen vom Kölner Hänneschetheater, das neulich auch in Berlin gezeigt wurde, nur mit dem Unterschied, daß die nicht aufgehängt sondern von unten geführt wurden. Beide sind jedenfalls in einem Punkt fixiert, und erst durch die Hin- und Herbewegungen dieses Punkts kommen auch die Glieder in Schwung. Von irgendwelchen Tendierungen auf eine Wirklichkeitsillusion kann da natürlich keine Rede sein. Kleist sagt in seiner Schrift über das Marionettentheater: »Denn Ziererei erscheint . . ., wenn sich die Seele (vis motrix) in irgendeinem andern Punkte befindet als in dem Schwerpunkt der Bewegung. Da der Maschinist nun schlechthin vermittelst des Drahtes oder Fadens keinen andern Punkt in seiner Gewalt hat als diesen, so sind alle übrigen Glieder, was sie sein sollen, tot, reine Pendel, und folgen dem bloßen Gesetz der Schwere; eine vortreffliche Eigenschaft, die man vergebens bei dem größten Teil unserer Tänzer sucht.« Kleist legt also das ganze Gewicht darauf, daß die Glieder

sich nicht einzeln zu bewegen haben, daß vielmehr das ganze Gefüge der Glieder so eng zusammenhängt, daß, wenn an einem Glied etwas geschieht, die anderen schon von selber Anteil daran nehmen. Ferner, daß der Impuls für eine jede Bewegung nicht hier und da, in dem oder jenem Glied ansetzen darf, sondern daß er immer von einem innern Punkt ausgehen muß. Kleist nennt nun diesen Punkt den Schwerpunkt, und das ist es, was nicht ausreichend und auch nicht einmal ganz klar scheint. Bei Menschen und auch wohl bei allen Lebewesen ist dieser Schwerpunkt statisch doch verquickt mit Nerveninnervationen, mit elastischen Bändern und wohl noch mit vielem andern mehr. Mit dem einfachen Pendelschwung der Glieder kommt man nicht aus. Was aber wesentlich ist an der Kleistschen Forderung: daß sich der Körper immer nur als ein Ganzes, von innen heraus bewegen soll, ist Gemeingut geworden und hat alle die verschiedenen Theorien über Gymnastik und Tanz bestimmt. Bess M. Mensendieck hatte an die Stelle dieses Schwerpunkts ihre »Zentrale« gesetzt, von der aus alle Bewegungen in Gang kommen sollten. Diese Zentrale soll straff gehalten werden, mit anderen Worten wohl: sie soll so fixiert sein wie oben der Schwerpunkt von den Marionetten fixiert werden sollte, so daß die Extremitäten in einem labilen Gleichgewicht hängen und auf jeden leisen Anreiz reagieren können. Anatomisch soll dieser Zentralenbegriff eine reine Fiktion sein, trotzdem ist er auf diesem Gebiet entschieden fruchtbar gewesen. Und das nur, weil er eben den Zusammenhang der Glieder mit dem Innern des Körpers als Vorbedingung für jede gute Bewegung setzte. Dieser Zusammenhang wird offenbar erst durch teilhafte Einstellungen unterbrochen, die dieses oder jenes Glied einzeln bewegen können. Diesen einzeln bewegten Gliedern, so direkt in ihrer Richtung, fehlt aber jede Zartheit und auch jede Größe. Die Zwischenschaltung von Hebeln, wie sie eine Bewegung von innen aus bedingt, scheint dabei durchaus wichtig zu sein. Die mannigfachen Widerstände der Hebel geben der Bewegung etwas, als ginge sie von sich aus ihren eigenen Weg, der, von einem innern Quell her, gleichsam erst an der Oberfläche zur eigentlichen Bewegung wird. Die Anzahl der Zwischenhebel scheint in der Tat für die Schönheit der Bewegung viel auszu-machen. Aber sie kann wohl kaum der



einzig, auch nicht einmal der Hauptgrund der Schönheit sein. Eine gute Gewichtsverteilung im Körper ist sehr viel, sie kann gewiß auch schön sein, aber die ganze Tiefe der Schönheit kann sie sicher nicht ausmessen. Was ist der Grund, daß gerade Bewegungen uns oft so ganz im Innern packen können? Daß sie in uns immer ein Entgegenkommen, eine Antwort auslösen? Diese ganz inneren, primären Erschütterungen haben vielleicht ihren Grund in einfachen Lebensvorgängen in uns, die man sich als das eigentlich Verbindende überhaupt denken kann. Man lese einmal in einem Biologiebuch von den Bewegungen der kleinsten Lebewesen, wie sie, wenn sie sich in Abwehrlage fühlen, sich zu einem Knäuel zusammenziehen, mit gestraffter Oberhaut, und, wenn sie sich wohl fühlen, sich ausdehnen und eine Art Hörner zum Aufnehmen von Nahrung ausschießen, wie es ständig in ihnen pulsiert, bei Steigerung von Außenreizen in erhöhtem Maß; all diese Entgegenschwellen und das Verschließen, das Ausruhen oder sich Öffnen sind doch die selben Dinge, die auch unsern sehr komplizierten Organismus in Bewegung halten. Erst, wenn man sich unsere Bewegungen so verknüpft denkt mit selbständig wirkenden Lebensregungen, kann man verstehen, daß uns zum Beispiel die Bewegungen eines kleinen Kindes oft so rühren können. Und wenn Kleist von der Schönheit jenes Knaben spricht, so war es wohl der ruhige Fluß gerade dieser Kräfte, der ihn schön machte, bis Bewußtheit dieses Wirken wieder störte. Ein Crescendo unserer Seele ist ein Überquellen innerer Säfte, das dann sich weiter trägt bis in die Glieder und sie bewegen läßt. Dieses Pulsieren der Säfte, das hinüber und herüber geht, von einem zum andern, stellt uns erst wirklich so in die Welt, daß wir in ihr mit Haut und Haar verwirkt sind. Die Sonne, die Verslossenheit des bedeckten Himmels, die Erregtheit des Abends, die jungmachende Kraft der Liebe und die Verknüpfung mit unserergleichen, auch die Liebe zum Leben: das sind alles Dinge, die Pflanzen, Tiere und Menschen vollkommen gleich fühlen.

**Kollektivkunst** Der Ausgang des Winters brachte uns in Berlin 2 Inszenierungen, die das Theater in einem neuen Licht erscheinen lassen. Die Regie war hier so weit selbstständig, daß sie ihre ganz eigenen kompositorischen Ideen verfolgen konn-

te. Es ist da eine Art Kollektivkunst im Entstehen, die vielleicht die Leistung der einzelnen in einem gewissen Sinn herabdrücken mag. Aber in diesem Herabdrücken kann entschieden etwas sehr Gesundes liegen. Es verlangt eine Anpassung von den Mitwirkenden an etwas, das erst durch die Gemeinsamkeit sein Leben bekommt und damit vielleicht ein Leben von einem sehr besondern Wert. Diese beiden Aufführungen waren beide so lebendig und so spontan in der Wirkung wie nur je die Leistung eines einzelnen. Die eine brachte Kurt Weills Oper *Royal Palace* in der Staatsoper am Platz der Republik (wie die ehemalige Krollische Oper jetzt heißt), die andere ein Drama *Gewitter über Gottland* von Ehm Welk in der Volksbühne am Bülowplatz.

Die Weillsche Musik mag durchaus nicht eine szenische Behandlung in der Art, wie Franz Ludwig Hörth sie ihr mitgab, verlangt haben; es scheint vielmehr, als ob sie sich von selbst gar nicht nach dem so ausgeweiteten Theatralisch-Szenarischen hin öffnete. Trotzdem war die Wirkung des Ganzen grandios. Eine ständige Bewegung in der Dekoration, die Personen im modernen Kostüm, Kellner und Hotelboys und all diese ganz gewohnten Wirklichkeiten wurden in einen Strudel von Phantasie hineingerissen, der sich schließlich in die geistigste antiromantische Romantik ausströmte. Alles stürzte in sich selbst, wie im Film die Straßen der Welthauptstadt, vom Aeroplan aus gestaltet, um stets ein Neues zu werden. Die zentripetal kreisenden Sterne und dann den Hintergrund mit den sich um einander bewegenden geometrischen Gebilden vergißt man nicht.

Auf einem ganz andern Boden stand Erwin Piscator, viel gegenwärtiger. Von dem Welkschen Stück ging sicherlich keine Wirkung aus sondern ausschließlich von der Inszenierung. Der Streit um sie in der Öffentlichkeit, der beide Seiten bloßstellte, da ihre Vertreter durchweg an der Sache trostlos vorbeiredeten, bleibe hier außer Betracht. Hier muß man nur feststellen: Die Regie Piscators sprach eine Sprache, die jeder verstand. Große Buchstaben beim erklärenden Text, große Filmbilder dazwischen und große Silhouetten. Die Propagandakraft des Films ist enorm; als Schlag auf Schlag sich die Bilder der verschiedenen Revolutionen an einander reihten, und zum Schluß die chinesische kam, begann ein Beifall, so unmittelbar wie man ihn selten hört.

Aus der selben Wurzel ziehen auch die guten russischen Filme ihre Kraft. Eisensteins Film *Die Mutter*, nach dem Gorkijschen Roman, ist in der Handlung nicht so einfach und eindeutig wie es sein Potemkinfilm war, auch endete er nicht mit dem selben freudigen Zutrauen auf die Zukunft. Aber die Aufnahmen waren wieder herrlich. Wieder die Ausschnitte so gefaßt, daß nur ganz wenig darauf ist, dieses Wenige aber mit Wucht und Größe. Das sind Bilder, die durch ihre Bedeutung tiefer in uns sitzen als nur Gesehenes.

**Totalliste** Am 30. Januar erlag der langjährige Ballettmeister der Berliner Staatsoper *Alexander Hoffmann* in seinem 70. Lebensjahr einem Schlaganfall. Er gehörte seit 60 Jahren dem Ballett des Berliner Opernhauses an.

Im April starb in München *Ludwig Burmester*, im Alter von 87 Jahren. Er war bis 1912 Professor der darstellenden Geometrie und Kinematik an der Münchener Technischen Hochschule. In den letzten Jahren widmete er seine wissenschaftliche Tätigkeit vornehmlich der Kinematographie. Ihm ist das grundlegende Werk über Kinematik zu verdanken. Große Verdienste erwarb er sich um die Deutsche Filmschule in München, namentlich um deren Kinotechnische Abteilung, die er errichten half.

**Kurze Chronik** Der 1. *Internationale Filmkongreß* im Herbst 1926 (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 733) hatte eine Kommission zur Vorbereitung weiterer Arbeiten gewählt, und zwar unter dem Vorsitz des deutschen Delegierten Bausback. Besonders auf Wunsch von französischer Seite berief Bausback Mitte Januar 1927 eine neue Tagung nach Paris ein, die über 3 Punkte: die Durchführung der Beschlüsse des 1. Kongresses, die Vorbereitung eines neuen Kongresses in Berlin und die Schaffung einer internationalen Organisation beriet. Es wurden ein Exekutivkomitee und verschiedene Unterkommissionen für die weitere internationale Arbeit gebildet. Sitz des Exekutivkomitees soll Paris, seiner Statistischen Abteilung Berlin sein. Das Sekretariat des Exekutivkomitees, das sich vor allem der Propaganda und kulturellen Fragen widmen wird, wird dem Völkerbundsinstitut für geistige Zusammenarbeit angegliedert. ◊ Ein neues *Tanzdrama*: *Bathyllus*, von Fritz Fleck, wurde Ende März unter der Leitung des

Generalintendanten Rémond im Kölner Opernhaus aufgeführt. Im Mittelpunkt der Handlung steht Agrippa, der Gründer Kölns, der aus Eifersucht dem Tänzer Bathyllus durch einen Mittänzer Gift einflößen läßt. Fleck hat bereits früher ein Tanzdrama, *Aischa*, komponiert. ◊ Der Ortsausschuß für Jugendpflege in Berlin-Schöneberg ließ im Februar von Knaben und Mädchen *mittelalterliche Bauerntänze* mit volksliedartiger Begleitung vorführen, die Willi Trumpler einstudiert hatte. Ein kurzer Vortrag erläuterte Wesen und Sinn dieser Vorführung. ◊ Werner Suhr gab in der Urania in Berlin einen kritischen Querschnitt durch die heutige *Körperkulturbewegung* und erörterte Entwicklung und Formen der gymnastischen und künstlerischen Tänze, indem er einzelne Systeme und führende Tänzer und Tänzerinnen, wie Wigman, Gert und Laban, charakterisierte. Er empfahl vor Entscheidung für ein bestimmtes System ärztlichen Rat einzuholen.

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

**Aktive Kohle** Die Eigenschaft verschiedener Kohlsorten gelöste feste Stoffe, zum Beispiel Farbstoffe, aber auch Dämpfe und Gase, zu absorbieren, ist seit langer Zeit bekannt und wird in der Industrie auch verwertet. So benutzt man in der Zuckerindustrie Knochenkohle, um den Säften Farbstoffe sowie Kalium- und Kalziumsalze zu entziehen. Blutkohle entfärbt noch stärker als Knochenkohle. Auch Holzkohle besitzt ein ausgesprochenes Adsorptionsvermögen; sie wurde technisch bisher aber noch nicht nennenswert hierfür benutzt, da ihre Aufnahmefähigkeit relativ gering ist. Erst während des Krieges erlangte sie, durch besondere Verfahren aktiviert, eine hohe Bedeutung, indem sie, in den Gasmasken verwandt, die Atemluft von schädlichen Gasen und Dämpfen befreite. Seitdem wird die aktive Kohle in beträchtlichem Umfang technisch verwertet. Die Aktivierung geschieht dadurch, daß mit Zinkchlorid getränktes Holz bei etwa 500° bis 700° verkohlt wird; nach einem andern Verfahren geschieht sie durch gespannten Wasserdampf bei 900° bis 1000°. Den Wert der aktiven Kohle bestimmt ihre Adsorptionskapazität, die durch die Stoffmenge gekennzeichnet wird, mit der sich die Kohle bei einer bestimmten Temperatur zu beladen ver-

mag. Diese Kapazität ist für verschiedene Stoffe, wie Benzol, Benzin, Gasolin, Alkohol, Äther, Schwefelkohlenstoff usw., sehr verschieden, meist aber immer größer als das Lösungsvermögen bestimmter Flüssigkeiten, die zum Auswaschen von Benzol, Benzin usw. hauptsächlich verwandt werden. Besonders bemerkenswert hierbei ist es, daß das Adsorptionsvermögen der aktiven Kohle auch bei sehr starken Verdünnungen noch wirksam wird, wo die flüssigen Lösungsmittel nahezu versagen. So belädt sich aktive Kohle bei 20° mit 30 % Gewichtsteilen Benzol, wenn von ihm auch nur 15 Gramm in einem Kubikmeter Gas enthalten sind, während Paraffinöl der gleichen Temperatur nur etwa 1 % aus dem gleichen Gas auszuwaschen vermag. Aus diesem Grund ist die aktive Kohle auf dem Weg die älteren Wasch- und Reinigungsverfahren zu verdrängen, zumal auch die anzuwendende Apparatur sehr einfach ist, und die Reaktivierung der Kohle keine Schwierigkeiten bereitet.

Im Prinzip besteht ein Adsorptionsapparat aus einem 3teiligen Gefäß, dessen oberster Teil mit der aktiven Kohle beschickt wird, und durch das das zu reinigende Gas bei möglichst niedriger Temperatur hindurchgeleitet wird. Hat die Kohle sich vollständig mit den zu adsorbierenden Stoffen beladen, so wird der Gasstrom abgestellt respektive auf einen 2. Apparat umgestellt, während das Adsorptionsgefäß des 1. Apparats unter Wasserdampfdruck gesetzt wird, wobei das oberste Gefäß mit dem darunter befindlichen in Verbindung gebracht wird. Bei genügender Kühlung kondensiert hier der Wasserdampf sowie das mitgerissene Adsorbat, etwa Benzol, und in dem untersten, 3. Gefäß scheiden sich die Flüssigkeiten nach ihrem spezifischen Gewicht und können getrennt abgezogen werden. Die ausgedämpfte aktive Kohle im obersten Gefäß wird sodann durch durchströmende heiße Luft oder durchgeführtes Gas wieder getrocknet und kann, gekühlt, sofort wieder für eine neue Adsorption benutzt werden. Um kontinuierlich arbeiten zu können, muß natürlich jede Anlage eine größere Zahl von Adsorptionsgefäßen aufweisen, die nach einander in Betrieb genommen werden.

Eine große Anlage nach diesem System ist von der Carounion in Rumänien errichtet worden, um das gewonnene Erdgas von dem mitgeführten Leuchtbenzin zu befreien. Die Anlage, die aus 6 Adsorbieren besteht, von denen jeweils

3 adsorbieren, während die 3 anderen ausgedämpft, getrocknet und gekühlt werden, entzieht täglich rund 20000 Kilo Gasolin dem Gas. Die reinen Betriebskosten für 1000 Kilogramm Benzin betragen etwa 31 bis 55 Mark, sind also im Vergleich zu dem Verkaufswert des Produkts von 250 bis 300 Mark gering.

**Fernheizung** Bei der Einzelheizung von Wohnungen wird in unwirtschaftlichster Weise Kohle verschwendet, außerdem sind diese Einzelheizungen in erster Linie für die Rauch- und Rußplage und damit auch für die Bildung von Nebeln verantwortlich zu machen. Demgegenüber sind die Zentralheizanlagen ganzer Gebäude schon ein beträchtlicher Fortschritt. Eine vollkommene Ausnutzung des Wärmeinhalts des Brennstoffs findet aber erst dann statt, wenn der Abdampf industrieller Dampfmaschinenanlagen zu Heizzwecken herangezogen werden kann, wenn also von einer solchen Anlage ein ganzer Gebäudekomplex oder ganze Straßenzüge mit Abdampf zu Heizzwecken versorgt werden. Unter diesem Gesichtspunkt entstanden in Barmen, Braunschweig, Charlottenburg, Hamburg, Kiel, Leipzig, Schwerin sogenannte Städteheizanlagen, die recht beachtenswerte Resultate erzielten. Eines der ersten deutschen Fernheizwerke, das in Dresden, entstand in dem ausgedehnten Museumskomplex hauptsächlich im Interesse der Feuersicherheit. In Amerika entstand schon im Jahr 1878, in Lockport, die erste Städteheizanlage. Mit der Ausbreitung der zentralen Elektrizitätsversorgung in den Vereinigten Staaten, wobei große Mengen Abdampfs frei wurden, gewann der Gedanke der Städteheizung seit etwa 30 Jahren immer mehr an Boden. Die Rentabilität der Elektrizitätswerke stieg hierbei allerdings nicht, denn die Wärme wurde zunächst zu einem sehr niedrigen Pauschalpreis abgegeben, der sogar die Wirtschaftlichkeit der Elektrizitätswerke beeinträchtigte, weil mit der Ausdehnung der Fernheizwerke infolge des steigenden Gegendrucks in den Dampfleitungen der Wirkungsgrad der Maschinen sank. Trotzdem konnten die Elektrizitätswerke in vielen Fällen die Dampfabgabe nicht entbehren, weil in den Geschäftsstadtvierteln die Lieferung der elektrischen Energie nur dann der Elektrizitätszentrale übertragen wurde, wenn gleichzeitig auch Wärme geliefert wurde, da andernfalls die Einrichtung eigener Zentralen für elektrische Energie und Wär-

me gelohnt hätte. Von der Lieferung der Wärme zur Pauschaltarifen ging man ab, als die Meßgeräte zur Bestimmung des Wärmeverbrauchs praktisch brauchbar wurden. Nunmehr brachte auch die Wärmelieferung Gewinn. Zurzeit sind in den Vereinigten Staaten rund 200 Fernheizwerke im Betrieb, von denen 80 % mit Frischdampf, die übrigen mit Warmwasser versorgt werden. Alle Warmwasserheizungen arbeiten mit Abdampfverwertung. Die Heizdauer beträgt 250 bis 260 Tage im Jahr, ist also größer als in Deutschland. Bei guter Wärmeisolierung entstehen etwa 15 % Verluste; der thermische Wirkungsgrad beträgt im Mittel bei 43 größeren Werken 54,8 %. Er ist zwar nicht besser als in Einzelheizanlagen. Doch ist der Preis der gelieferten Wärme geringer als der selbsterzeugten, weil die Kosten für Löhne, Reparaturen und Kohlen um so geringer sind, je größer die Anlage ist. Der Preis von 1 Tonne Dampf verhält sich zu dem 1 Tonne Kohle wie 1 : 2,7 (in Deutschland 1 : 3).

#### **Wasserkraftwerke**

Mit dem Bau des lange geplanten Wasserkraftwerks bei Cardano in *Italien* wurde nunmehr begonnen. Seine jährliche Erzeugung wird 500 Millionen Kilowattstunden betragen. Es soll die Stromversorgung der Provinzen Piemont, Lombardei und Venetien übernehmen und für die Brennerbahn Strom liefern. Eine norwegische Gesellschaft will die großen Wasserfälle in *Südtland* zur Erzeugung von Energie verwerten. Sie hat für ihr Vorhaben bereits die Genehmigung der isländischen Regierung erhalten und will bald beginnen. Am Susquehanna in den *Vereinigten Staaten von Amerika* beginnt man jetzt ein Wasserkraftwerk zu bauen, das nach seiner Fertigstellung unmittelbar hinter den Niagarawerken rangieren wird. Es wird 11 Generatoren von je 50000 Pferdestärken umfassen.

**Nilstaudämme** Daß die Kultur Ägyptens mit den Nilüberschwemmungen zusammenhängt, ist eine Jahrtausende alte Erkenntnis. Es kann deshalb nicht überraschen, daß schon im Altertum die ägyptische Wasserbautechnik eine bedeutende Höhe erreicht hatte, um die Überschwemmungsfuten durch weitverzweigte Kanäle über das Land zu verteilen und sie durch Dämme und Becken möglichst lange zurückzuhalten, damit sich der fruchtbare Nilschlamm absetzen könne, ehe das

Wasser wieder dem Nil zugeführt wird. Diese Art der Bewässerung hat aber den Nachteil, daß nur einmal im Jahr gesät und geerntet werden kann, während das Klima Ägyptens gut 2 jährliche Ernten ermöglicht. Schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden deshalb auf Grund der Initiative Mehemet Alis durch den französischen Wasserbauingenieur Mougel die ersten Sperren der beiden Nilarme, Rosette und Damiette, errichtet, die der systematischen Bewässerung des Nildeltas dienten. Diese Sperren erfüllten ihren Zweck nur unvollkommen, weil wegen Fehler bei der Bauausführung nur eine Stauhöhe von 2 Meter gehalten werden konnte statt der beabsichtigten 5,5 Meter. Zur Entlastung dieser Sperren wurden deshalb im Jahr 1895 von den Engländern unterhalb der Sperren 2 Grundwehre errichtet, die den Wasserspiegel um 2 Meter erhöhten, so daß die Sperrmauern nur den Wasserdruck von 3,5 Meter Stauhöhe auszuhalten brauchen. Die Sperren sind zur Zeit des steigenden Wassers offen und werden erst geschlossen, wenn das Wasser wieder zu fallen beginnt. Seitdem wurde an der Aufstauung des Nils bei Niedrigwasser systematisch weiter gearbeitet. Im Jahr 1902 wurde die große Sperre bei Assuan fertig, die den Zweck hat die Nilwasser in der trockenen Jahreszeit, von Mitte April bis Mitte Juli, aufzustauen. Der Sperrdamm ist 2 Kilometer lang, und das Staubecken wies zunächst einen Fassungsraum von 1 Milliarde Kubikmeter auf, der dann durch Erhöhung der Staumauer im Jahr 1912 auf 2,5 Milliarden Kubikmeter erhöht wurde. In der Zwischenzeit entstanden noch die unterhalb Assuan gelegenen Staudämme von Assiut und von Esna, von denen der eine der Bewässerung Mittelägyptens dient, während der andere zur Hebung des Hochwasserspiegels benutzt wird. Oberhalb Esnas wird noch eine Stauung geplant, die Oberägypten bewässern soll. Im vorigen Jahr ist nunmehr auch, wie bereits in dieser Rundschau (1926 Seite 738) berichtet wurde, die große Sperre bei Sennar am Blauen Nil in Betrieb genommen worden, die den Anfang der Kultivierungsarbeiten im Sudan bildet. Die Ebene von Gesireh zwischen dem Blauen und dem Weißen Nil eignet sich vorzüglich für den Anbau von Baumwolle, und ihrer Bewässerung dient hauptsächlich die große Sennarsperre, für deren Errichtung 5 Baujahre erforderlich waren. Die Baukosten betragen rund 12 Millionen Pfund. Die Sperrmauer hat eine Länge von 3025 Meter

und eine Höhe von zirka 40 Meter, an der Sohle ist sie 25, an der Krone 7 Meter breit. Sie dient gleichzeitig als Brücke für die Sudan Government Railway. Die Sperre ist zurzeit die größte der Welt. Sie vermag 0,5 Milliarden Kubikmeter aufzuspeichern, die für die Bewässerung von 126 000 Hektar ausreichen. Für die in Aussicht genommene Bewässerung von 420 000 Hektar der Gesirehebene wäre eine weitere Staumenge von 1,5 Milliarden Kubikmeter nötig. Für die Bewässerung Ägyptens und der Gesirehebene ist insgesamt eine Wassermenge von 55 Milliarden Kubikmeter erforderlich, die auch unschwer geleistet werden kann, da die Wasserführung des Nil zwischen 60 bis 115 Milliarden Kubikmeter schwankt. Zunächst ist eine weitere Sperre oberhalb Sennars ins Auge gefaßt worden und ebenso eine Sperre am Weißen Nil bei Gebel Aulia, die allerdings nur Ägypten zugute käme. Das Staubecken bei Gebel Aulia wird nur 2½ Milliarden Kubikmeter fassen, was aber zunächst ausreicht. Weiter ist aber schon vorgesehen worden den Weißen Nil in das erweiterte Bett des Sobats umzuleiten, um die ungeheuren Verluste zu vermeiden, die die vom Weißen Nil durchflossenen Sümpfe verursachen, und schließlich soll auch noch der Albertsee im Quellgebiet des Nils mit Anlage eines Kanals durch die Sümpfe und durch Aufstauung zur Wasserlieferung für Ägypten und den Sudan mit herangezogen werden.

**Kurze Chronik** Am Abhang des Passo della Tamburo, zwischen den italienischen Provinzen Lassa und Lucca, wurde in 1600 Meter Höhe ein bedeutendes Erzlager entdeckt, das 68 % Eisen enthalten und durch seinen Umfang geeignet sein soll Italien von der Einfuhr fremden Eisens unabhängig zu machen. ◊ Die *Maschinenproduktion* verteilte sich im Jahr 1925 auf die einzelnen Länder nach Wert und Anteil folgendermaßen: Vereinigte Staaten 12,7 Milliarden Mark = 57,6 % (gegen 50 % im Jahr 1913), Großbritannien 3,0 Milliarden Mark = 13,6 % (11,8 %), Deutschland 2,9 Milliarden Mark = 13,1 % (19,8 %), übrige Länder 3,5 Milliarden Mark = 15,7 % (18,4 %). ◊ Die zur 1200 *Gaswerke Deutschlands* erzeugten 1900 rund 1,3 Milliarden Kubikmeter Gas. Zurzeit beträgt der Verbrauch zirka 3 Milliarden Kubikmeter. ◊ Die Milwaukee Electric Railway Light Company nahm eine 7000-Kilowatt-Vorschaltturbine in Betrieb, die

mit Dampf von 84 Atmosphären Überdruck und 382° arbeitet. Der Abdampf wird mit 22,5 Atmosphären der Hauptdampfleitung des Werks zugeführt und zum Betrieb mehrerer 30 000-Kilowatt-Maschinen mitverwandt werden. ◊ Der Deutsche Automobilhändlerverband richtete einen Dienst zur Überwachung der verkauften *Automobile* ein. Die Käufer sollen gleichzeitig auch technisch beraten, und der Übervorteilung durch Reparaturwerkstätten soll gesteuert werden. ◊ Die Zeppelinwerke in Friedrichshafen wollen den Bau des großen *Luftschiffs* für den transatlantischen Verkehr von Spaaien nach Südamerika bis Ende 1927 zu Ende führen. Zum Bau des Schiffs soll wieder Duraluminium verwendet werden. ◊ Die Anzahl der *Rundfunkhörer* betrug Anfang Februar in den Vereinigten Staaten 6½ Millionen (geschätzt), in England 2,13 Millionen, in Deutschland 1,3 Millionen, in Schweden 238 000; es folgen Dänemark, Ungarn und die Schweiz. ◊ Der Privatdozent an der Berliner Technischen Hochschule *Richard Winkel* folgte einem Ruf als ordentlicher Professor auf den Lehrstuhl für Flußbau an der Technischen Hochschule in Danzig als Nachfolger Paul Ehlers. Winkel ist Mitarbeiter am Handbuch der Mechanik sowie an dem Werk Die Wasserbaulaboratorien Europas. ◊ Der Oberingenieur bei der Telefunken-gesellschaft für drahtlose Telegraphie in Berlin *Hans Rakop* folgt einem Ruf auf den Lehrstuhl für technische Physik an der Universität Köln. ◊ Das Ordinariat für Fernmeldetechnik an der Braunschweiger Technischen Hochschule wurde *Leo Pungs* übertragen, der durch seine Arbeiten über drahtlose Telephonie weit über die Fachkreise hinaus bekannt geworden ist. ◊ Den Lehrstuhl für Metallhüttenkunde an der Berliner Technischen Hochschule hat *Ernst Kohlmeyer* als Nachfolger Johann Georg Friedrich Doeltz' übernommen. ◊ Die *Schiffbau-firma Blom & Voß* in Hamburg feierte ihr 50jähriges Jubiläum. Ihre letzte Großleistung war der Bau des Turbinen-passagierdampfers New York, der nun seine erste Fahrt nach Amerika gemacht hat. Er ist der 231. der von der Firma erbauten Handelsdampfer, die zusammen 1,1 Millionen Bruttoregistertonnen mit 73 500 Pferdestärken Maschinenleistung haben. Außerdem hatte die Firma in den letzten 30 Jahren 200 Kriegsschiffe mit 376 000 Tonnen Displacement und 1,6 Millionen Pferdestärken und 43 Trockendocks von 28 000 Tonnen Hebefähigkeit gebaut.

**Landwirtschaft / Fritz Baade**

**Weltwirtschafts-**Über die Vorbereitungen, **konferenz und** die getroffen worden sind, **Landwirtschaft** um auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf eine besonders ausgiebige und fruchtbare Erörterung landwirtschaftlicher Fragen zu ermöglichen, ist in dieser Rundschau (1926 Seite 887 und folgende) schon berichtet worden. Die Materialsammlung, deren Ergänzung vom vorbereitenden Komitee als so wichtig und wünschenswert bezeichnet worden war, wurde in den letzten Monaten in vielen Ländern mit großer Energie fortgesetzt. Die Führung hatte dabei ein kleines Komitee, das von der vorbereitenden Konferenz in halboffizieller Form zu diesem Zweck eingesetzt worden war und aus dem deutschen Delegierten Hermes, dem französischen Delegierten Gautier und dem englisch-indischen Delegierten Lindsay besteht. In einer besonders günstigen Lage waren bei dieser vorbereitenden Sitzung die deutschen Mitarbeiter. Nachdem Martin Schiele Reichsernährungsminister geworden war, ging im Ausschuß der Wirtschaftsenquete der Vorsitz des Unterausschusses für Agrarwirtschaft auf Hermes über. Auf seine Anregung übernahm es eine ganze Reihe von Mitgliedern und Sachverständigen des Enqueteausschusses über verschiedene Fragen (Währungswesen, Agrarkredit, Genossenschaftswesen, Kunstdüngerverbrauch und Ernterträge in den verschiedenen Ländern, Weltproduktion und Preisbildung der Agrarprodukte) Gutachten für die Weltwirtschaftskonferenz auszuarbeiten.

Durch diese Vorbereitungen und die sehr glücklich eingeleitete engere Fühlungnahme der landwirtschaftlichen Organisationen der verschiedenen Länder wurde ein Rahmen für künftige Aktionen geschaffen, und es ist nur zu hoffen, daß diese vielversprechenden Ansätze nicht leere Formen bleiben, sondern daß es besonders auf der Weltwirtschaftskonferenz gelingen wird sie mit wirklichem Leben, mit zielklarem Handeln und Willen zu erfüllen. Nicht daß sich die Landwirtschaftsvertreter überhaupt international zusammenfinden, und daß auf der Weltwirtschaftskonferenz und in den Institutionen des Völkerbunds der Landwirtschaft ein angemessener Platz gesichert wird, ist das Wesentliche, auch nicht das Zusammentragen von noch so schönem und aufschlußreichem Material. Die Weltwirtschaftskonferenz würde vielmehr ihr Ziel verfehlen, wenn es nicht gelänge die Öf-

fentlichkeit der Welt, und insbesondere die europäische Öffentlichkeit, zu überzeugen, daß in der Lösung der Agrarfrage eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gesundung der Gesamtwirtschaft, insbesondere in den Industrieländern Europas liegt. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in sämtlichen europäischen Industrieländern, die schon fast zur Dauererscheinung geworden ist, zeigt nur allzudeutlich, daß in der Entwicklung der Produktivkräfte zwischen dem landwirtschaftlichen und dem industriellen Flügel der europäischen Wirtschaft eine Disharmonie eingetreten ist, die je länger, desto mehr das Leben Europas bedroht. Wenn im 19. Jahrhundert die europäischen Völker es sich gestatten konnten einseitig ihren Bevölkerungszuwachs in den Städten und in der industriellen Beschäftigung unterzubringen und bei gleichbleibender Agrarbevölkerung und sehr langsam fortschreitender Agrarproduktion ihre industriellen Produktivkräfte einseitig zu entwickeln, weil durch die Erschließung überseeischer Bodenreserven das Problem der Nahrungsmittelversorgung und des Absatzes von Industrieprodukten jahrzehntelang ausgeschaltet schien, so ist dies bei der veränderten weltwirtschaftlichen Situation des 20. Jahrhunderts offensichtlich nicht mehr möglich. Mag bei den gegenwärtigen Schwierigkeiten der europäischen Industrieländer auch eine ganze Reihe von Ursachen zusammenwirken (Kriegsfolgen, handelspolitische Zersplitterung des Wirtschaftsgebiets, künstliche Überindustrialisierung einzelner Länder, Nachwirkungen des Währungsverfalls usw.), so darf doch nicht vergessen werden, daß sich, weltwirtschaftlich gesehen, grundlegende Änderungen vollzogen haben, die den europäischen Völkern eine so einseitig städtische und industrielle Entwicklung wie im vorigen Jahrhundert nicht mehr erlauben. Das Tempo der agrarischen Expansion ist, wie Max Sering überzeugend nachgewiesen hat, etwa seit der Jahrhundertwende wesentlich verlangsamt worden; noch weit radikaler verändert hat sich jedoch die Entwicklungstendenz der überseeischen Agrarproduktion und der überseeischen Nachfrage nach europäischen Industrieprodukten, da die agrarischen Kolonialländer jetzt selber Industrieländer geworden sind, mit einer rasch wachsenden städtischen Bevölkerung, und daher nicht nur ihren Bedarf an Industrieprodukten weitgehend selbst erzeugen sondern auch ihre agrarische Produktion

zu einem immer größeren Teil in eigenem Land verbrauchen. Es ist eine Lebensfrage für die europäischen Industrieländer eine veränderte weltwirtschaftliche Situation rechtzeitig zu erkennen und die Folgerungen daraus zu ziehen, das heißt sich in ihrer eigenen Landwirtschaft durch Entfaltung aller brachliegenden Produktivkräfte neue Reserven für die Nahrungsmittelproduktion und den Absatz von Industrieprodukten zu erschließen. Daß noch Reserven in der europäischen Landwirtschaft in reichem Maß vorhanden sind, daran kann nicht gezweifelt werden. Eine wesentliche Aufgabe der Weltwirtschaftskonferenz wird es sein den Blick der europäischen Völker auf sie zu lenken, den Weg für einen Wettstreit der europäischen Völker in der Förderung ihrer so lange vernachlässigten Landwirtschaft freizumachen und so einen neuen Abschnitt des uralten Menschheitskampfs gegen Hunger und Armut zu beginnen.

**Ausbildung** Mit den Betriebserhebungen der Agrarenquete (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 246 und folgende) soll der Grundstein für eine planmäßige Förderung der Landwirtschaft gelegt werden. Hierbei wird eine besonders große Bedeutung dem Ausbau des landwirtschaftlichen Unterrichts- und Beratungswesens zufallen. Tatsächlich ist ja die Rationalisierung und Hebung der Landwirtschaft in erster Linie eine Bildungsfrage. Anders wären die enormen Unterschiede im Stand der Saat-, Bodenbearbeitungs- und -düngungstechnik in den verschiedenen Teilen Deutschlands gar nicht zu erklären. Es gibt eben in Deutschland noch weite, hauptsächlich klein- und mittelbäuerliche Gebiete, in denen die großen Fortschritte der Landwirtschaftstechnik noch so gut wie unbekannt sind, oder in denen noch völlige Unklarheit über die Anwendung moderner agrartechnischer Methoden herrscht. In richtiger Erkenntnis der Bedeutung der Bildungsfrage hat der landwirtschaftliche Unterausschuß nicht nur im Rahmen der Betriebserhebung Fragen nach dem Stand des landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungswesens und nach dessen Entwicklungsmöglichkeiten gestellt, sondern er hat auch hervorragende Sachkennner um gutachtliche Meinungsäußerung über den Stand und die Zukunftsaufgaben des landwirtschaftlichen Bildungswesens gebeten. Es liegen bereits 2 ausgezeichnete Gutachten vor: von Gustav Oldenburg

über Preußen und von Moritz Dorn über Bayern. Berichte aus den anderen Ländern sind in kurzer Zeit zu erwarten. Die Hauptergebnisse der Gutachten sind diese: Trotz starker Steigerung der Ausgaben für die landwirtschaftliche Fachbildung in den letzten Jahren reichen die vorhandenen Bildungsmöglichkeiten bei weitem nicht aus, um die landwirtschaftliche Bevölkerung mit dem zu moderner Betriebsführung notwendigen Wissen und Können auszurüsten. Für einen großen Teil der Landbevölkerung ist die Fortbildungsschule die einzige Bildungsstätte. Es muß daher dafür gesorgt werden, daß die Fortbildungsschullehrer auch landwirtschaftlich genügend vorgebildet sind. Wenn auch ein ausgesprochener Fachunterricht hier unmöglich ist, so muß wenigstens auf fachliche Durchdringung des Unterrichts größter Wert gelegt werden. Außerdem muß die Anzahl der Fortbildungsschulen auf das 4fache gebracht werden, damit diese Bildungsmöglichkeit allen Jugendlichen auf dem Land offensteht. Oldenburg schlägt für diesen Ausbau eine Zeit von 10 (für Knaben) beziehungsweise 25 Jahren (für Mädchen) vor. Von viel größerer Wichtigkeit ist der Ausbau der landwirtschaftlichen Winterschule, der eigentlichen Fachschule der kleineren und mittleren Bauern. Um in Zukunft alle Leiter der 5 bis 100 Hektar großen Betriebe in der Winterschule ausbilden zu können, wären in Preußen 666 2klassige Schulen nötig; vorhanden sind jedoch nur 360, von denen 100 1klassig sind. Die jetzt vorhandenen Schulen reichen nicht einmal aus, um auch nur jedem 2. Hof alle 30 Jahre einen Betriebsleiter auszubilden. (Oldenburg ist hier ein kleiner Rechenfehler unterlaufen, nicht 53,6 sondern 46,4% des errechneten Bildungsbedürfnisses lassen sich mit den heute bestehenden Einrichtungen befriedigen.) Bis Ende 1924 haben in diesen Schulen nur 103 000 Schüler einen 2jährigen Kursus absolviert, das heißt von den 650 000 Betrieben von 5 bis 100 Hektar wird noch nicht ein Sechstel von ausgebildeten Landwirten geleitet, und das noch unter der zweifellos zu günstigen Annahme, daß jeder der bis 1924 ausgebildeten Bauernsöhne heute einen Betrieb leitet. Nach Oldenburgs Plan müßten die staatlichen Aufwendungen für das Winterschulwesen ganz wesentlich gesteigert werden, nämlich um 1,68 Millionen im 1. Jahr, um 3,38 Millionen im 2. Jahr und so fort jedes Jahr um weitere 1,68 Millionen.

um das Winterschulnetz in 6 Jahren genügend auszubauen. Nach Besprechung der Ackerbau-, Landwirtschaftsschulen und Seminare, die teils auszubauen teils auch völlig umzugestalten sind, um den modernen Ansprüchen zu genügen, geht Oldenburg auf das Hochschulwesen ein. Es zeigt sich hier der entgegengesetzte Fehler wie im niedern Schulwesen; während dort nur die Hälfte der nötigen Schulen vorhanden ist, würde der Apparat der Hochschulen ausreichen, um mindestens doppelt so viele Landwirte auszubilden wie notwendig; wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Hochschulen ja nicht nur Lehrinstitute sondern auch Forschungsinstitute sind. Am Schluß seiner Schrift macht Oldenburg einen Überschlag über die Kosten des landwirtschaftlichen Schulausbaus. Während jetzt in Preußen 10,4 Millionen (das heißt nur etwa ein Drittel der Aufwendungen für gewerbliches und technisches Unterrichtswesen) für landwirtschaftliche Bildungszwecke ausgegeben werden, muß nach Durchführung des Ausbauprogramms etwas über 27 Millionen aufwenden: eine in Anbetracht der großen Bedeutung der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der mit ihr verbundenen volkswirtschaftlichen Vorteile durchaus nicht zu hohe und höchst rentabel zu verwendende Summe. Es wäre ein großer Gewinn für die deutsche Land- und Gesamtwirtschaft, wenn dieses Programm durchgeführt würde.

**Drainage** Um hohe Erträge in der Landwirtschaft erzielen zu können, ist vor allem eins nötig: ein gesunder Boden. Das heißt ein Boden, der sich gut bearbeiten und in den richtigen Garezustand bringen läßt. Außerdem soll er den nützlichen Bodenbakterien günstige Lebensbedingungen bieten, die ihm einverleibten Nährstoffe nicht schlucken oder sie gelöst in den Untergrund abfließen lassen sondern sie den Pflanzen zur Verfügung stellen; auch muß er sie mit dem notwendigen Maß von Feuchtigkeit versorgen, ohne sie bei Regen ertrinken und erstickend und bei langanhaltender Trockenheit verdursten zu lassen. Leider weist ein erheblicher Teil unseres landwirtschaftlichen Kulturlands diese Eigenschaften nicht oder nicht in genügendem Maß auf, und er muß erst durch Entwässerung in einen guten Ertragszustand gebracht werden. Nach einer Berechnung des Deutschen Landwirtschaftsrats haben wir in Deutschland über 8

Millionen Hektar entwässerungsbedürftiger Kulturfläche, das ist nahezu ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche; in manchen Gegenden, wie Bayern, Pommern und Niederschlesien, sind sogar 35 bis 50 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche drainagebedürftig. Außerdem ist über 1 Million Hektar Ödland durch Drainage kultivierbar. Auf einem Drittel des deutschen Bodens ist es also bisher unmöglich hohe Erträge zu erzielen; alle Aufwendungen, wie Düngung, Bodenbearbeitung, Anbau hochgezüchteter und ertragreicher Sorten usw., können nicht voll wirksam werden, ja führen oft zu völligem Mißerfolg, weil sie von stauender Nässe und Bodenversauerung in ihrer Wirkung beschränkt, und weil die Pflanzen in ihrem Wachstum gehindert sind. Der mit dieser mangelhaften Wasserregulierung verbundene Ertragsausfall ist außerordentlich groß; er ist pro Hektar mit mindestens 8 Doppelzentner Getreide oder 60 Doppelzentner Hackfrüchten oder 20 Doppelzentner Heu anzunehmen. Die bisher durchgeführten Drainagen haben daher meist Ertragssteigerungen von 30 bis 50 %, oft auch über 100 % zur Folge gehabt. In einer überschläglichen Berechnung des Werts der durch Drainage des gesamten zu entwässernden deutschen Bodens möglichen Produktionssteigerung kommt der Deutsche Landwirtschaftsrat zu einer Summe von rund 1 Milliarde Mark, eine Summe, die sicher nicht zu hoch geschätzt ist. Die Kosten der Drainage können mit durchschnittlich 400 Mark pro Hektar angesetzt werden; die Durchführung der Entwässerung des zu drainierenden Bodens dürfte daher annähernd 4 Milliarden kosten. Die Rentabilität der Entwässerung steht hiernach ganz außer Frage. Es kann wirtschaftlich auch nicht von Bedeutung sein, ob der Zinssatz für das zur Drainage notwendige Kapital etwas höher oder niedriger ist. In einer Denkschrift des Vereins deutscher Landeskulturgenossenschaften wird, nachdem die für Melioration notwendigen Gesamtaufwendungen viel zu hoch auf 7½ Milliarden, der durch sie erzielbare Mehrertrag ebenfalls weit überhöht auf 3 Milliarden geschätzt wird, was einer Verzinsung des Anlagekapitals von ungefähr 40 % gleichkommt, eine Zinsverbilligung des Meliorationskapitals durch das Reich von 6% auf 4% gefordert, weil sonst die Kredite nicht in genügendem Umfang aufgenommen würden. Es muß außerordentlich merkwürdig und wirtschaftlich unverständlich



erscheinen, daß der Verein deutscher Landeskulturgenossenschaften nach Berechnung einer 40prozentigen Rentabilität von einer Zinssenkung von 6% auf 4% eine wesentliche Beschleunigung der Drainage erwartet; vielleicht will die Schrift aber zwischen den Zeilen darauf hinweisen, daß die bisher geringe Durchführung der Entwässerung, besonders in den bäuerlichen Gebieten, nicht in dem Fehlen der Rentabilität begründet ist, sondern daß breite bäuerliche Massen so wenig wirtschaftlich denken, daß sie die privatwirtschaftlichen Vorteile der Drainage noch nicht erkannt haben. Es wäre ja sonst ganz unverständlich, warum diese Meliorationsarbeit, deren Durchführung Mehrerträge im Wert von 80 bis 150 Mark pro Hektar bei einer Zinsenlast von heute ungefähr 20 bis 40 Mark ermöglicht, nicht längst unternommen worden ist. Die Gründe sind tatsächlich nicht im Wirtschaftlichen sondern woanders zu suchen: im Versagen und mangelhaften Ausbau des landwirtschaftlichen Unterrichts- und Beratungswesens, in der wirtschaftlichen Kurzsichtigkeit und unkaufmännischen Denkungsart vieler Landwirte, in der Scheu vor Kredit und dem Mißtrauen der Landwirte gegen alle Neuerungen, besonders, wenn sie sich nicht gleich im selben Jahr bezahlt machen. Eine wesentliche Erschwerung der Entwässerung liegt auch in der noch vielfach anzutreffenden Gemengelage und der damit verbundenen Notwendigkeit die Entwässerung genossenschaftlich vorzunehmen. Beschleunigte Durchführung der Drainage in großem Umfang ist sowohl im Interesse der Arbeitsbeschaffung als auch der Produktionssteigerung notwendig und sollte mit allen wirksamen Mitteln gefördert werden: durch Aufklärung über die Vorteile der Entwässerung, Schaffung von Musterwirtschaften in bisher nicht entwässerten Gemeinden und nötigenfalls Vermittlung langfristiger Kredite.

**Internationale** Bei dem geringen Interesse, das die deutsche Landwirtschaft der ausländischen Landwirtschaft entgegenbringt, ist ein vielleicht bedeutungsvolles Ereignis ziemlich unbemerkt geblieben: der Beitritt der deutschen landwirtschaftlichen Organisationen zur Internationalen Landwirtschaftlichen Kommission und zur Internationalen Konferenz der landwirtschaftlichen Vereinigungen. Seit längerer Zeit schon sind Bestrebungen im Gang die Landwirtschaft der verschiedenen Länder, und zwar nicht

nur die Wissenschaft sondern auch die Vertreter der Produzenten, einander näher zu bringen. Besonders Ernst Laur in Zürich hat sich um diesen Zusammenschluß sehr bemüht. Man dachte an Ausbau des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom oder der in Deutschland weniger bekannten Internationalen Landwirtschaftlichen Kommission in Paris, teilweise auch an die Schaffung einer neuen internationalen Organisation. Man entschied sich für Ausbau der Internationalen Kommission, deren Satzungen zu diesem Zweck geändert wurden. Es können jetzt nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Vereinigungen Mitglieder der Kommission sein. Stimmrecht sollen in Zukunft nur noch die Vertreter der angeschlossenen Verbände haben. Ferner wurde als 1. Sektion des bisher alle 2 Jahre tagenden Landwirtschaftlichen Kongresses die Internationale Konferenz der landwirtschaftlichen Vereinigungen geschaffen, der nur die Mitglieder der Kommission beitreten können. Diese Konferenz, die die allgemeinen landwirtschaftlichen Interessen und die internationale Agrarpolitik vertreten soll, wird Ende Mai ihren 1. Kongreß abhalten. Es sollen auf ihm die Ergebnisse der Landwirtschaftskonferenz in Rom besprochen werden. Als Vertreter Deutschlands wird an diesem Kongreß der ehemalige Reichsminister Hermes, der auch die deutsche landwirtschaftliche Delegation bei der Weltwirtschaftskonferenz führt, nebst 3 anderen Delegierten teilnehmen. Wie sich die Tätigkeit der Konferenz entwickeln wird; ob sie auf theoretische und wissenschaftliche Erörterungen beschränkt bleibt, oder ob sie auch praktisch auf die internationale Agrarpolitik Einfluß gewinnt und zur Hebung der europäischen Landwirtschaft beiträgt (bei richtiger Organisation könnte sie auf diesem Gebiet zweifellos viel Gutes leisten und dadurch große Bedeutung erlangen), ist noch ungewiß. Zum mindesten wird sie einen wertvollen Austausch von Erfahrungen und Anregungen der einzelnen Länder bringen.

**Tatsache** Am 30. Januar starb in Breslau, fast 68 Jahre alt, *Henning von Klitzing*, seit 1911 Präsident der Schliesischen Landwirtschaftskammer.

Anfang April starb in Hohenheim *Karl Windisch*, der erst vor wenigen Monaten seine Professur an der Hohenheimer Landwirtschaftlichen Hochschule niedergelegt hatte. 22 Jahre hindurch war er

dort tätig gewesen; vorher hatte er die Weinbauversuchsanstalt in Geisenheim am Rhein geleitet. Die Technik und Organisation des Brauerei- und Brennereigewerbes in Württemberg ist durch ihn sehr gefördert worden.

Am 10. April starb der Ehrenvorsitzende des Bayrischen Landbunds *Friedrich Beckh*, fast 84 Jahre alt. Er hatte ursprünglich Jura und Naturwissenschaften studiert. Als er im Krieg 1870-1871 schwer verwundet wurde, suchte er auf dem Lande Gesundheit und fühlte sich da so sehr zum Landleben hingezogen, daß er die Landwirtschaft zum Lebensberuf erwählte. Er übernahm das Gut seines Vaters Rathsberg bei Erlangen. Für die Verdienste, die er sich dann in langem Wirken um die Landwirtschaft seiner fränkischen Heimat erwarb, wurde er von der Regierung zum Landesökonomierat ernannt. Er gehört viele Jahre der bayrischen Abgeordnetenversammlung an.

**Kurze Chronik** Die Geltung der bestehenden deutschen *Zollsätze* für Agrarprodukte wurde noch einmal bis zum 31. Juli verlängert; der Mehlzoll wurde im autonomen Zolltarif von 18,50 auf 12,50 Mark ermäßigt, im deutsch-französischen Handelsprovisorium aber von 10 auf 11,50 Mark heraufgesetzt. ◊ Am 8. April beschlossen die Gesamtvorstände des Deutschen Bauernbundes, des Bayrischen Bauernbundes und des Reichsverbands landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe eine einheitliche bäuerliche Reichsspitzenorganisation zu errichten, die den Namen *Deutsche Bauernschaft* führen soll. ◊ An der Landwirtschaftlichen Hochschule *Berlin* waren im Wintersemester 1926-1927 840 Studierende und Hörer eingeschrieben. Es meldeten sich zur Doktorprüfung 24 Kandidaten, zur Diplomprüfung 120, zur Prüfung für praktische Landwirte 39, zur Brauerei-, Brennerei-, Zuckerfabrikantenprüfung 4, zu Zusatzprüfungen 18 Kandidaten. ◊ Der bisherige Dozent der Betriebslehre an der Universität *Kiel* *Emil Lang* folgt einem Ruf nach Königsberg, als Nachfolger des im letzten Jahr verstorbenen *Bruno Skalweit*. ◊ Auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für landwirtschaftliche Betriebslehre an der Universität *Jena* wurde *Wolfgang Wilmanns*, bisher Privatdozent in Bonn-Poppelsdorf, berufen. ◊ Das Ordinariat für Agrikulturchemie und Bodenkunde in der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität *München* übernahm *Richard Lang* von der Universität *Halle*.

### Innenkolonisation / Otto Karutz

**Kundgebung** Mitte Februar ließ auf Veranlassung und unter Führung der Gesellschaft zur

Förderung der Innern Kolonisation eine Reihe landwirtschaftlicher und industrieller Spitzenverbände, so der Deutsche Landwirtschaftsrat, die Preußische Hauptlandwirtschaftskammer, der Reichslandbund, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine, der Deutsche Bauernbund, der Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Reichsverband der deutschen Industrie und der Verband der preußischen Landgemeinden, eine Kundgebung an die zuständigen Stellen im Reich und in den Ländern sowie an die Presse gehen: Fördert die Siedelung! Die Kundgebung ist bemerkenswert und zu begrüßen, weil hinter ihr Wirtschaftsverbände der verschiedensten Richtungen stehen: ein bemerkenswertes Zeichen der Einigkeit in dieser Lebensfrage unseres Volkes, der ländlichen Siedelung. Einleitend werden in der Kundgebung die finanziellen und praktischen Leistungen des Reichs und Preußens auf dem Gebiet der Siedelung im Jahr 1926 gewürdigt, dann die Gründe für eine energische Innenkolonisation kurz und scharf umrissen. Es wird festgestellt, daß jedoch trotz allen anerkannter Leistungen der Öffentlichkeit Hand im Vorjahr die Siedelung nicht genügend in Gang gekommen ist. Als Ursache wird die Nichterfüllung gewisser ganz wesentlicher sachlicher Voraussetzungen bezeichnet. Diese seien: 1. Wiederherstellung einer ausreichenden Rentabilität der Landwirtschaft als der sinnmäßigen Vorbereitung für die Gründung lebensfähiger neuer Bauernstellen, 2. Zusammenwirken aller öffentlichen Faktoren zur Förderung der Siedelung nur nach sachlichen Gesichtspunkten, 3. Verwendung nur leistungsfähiger, sachkundiger und genügender Sicherheit bietender Siedelungsträger für die praktische Durchführung des Siedelungswerks. Die Möglichkeit der Selbstsiedelung durch den Grundbesitzer muß daneben gegeben sein. 4. Ausschaltung aller bürokratischen Eingriffe in die Siedelungstätigkeit. Die wirtschaftliche Selbständigkeit und Beweglichkeit der Siedelungsträger muß vielmehr zur Sicherung eines wirklich wirtschaftlichen, billigen und schnellen Verfahrens unangetastet bleiben. 5. Neben einem ausreichenden Zwischenkredit für den Siedelungsträger, weitgehenden

und billigen öffentlichen Dauerkredit für den einzelnen Ansiedler als unerläßliche Voraussetzung für eine umfangreiche Neusiedelung.« Die Kundgebung schließt mit den Worten: »Eine schleunige Regelung des Siedelungsverfahrens nach diesen Vorschlägen ist notwendig, wenn nicht auch noch das Jahr 1927 gleich den Vorjahren für den Beginn einer großzügigen ländlichen Siedelung verloren gehen soll.«

**Landbank** Am 25. Januar wurde das Urteil des Kammergerichts im Prozeß Landbank-Gothaer Grundkreditbank verkündet. Es erkennt auf Zahlung der von der Landbank beziehungsweise der Staatsbank als Gläubigerin der Landbank eingeklagten Summen von 10 000 und 660 000 Mark. Vorausgesetzt, daß keine andere Entscheidung des von der Verurteilten angerufenen Reichsgerichts ergeht, verbessert sich der Status der Landbank um jenen Betrag abzüglich 200 000 Mark, mit denen der eingeklagte Gesamtbetrag bereits in der letzten Bilanz aktiviert ist. Das Urteil des Kammergerichts ist vorläufig vollstreckbar, die Kosten des Rechtsstreits sind der Beklagten auferlegt. Aus den von der Gothaer Grundkreditbank zu zahlenden Beträgen werden zunächst die Ansprüche der Landbankobligationäre befriedigt werden müssen. Der Verwaltungsantrag auf Abwertung dieser Obligationen dürfte nach dem Prozeßausgang keine Aussicht auf Erfolg mehr haben. Bei geschicktem Vorgehen der Landbankverwaltung wird der gewonnene Betrag auch ausreichen, die Ansprüche aller Obligationäre zu befriedigen und so das Unternehmen von einer besonders drückenden Belastung zu befreien. Damit wäre endgültig der Weg für eine aufsteigende Entwicklung des Unternehmens in der in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 169 und folgende) bereits ange deuteten Richtung frei. Die Anfechtungsklage der Minderheitsaktionäre gegen die Zusammenlegungsbeschlüsse in der Oktobergeneralversammlung ist in 1. Instanz zugunsten der Verwaltung der Landbank entschieden. Es schwebt noch die Berufungsklage vor dem Kammergericht.

**Wohnungsbau** Für 1927 hatte die deutsche Öffentlichkeit endlich einmal die rechtzeitige Aufstellung und finanzielle Vorbereitung umfangreicher *Wohnungsbauprogramme* durch Reich, Länder und Gemeinden erwartet. Diese Erwartungen sind wieder größtenteils enttäuscht worden. Im Reich

erledigt man erst jetzt die Vorarbeiten für ein Wohnungsbauprogramm. Preußen hat zwar in großen Zügen ein Programm für 1927 entworfen, zu dessen Finanzierung die Regierung vom Landtag 80 Millionen Mark gefordert hat. Aber auch der Termin des Abschlusses der preußischen Vorbereitungen liegt fast zu spät. Neuerdings gestattet Preußen zur Erleichterung der Durchführung seines Programms die Verwendung von Hauszinssteuermitteln zur Zinsverbilligung. Der Deutsche Städtetag, der Reichsstädtebund, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Landgemeindetag und der Deutsche Sparkassen- und Giroverband erließen Anfang April gemeinschaftlich eine *Kundgebung* unter dem Titel *Wie sichere ich mir eine Wohnung?* Sie soll die Öffentlichkeit auf gewisse Maßnahmen der öffentlichen Sparkassen zur Erleichterung des Bausparens hinweisen. Gleichzeitig erließ der Deutsche Sparkassen- und Giroverband für sich einen Aufruf zum Bausparen. Eine ähnliche Aktion haben der Zentralausschuß für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche und die Deutsche Evangelische Heimstättengesellschaft sowie die Spitzenverbände der deutschen Beamenschaft in die Wege geleitet. Der Reichswirtschaftsratsausschuß für Siedelungs- und Wohnungswesen veröffentlichte *Leitsätze* für Wohnsiedelung und Wohnungsbau. Sie fordern eine Angleichung von Altwohnungs- und Neubaumieten, Kleinwohnungsbau, stärkere Heranziehung des Privat- und des Sparkassenkapitals zur Baufinanzierung, Gewährung von 10 Steuerfrei Jahren für Neubauten, Beseitigung aller behördlichen Hemmungen der Wohnsiedelung. Die Firma *Chapman & Co.* in New York hat der Stadt *Berlin* ein Angebot zugehen lassen das sogenannte *Schöneberger Südgelände* zwischen Potsdamer und Anhalter Bahn einerseits, zwischen Sachsendamm und Schöneberg-Tempelhofer Verbindungsstraße andererseits, rund 200 Hektar groß, ohne Inanspruchnahme deutscher Gelder in kurzer Frist mit 14 000 Wohnungen zu bebauen. Das Angebot verlangt von Berlin, das die Wohnungen bis auf einen kleinern Teil selbst verwalten soll, je 3½-Zimmer-Wohnung die Zahlung einer jährlichen Pacht von 940 Mark und eines jährlichen Amortisationsbetrags von 150 Mark, wofür die Wohnungen nach 28 Jahren in das Eigentum der Stadt übergehen sollen. Auf dieser Grundlage könnten die 3½-Zimmer-Wohnungen gegen 1200 Mark jährlichen Mietszins vergeben werden. Den

kleinern Teil der Wohnungen will die Baufirma selbst verwalten, um sich gegen alle Klagen über die Bautenqualität durch Hinweis auf den Zustand der in eigener Verwaltung stehenden Wohnungen zu sichern. Auch diese Wohnungen sollen nach 28 Jahren ohne Entschädigung an die Stadt fallen. Es ist in der Hauptsache der Bau von Klein- und Mittelwohnungen in mehrstöckigen Häusern vorgesehen. In dem neuen Stadtteil sollen größere Grünanlagen verbleiben. Nach den Amerikanern sind noch 3 größere deutsche Baufirmen mit ähnlichen Angeboten an die Stadt herangetreten. Grundsätzlich ist das amerikanische Angebot zu begrüßen. Im einzelnen wird es genau auf seine wirtschaftlichen Vorteile und Gefahren für die Stadt zu prüfen sein. Diese Prüfung hat der Berliner Magistrat eingeleitet, und die Amerikaner haben ihr Angebot bereits mehrfach revidieren müssen. Bedauerlich ist, daß vom Südgelände eventuell etwa 5000 Kleingärtner herunter müssen; sie werden dadurch nicht nur materiell sondern auch innerlich schwer geschädigt. Führt man das amerikanische oder ein ähnliches Südgeländeprojekt aus, so wird man die von ihrem Land entfernten Südgeländekleingärtner in neuen, möglichst Dauerkleingartenkolonien wieder ansetzen müssen, um die angedeuteten Verluste wenigstens teilweise auszugleichen.

**Gesetzgebung** In Deutschland wurde ein besonderer Reichstagsausschuß für landwirtschaftliche Siedelungs- und Pachtfragen eingesetzt. Vorsitzender ist der Abgeordnete Heinrich Meyer /Hannover/, der zur Wirtschaftlichen Vereinigung gehört. Der bisherige Unterausschuß für Siedelungs- und Pachtfragen beim Wohnungsausschuß wurde aufgelöst.

Zur verstärkten Förderung des Baus von Eigenheimen und Werkwohnungen für Landarbeiter und Landhandwerker wurden in Preußen durch ein Gesetz vom 17. Februar 1927 dem Staatsministerium 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Der Finanzminister ist ermächtigt die erforderlichen Mittel auf dem Weg des Kredits zu beschaffen; 1,9 % des aufgenommenen Schuldkapitals sowie die ersparten Zinsen werden jährlich zur Tilgung der gesamten Staatsschuld oder zur Verrechnung auf bewilligte Kredite verwandt. Durch ein Gesetz vom 16. April 1927 wurden weitere 10,2 Millionen Mark zur Urbarmachung von staatlichen Mooren in Schleswig-Holstein und Hannover und zur Förderung des Ge-

müsebaus im Wiesmoor /Ostfriesland/, durch ein Gesetz vom 21. April 1927 910 000 Mark zur Erschließung der Nogatthaffkampen im Regierungsbezirk Marienwerder bereitgestellt. Die Mittel werden unter den gleichen Tilgungsbedingungen wie oben auf dem Kreditweg beschafft. Erlöse aus dem Verkauf der erschlossenen Ländereien sind vorweg zur verstärkten Tilgung von Anleihen zu verwenden.

Gelegentlich der 2. Lesung des Landwirtschaftshaushalts im Plenum des Preussischen Landtags kündigte der Landwirtschaftsminister die Einbringung eines Gesetzes über Schaffung einer Landesrentenbank an. Der endgültige Referentenentwurf ist bereits den beteiligten Ministerien zur Stellungnahme zugegangen. Er will in Berlin bei der Preussischen Staatsbank eine mit öffentlichen Geldern ausgestattete, zur Ausgabe von Rentenbriefen in 1 oder 2 Typen befugte Rentenbank für das gesamte Staatsgebiet errichtet sehen. Die neue Landesrentenbank soll sämtliche Aufgaben der alten Provinzialrentenbanken übernehmen, diese sollen zur Abwicklung ihrer noch laufenden Geschäfte vorläufig bestehen bleiben und danach in dem neuen Institut aufgehen. Es sollen auch andere Länder, beispielsweise die beiden Mecklenburg und Anhalt, die preussische Einrichtung mitbenutzen dürfen. Der preussische Plan ist im Interesse der Erschließung eines gesunden Dauerkredits für die landwirtschaftliche Siedelung zu begrüßen, wenn dadurch auch bedauerlicherweise die schnelle Schaffung einer Reichssiedelungsbank, etwa durch Um- oder Ausgestaltung der Rentenbankkreditanstalt, sehr erschwert wird.

**Tagungen**

Am 22. Februar fand auf Einladung der Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation eine *Direktorenkonferenz der geminnützigen Siedelungsgesellschaften und der Siedelungsämter* statt. Es waren auch Vertreter der zuständigen Reichs- und Länderressorts, der Deutschen Rentenbankkreditanstalt und der Preussischen Staatsbank erschienen. Die zahlreichen Berichte aus allen Teilen des Reichs ließen erkennen, daß unter dem belebenden Einfluß der Bereitstellung größerer Siedelungskredite durch die Öffentliche Hand die ländliche Siedelung wieder verstärkt in Gang gekommen ist. Allerseits wurde aber betont, daß das endgültige Gelingen des Siedelungswerks von der rechtzeitigen Beschaffung erträglichen Dauerkredits für die Siedler abhinge.

Am folgenden Tag fand eine Mitglieder-versammlung der *Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation* statt. Aus ihr ist die Begrüßungsansprache des Reichsinnenministers Walter von Keudell hervorzuheben, der in jeder Weise für die Siedelung zu wirken versprach. Nach Beschlußfassung über eine Satzungsänderung und Wiederwahl des alten Vorstands unter Zuwahl einiger neuer Mitglieder, unter anderen Hans Krügers, Heinrich Lübkes, Heinrich Rönneburgs und Fritz Wachhorst de Wentes, hielt Alfred Grospietsch von der Rentbankkreditanstalt einen Vortrag über die Entwicklung der Innern Kolonisation im Jahr 1926 und die Aussichten für 1927. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Frage der Dauerkreditbeschaffung für die ländliche Siedelung. An den Vortrag schloß sich eine äußerst lebhaft ausgeprägte Ansprache.

Vom 9. bis zum 12. März veranstaltete der Rat der Stadt Leipzig eine *Internationale Siedelungswoche*, an die sich vom 13. bis zum 31. März ein von dem Leipziger Rat gemeinsam mit dem Deutschen Archiv für Siedelungswesen /Berlin/ eingerichteter Lehrgang über das deutsche Siedelungswesen in Stadt und Land schloß. Auf der Internationalen Woche wurde auch von holländischer und englischer Seite über den Wohnungsbau in Holland und England gesprochen. Der Lehrgang bot Gelegenheit das Gesamtproblem wie die Einzelfragen der Siedelung durch hervorragende Sachkenner behandeln zu lassen.

Der *Bund deutscher Bodenreformer* hielt seinen 31. Bundestag vom 18. bis zum 20. April in Schwerin ab. Der Tagungsplan umfaßte Vorträge Adolf Damaschkes über Bodenreformerarbeiten und Bodenreformaufgaben sowie über Erbpacht und Bodenreform, Arno Hoppes /Dresden/ über die Veredlung der Hauszinssteuer, Ernst Baumeckers über die Entwicklung der anhaltischen Grundwertsteuer und Heinrich Ermans über Einwendungen gegen das Bodenreformgesetz.

Als *Handwörterbuch* des Siedelungswesens hat Hans Ponfick ein Buch *Siedelung* in Stichwörtern erscheinen lassen /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/. Der Gedanke dieses Handwörterbuchs ist gut; jedoch hat es in der vorliegenden Form noch sachliche Mängel. Unter anderem fehlt eine Zusammenstellung aller in Deutschland tätigen Siedelungsunternehmen. Einzelne Abschnitte im Stichwortteil sind in einer Form gebracht, die

mindestens den Anschein unsachlicher Behandlung erwecken kann. Der Ton gegenüber der Sozialdemokratie, den Bodenreformern und der Kleinbauernbewegung berührt nicht angenehm.

Im Ton wohlthuend anders ist Richard Haacks Grundriß des in Preußen geltenden *Agrarrechts* /Berlin, Paul Parey/. In 2 großen Abschnitten behandelt Haack einmal die engere preußische Agrargesetzgebung in historischer Entwicklung und materieller Gestaltung, wie die Gesetze über Landeskulturbehörden, Umlage, Reallastenablösung, Gemeinheitsteilung, Kostenwesen und ländliche Siedelung, sodann die weiteren Gebiete des Agrarrechts, Wasserrecht, Bodenverbesserungswesen, Jagdrecht, Fischereirecht, Pachtschutz, Grundstücksverkehrs- und -bewirtschaftungsrecht, endlich Fideikommissrecht. Der Bezeichnung Grundriß entsprechend ist die zusammenhängende Darstellung unter Vermeidung der Erörterung von Streitfragen als Form der Stoffbehandlung gewählt. Auf die Gesetzesstellen ist jeweils in Anmerkungen hingewiesen. Für eine Neuauflage wäre die Einfügung eines 3. Abschnitts erwünscht, der das allgemeine Liegenschaftsrecht, soweit es insbesondere im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt ist, kurz behandelte. Ein solcher Abschnitt würde das Buch für den Benutzer, für den Juristen sowohl wie namentlich auch für den Laien, noch wertvoller machen.

Vom gleichen Bearbeiter sind 2 außerordentlich eingehende Kommentare der preußischen Rentenguts- und der Siedelungsgesetze nebst Nachträgen erschienen /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/. Unter Auswertung aller, bis zu ihrem Erscheinen erlassenen Entscheidungen, Ministerialverfügungen und -erlasse erläutern sie sehr ausführlich das gesamte *Rentenguts- und Siedelungsrecht*. Für den Siedelungspraktiker sind es die empfehlenswertesten Kommentare.

Auf Anordnung des preußischen Landwirtschaftsministers hat das Preußische Statistische Landesamt die Ergebnisse der Siedelungstätigkeit in *Preußen* in den Jahren 1919 bis 1922 zusammenfassend bearbeitet. Das Ergebnis ist im 64. Jahrgang der Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts veröffentlicht worden. Der Landerwerb, die Begründung von Siedelungen, die Familienverhältnisse der Ansiedler, die Ergebnisse der Anliegersiedelung und der Beschaffung von Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter sind unter Beigabe umfangreicher statistischer Aufstellungen dargestellt. Die Schlußbetrachtungen des Bearbeiters

Franz Kühnert sparen mit Kritik am bisherigen Siedelungsergebnis nicht. Sie bringen die bekannte Zusammenstellung über die voraussichtliche Dauer der Siedelung in den landabgabepflichtigen preussischen Provinzen, falls im selben Tempo weitergearbeitet wird wie im Durchschnitt der Jahre 1919 bis 1922. Es ist zu wünschen, daß die neuerdings begonnene Weiterbearbeitung der Siedelungsergebnisse bis 1926 durch das Preussische Statistische Landesamt mit der gleichen kritischen Sachlichkeit erfolgt wie sie bei der eben besprochenen Arbeit festzustellen ist.

Zur Orientierung über den Staat Texas, eins der wichtigsten Kolonisationsgebiete der Union, hat Alfred E. Menn mit Unterstützung der Handelskammern des Staates ein Buch herausgegeben: *Texas as it is today / Austin, Gammel's Book Store/*. In einer allgemeinen Einleitung werden die wirtschaftlichen, kulturellen und geographischen Verhältnisse des Staates Texas behandelt. Im Hauptteil folgen die Monographien von 50 Städten und Ortschaften des Landes. Eine Reihe photographischer Aufnahmen ergänzt den Text. Das Buch ist zur ersten Orientierung über Texas zu empfehlen.

**Kurze Chronik Der Reichsernährungsminister Martin Schiele** unterstrich in seiner Etatsrede am 8. März sowie später in einer Reihe von Reden auf politischen und wirtschaftlichen Tagungen die Bedeutung der Innenkolonisation für Landwirtschaft und Industrie. Er sieht in der Siedelung eines der Mittel zur Erreichung des Produktionsziels der Landwirtschaft: die deutsche Ernährung aus eigener Scholle sicherzustellen. Es ist zu hoffen, daß die siedelungsfreundliche Gesinnung des Ernährungsministers sich auch praktisch auswirken wird. ◊ Vorbildlicherweise hat die Nassauische Landesbank in Wiesbaden 1 Million Mark zur Ausgabe billiger *Siedlerkredite* bereitgestellt. Die Mittel sollen in Teilen von je 10 000 Mark jungen nassauischen Bauern gegeben werden, die sich im Osten ansiedeln wollen. Wie man hört, sind ähnliche Schritte anderer Bankinstitute demnächst zu erwarten. ◊ In Süd- und Westdeutschland haben sich, teilweise mit Unterstützung der Länder, unter den Bauern Siedlerverbände und -genossenschaften gebildet, mit dem Ziel eine *landmannschaftliche Ansiedlung* ihrer Mitglieder im Norden und Osten des Reichs durchzuführen. Diese Bestrebungen werden vom Reichsarbeitsministerium

unterstützt. Es hat mit den Ländern Verhandlungen begonnen, um die finanzielle Förderung dieser Art Siedelung durch jene zu erreichen. ◊ Am 2. Mai kündigte der Staatssekretär Erich Hoffmann vom Reichsernährungsministerium in einer Rundfunkrede die Aufnahme einer *Landeskulturanleihe* von zunächst 200 Millionen Mark an. Sie soll durch die Rentenbankkreditanstalt erfolgen. Verteilt werden dann die Kredite wie bisher durch die Deutsche Bodenkulturaktiengesellschaft. ◊ Die australische Regierung setzte im Vorjahr eine Einwanderungs- und Entfaltungskommission ein, die die Erschließung und Besiedelung *Australiens* vorbereiten soll. Der australische Premierminister Bruce erklärte nun Anfang Februar, daß die englische Regierung zur Unterstützung dieser australischen Arbeiten einige hervorragende Finanz- und Geschäftsleute nach Australien schicken werde. Von diesen würden zukünftig immer 4 neben 4 australischen Regierungsmitgliedern jener Erschließungskommission mitangehören. ◊ Zum *Gedächtnis Wilhelm Schrameiers* (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 172) ließ der Bürgermeister von Kanton und Kommissar der Südregierung Sunfo, ein Sohn Sunjatsens, auf Schrameiers Grab in Nanschi-tao einen Gedenkstein mit einer Würdigung seines Lebens errichten.

**Literatur** Innen- und Außenkolonisation unter gemeinsamen Gesichtspunkten zu behandeln versucht *Wolf von Zanthier*. Seine Broschüre *Neue Kolonisationspolitik / Berlin, Verlag Die Brücke zur Heimat/* ist gewissermaßen eine verkürzte und aktualisierte Neuausgabe der Schrift *Siedeln und nicht verzweifeln!* (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 172). Zanthiers Skeptizismus gegenüber den Wirkungsmöglichkeiten der Innensiedelung ist geblieben. Die Broschüre ist sehr propagandistisch gehalten. Ihr Untertitel lautet *Die Lösung der Erwerbslosenfrage; er sollte vorsichtiger gefaßt werden*. ◊ Im Auftrag des Zentralausschusses für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche stellte *Walter Hebert* einen Ratgeber für städtisches und ländliches Siedelungswesen zusammen /Berlin, Wichernverlag/. Gegen die Schrift ist nichts weiter einzuzuwenden, als daß sie sich auf zumeist völlig veraltetem Tatsachenmaterial aufbaut. Mit einem derartigen Ratgeber ist der Siedelung und den Siedlern heute doch gar nicht gedient.